

Verfahrensbeschreibung für die
Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches
Entgelersatzleistungen nach § 107 SGB IV in der ab
01.01.2020 geltenden Fassung

Version 10.1

An der Verfassung der vorliegenden Verfahrensbeschreibung der Datensätze und Datenbausteine für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV) waren beteiligt:

Leiter der Arbeitsgruppen:

Ramón Lang	GKV-Spitzenverband (fachliche Verantwortung)
Mirko Dietzel	GKV-Spitzenverband (technische Verantwortung)

Teilnehmer der Arbeitsgruppe:

AOK-Bundesverband GbR
AOK-Systems
Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.
Audi
Berliner Verkehrsbetriebe
BITMARCK
Bundesagentur für Arbeit
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
DATEV eG
Deutsche Bahn
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V.
Deutsche Lufthansa
Deutsche Post AG
Deutsche Rentenversicherung Bund
Deutsche Rentenversicherung Hessen
DSRV Würzburg
GKV-Spitzenverband
Haveldata GmbH
IKK e.V.
ITSG GmbH
KNAPPSCHAFT

Lohn 24

Mobil ISC

SAP AG

Siemens Betriebskrankenkasse

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau,
Kassel

UBM Drecker – Unternehmensberatung Mikrocomputer GmbH

Verband der Ersatzkassen e.V.

Inhaltsverzeichnis

Änderungsübersicht	12
1. Einführung	18
2. Grundsätzliches	20
2.1 Rechtlicher Hintergrund zur Erhebung und Speicherung der Daten	21
2.1.1 § 107 SGB IV – Elektronische Übermittlung von Bescheinigungen für Entgeltersatzleistungen	21
2.1.2 Gemeinsame Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV) in der vom 01.01.2020 an geltenden Fassung	22
2.1.3 § 284 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V – Sozialdaten bei den Krankenkassen	22
2.1.4 § 98 Abs. 1 Satz 1 SGB X – Auskunftspflicht des Arbeitgebers	23
2.1.5 Rechtlicher Hintergrund zur Berechnung und Zahlung von Entgeltersatzleistungen	23
2.2 Verfahren bei den Arbeitgebern	26
2.2.1 Allgemeines	26
2.2.2 Voraussetzungen beim Arbeitgeber	26
2.2.3 Aufbau und Prüfung der Meldedaten	29
2.3 Verfahren bei den Sozialversicherungsträgern	31
2.3.1 Allgemeines	31
2.3.2 Prüfung der Meldedaten	31
2.3.3 Fehlerbehandlung	31
2.3.4 Mitteilungen, die von den Sozialversicherungsträgern erstellt werden	32
3. Fachlicher Inhalt der Datenbausteine des Datensatzes DSLW – Leistungswesen	35
3.1 Datensatz DSLW – Datensatz Leistungswesen	36
3.1.1 Verfahrenskennung	36
3.1.2 Absendernummer	36
3.1.3 Empfänger Nummer	37

3.1.4	Versionsnummer	38
3.1.5	Erstellungsdatum	39
3.1.6	Fehlerkennzeichen	39
3.1.7	Anzahl der Fehler	39
3.1.8	Versicherungsnummer	40
3.1.9	Geburtsdatum	40
3.1.10	Betriebsnummer des Verursachers	40
3.1.11	Kennzeichen des Datensatzes	41
3.1.12	Produkt-Identifizier	41
3.1.13	Modifikations-Identifizier	41
3.1.14	Verarbeitungsdatum.....	41
3.1.15	Betriebsnummer der Krankenkasse	42
3.1.16	Betriebsnummer der Abrechnungsstelle	42
3.1.17	Rückmeldung der Entgeltersatzleistung	42
3.1.18	Abgabegrund	43
3.1.19	Stornokennzeichen.....	44
3.2	Datenbaustein DBNA – Name	46
3.3	Datenbaustein DBAN – Anschrift	47
3.4	Datenbaustein DBAL – Allgemeines	48
3.4.1	AU/med. Leist./LT ab	48
3.4.2	Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der AU/med. Leist./LT	48
3.4.3	Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis	49
3.4.4	Beendigung Beschäftigungsverhältnis am.....	49
3.4.5	Beendigung Beschäftigungsverhältnis zum.....	49
3.4.6	Grund Beendigung	50
3.4.7	Pflegeversicherungszuschlag Kinderlose	50
3.4.8	Teilnahme Arbeitszeitmodell (Wertguthaben).....	51
3.4.9	KUG/Saison-KUG/Transfer-KUG	52
3.4.10	Beginn Kurzarbeitszeit	53
3.4.11	Ende Kurzarbeitszeit	54

3.4.12	Lohnausgleich Baugewerbe Beginn 1	54
3.4.13	Lohnausgleich Baugewerbe Ende 1	54
3.4.14	Lohnausgleich Baugewerbe Beginn 2	55
3.4.15	Lohnausgleich Baugewerbe Ende 2	55
3.5	Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt	56
3.5.1	Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen	56
3.5.2	Weiterzahlung teilweises Arbeitsentgelt bis.....	59
3.5.3	Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1 59	
3.5.4	Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1 61	
3.5.5	Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt.....	61
3.5.6	Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt	65
3.5.7	Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate	68
3.5.8	Entgeltart	69
3.5.9	Vereinbartes Bruttoarbeitsentgelt.....	69
3.5.10	Nettoarbeitsentgelt aus vereinbartem Bruttoarbeitsentgelt	70
3.5.11	Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2	70
3.5.12	Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2	71
3.5.13	Zeitraum 2 SV-Bruttoarbeitsentgelt.....	71
3.5.14	Zeitraum 2 Nettoarbeitsentgelt	71
3.5.15	Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3	71
3.5.16	Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3	72
3.5.17	Zeitraum 3 SV- Bruttoarbeitsentgelt.....	72
3.5.18	Zeitraum 3 Nettoarbeitsentgelt	72
3.5.19	Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate KV	72
3.5.20	Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate RV	74

3.5.21	Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate ALV	74
3.6	Datenbaustein DBZA – Arbeitszeit	75
3.6.1	Anzahl Stunden	75
3.6.2	Vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit	75
3.6.3	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1	76
3.6.4	Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2	77
3.6.5	Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2	77
3.6.6	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 2.....	78
3.6.7	Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3	78
3.6.8	Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3	78
3.6.9	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 3.....	79
3.7	Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung	80
3.7.1	Beginn der Entgeltersatzleistung Arbeitgeber.....	80
3.7.2	Abweichender Beginn der Entgeltersatzleistung beim SV-Träger	80
3.7.3	Ende der Entgeltersatzleistung	81
3.7.4	Grund der Beendigung der Entgeltersatzleistung	81
3.8	Datenbaustein DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt	83
3.8.1	Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 1	83
3.8.2	Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 2.....	84
3.8.3	Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 3.....	84
3.9	Datenbaustein DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes	85

3.9.1	Ende Beschäftigungsverhältnis zum	85
3.9.2	Beginn Freistellung.....	86
3.9.3	Ende Freistellung.....	86
3.9.4	Vollständiges Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der Freistellung	87
3.9.5	Anzahl der freigestellten Arbeitstage im Freistellungszeitraum.....	87
3.9.6	Anspruch auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum.....	88
3.9.7	Begrenzung des Anspruchs auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum 89	
3.9.8	Beginn bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum.....	89
3.9.9	Ende bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum.....	89
3.9.10	Bezahlte Freistellungstage im Kalenderjahr der Freistellung.....	89
3.9.11	Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt	90
3.9.12	Während der Freistellung ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt	92
3.9.13	Beitragspflichtige Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate	96
3.10	Datenbaustein DBUN – Arbeits-/Schul-/Kindergartenunfall	97
3.10.1	Unfallaktenzeichen Unfallversicherungsträger	97
3.10.2	Tag des Versicherungsfalls.....	97
3.10.3	Institutionskennzeichen des Unfallversicherungsträgers	97
3.10.4	Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum.....	97
3.10.5	Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im Zeitraum 2.....	98
3.10.6	Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im Zeitraum 3.....	98
3.10.7	Während der Freistellung ausgefallene Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge	99
3.10.8	Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate UV	99
3.11	Datenbaustein DBMU – Entgeltbescheinigung zur Berechnung von Mutterschaftsgeld	100
3.11.1	Beginn der Schutzfrist	100
3.11.2	Beginn des Beschäftigungsverhältnisses.....	100
3.11.3	Letzter SV-Tag vor der Entbindung	101
3.11.4	Ende Beschäftigungsverhältnis am	101

3.11.5	Ende Beschäftigungsverhältnis zum	102
3.11.6	Grund der Beendigung	102
3.11.7	Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus	103
3.11.8	Weiterzahlung teilweises Arbeitsentgelt bis.....	104
3.11.9	Fehlzeit vor Beginn Schutzfrist oder bis Auflösung Beschäftigungsverhältnis	104
3.11.10	Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR	105
3.11.11	Entgeltart	106
3.11.12	Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1 ..	107
3.11.13	Ende letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1	108
3.11.14	Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1	109
3.11.15	Davon bezahlte Mehrarbeitsstunden Monat 1	109
3.11.16	Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1	109
3.11.17	Unbezahlte Arbeitstage unentschuldigt Monat 1	110
3.11.18	Unbezahlte Arbeitsstunden entschuldigt Monat 1	110
3.11.19	Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1	111
3.11.20	Nettoarbeitsentgelt Monat 1	111
3.11.21	Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit	113
3.12	Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten.....	114
3.12.1	Grund der Anforderung	115
3.12.2	Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber	115
3.12.3	Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Sozialversicherungsträger	116
3.12.4	Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit.....	116
3.12.5	Anzahl der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeiten	117
3.12.6	Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn „nn“	117
3.12.7	Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende „nn“	118
3.12.8	Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“	119
3.12.9	Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn– „nn“	120

3.12.10	Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn“	121
3.12.11	Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“.....	121
3.12.12	Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn“	123
3.12.13	Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn“	124
3.13	Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung	125
3.13.1	Beginn der Zahlung	125
3.13.2	Höhe tägliche Entgeltersatzleistung brutto.....	126
3.13.3	Höhe tägliche Entgeltersatzleistung netto	127
3.14	Datenbaustein DBBE – Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV) .	128
3.14.1	Beginn der Zahlung	128
3.14.2	Höhe monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen brutto	129
3.14.3	Höhe der monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen netto	129
3.15	Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe	130
3.15.1	Beginn des Beschäftigungsverhältnisses.....	130
3.15.2	Beschäftigt bis.....	130
3.15.3	Beschäftigt als	130
3.15.4	Berufsausbildungsverhältnis.....	131
3.15.5	Entgeltfortzahlung weniger als 6 Wochen wegen Vorerkrankung	131
3.15.6	Weitergezahlte vermögenswirksame Leistungen Arbeitgeber	131
3.15.7	Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (mtl. Gesamtbetrag brutto)	132
3.15.8	Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (mtl. Gesamtbetrag netto)	132
3.15.9	Verzicht auf Beitragsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung	133
3.15.10	Arbeitsentgelt im Übergangsbereich	133
3.15.11	Rechtskreis der Betriebsstätte	133
3.16	Datenbaustein DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute.....	135
3.16.1	An Bord/im Ausland arbeitsunfähig ab.....	135

3.16.2	Arbeitsunfähig im Inland eingetroffen am	135
3.16.3	Urlaubsanspruch bei Ende Beschäftigungsverhältnis	135
3.16.4	Verlängerung Beschäftigungsverhältnis von	135
3.16.5	Verlängerung Beschäftigungsverhältnis bis	136
3.16.6	Kennzahl der Durchschnittsheuer.....	136
3.16.7	Durchschnittsheuer	136
3.16.8	Nettoheuer	137
3.17	Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer–Kurzarbeitergeld	138
3.17.1	Brutto–Soll.....	138
3.17.2	Netto–Soll (fiktiv).....	138
3.17.3	Tatsächlich zugeflossenes Transfer–KUG	138
3.17.4	Brutto–Ist	139
3.17.5	Netto–Ist	139
3.17.6	Aufstockungsbetrag	139
3.18	Datenbaustein DBAP – Ansprechpartner	141
3.19	Datenbaustein DBID – Identifikationsdaten	142
4.	Anlagen.....	143

Änderungsübersicht

Version	Änderungsdatum	Durchgeführte Änderung
10.0	27.11.2018	<u>2.3.4 „Mitteilungen, die von den Sozialversicherungsträgern erstellt werden“</u> – Klarstellender Hinweis, dass DBVO nur bei BA nicht versandt wird.
10.0	27.11.2018	<u>3.1.18 „Abgabegrund“</u> – Klarstellende Hinweise zu Meldgrund „99“, dass eine Meldung auch immer dann zu melden ist, wenn Systemwechsel erfolgt ist. Gleichzeitig Klarstellung, dass die Meldung immer an die aktuell gültige Krankenkasse zu übermitteln ist.
10.0	27.11.2018	<u>3.4.1 „AU/med. Leist./LT ab“</u> , <u>3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“</u> , <u>3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“</u> , <u>3.11.1 „Beginn der Schutzfrist“</u> , <u>3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“</u> und <u>3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“</u> – Aufnahme eines Hinweises, dass eine Meldung im Zusammenhang mit dem ersten Tag einer Beschäftigung außerhalb des DTA EEL erfolgt. Zusätzlich Aufnahme eines Hinweises zum Umgang mit einer AU am ersten Tag nach der Elternzeit.
10.0	27.11.2018	<u>3.4.1 „AU/med. Leist./LT ab“</u> , <u>3.4.2 „Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der AU/med. Leist./LT“</u> – Klarstellung aufgenommen, wie bei Systemen vorzugehen ist, welche keine Teiltage darstellen können.
10.0	27.11.2018	<u>3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“</u> , <u>3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“</u> (auch weitere Felder des DBVO) und

Änderungsübersicht

		<u>3.15 „Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe“</u> – Klarstellung, dass Anrechenbare Vorerkrankungen zukünftig mit dem DBVO an die RV zu liefern sind, wenn Vorerkrankungen durch den Arbeitgeber angerechnet wurden, daher Streichung der Felder im DBLT.
10.0	27.11.2018	<u>3.4.9 „KUG/Saison-KUG/Transfer-KUG“</u> – Entfernung der einschränkenden Formulierung, weil der DBTK nunmehr auch bei Übergangsgeld zu liefern ist.
10.0	27.11.2018	<u>3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“</u> – Aufnahme eines klarstellenden Hinweises, dass das Nettoarbeitsentgelt immer aus dem SV-Bruttoarbeitsentgelt zu bestimmen ist. Aufnahme Hinweis zum Umgang mit PKV-Beiträgen bei Teilmonaten.
10.0	27.11.2018	<u>3.5.7 „Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate“</u> – Klarstellender Hinweis zur Höhe der möglichen beitragsfreien Entgeltumwandlung
10.0	27.11.2018	<u>3.9 „Datenbaustein DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes“</u> – Klarstellender Hinweis, dass KIKG nur bei gesetzlich versicherten Elternteil und Kind zu leisten ist.
10.0	27.11.2018	<u>3.9.8 „Beginn bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“</u> und <u>3.9.9 „Ende bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“</u> – Aufnahme des Wortes „bezahlt“ in der Feldbezeichnung, um Missverständnisse zu vermeiden
10.0	27.11.2018	<u>3.11.3 „Letzter SV-Tag vor der Entbindung“</u> – Aufnahme des Wortes „SV“ in der Feldbezeichnung, um Missverständnisse zu vermeiden
10.0	27.11.2018	<u>3.11.10 „Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR“</u> , <u>3.13 „Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgelersatzleistung“</u> , <u>3.13.2 „Höhe tägliche Entgelersatzleistung brutto“</u> und <u>3.14 „Datenbaustein DBBE – Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV)“</u> – Klarstellender Hinweis, dass eine Meldung der Daten bei einer weiteren Beschäftigung, unabhängig von deren SV-Pflicht, zu melden sind

Änderungsübersicht

10.0	27.11.2018	<u>3.11.11 „Entgeltart“</u> – Feld „AEFEST“ durch „ENTGELTART“ ersetzt, damit auch die Auswahl der Akkordlöhner möglich ist.
10.0	27.11.2018	<u>3.11.16 „Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1“ bis 3.11.19 „Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1“</u> – Aufnahme eines Hinweises, dass Teilarbeitstage von den Arbeitgebern nicht als Fehltage bzw. Fehlstunden anzugeben sind. Verweis eingefügt auf den Passus in <u>3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“</u> , wonach das Arbeitsentgelt für die Teiltage fiktiv hochzurechnen ist. Hinweis, dass (un)entschuldigte Fehltage bei allen Entgeltarten zu melden sind.
10.0	27.11.2018	<u>3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“</u> – Klarstellung, dass Vorerkrankungsanfragen <ul style="list-style-type: none"> – für Arbeitnehmer der Personengruppen „109“, „110“ und „190“ nicht erfolgen dürfen (Ausschluss Anlage 3 GG), – jeweils individuell auf Sinnhaftigkeit zu prüfen sind, – ohne zeitliche Begrenzung zu melden sind, sofern keine 6 Monate Arbeitsfähigkeit dazwischen vorlagen.
10.0	27.11.2018	<u>3.13.1 „Beginn der Zahlung“ bis,</u> <u>3.13.3 „Höhe tägliche Entgeltersatzleistung netto“</u> – Klarstellung, welches Datum und welcher Betrag bei fehlendem Leistungsbezug im DBHE zu melden ist.
10.0	27.11.2018	<u>3.15 „Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe“</u> – Aufgrund von Änderungen durch das BTHG wurden die Felder „AE-BMZR-MONAT“, „AE-BMZR-STUEND“, „WOECH-AZ-TARIF“, „TARIFVERTRAG-VOM“, „ANGABE-TARIFGEMEINSCHAFT“, „MM-TARIFVERTRAG“, „VERGUETGRUPPE“, „VWL-MONATLICH“, „EZ-TARIF“ und „AE-TARIFBEST“ entfernt, Zusätzlich das Feld „MM-VERZICHT-BEITRGLEITZONE“, da dieser Verzicht zwischenzeitlich entfallen ist.
10.0	27.11.2018	Die Gleitzone wird zum 01.07.2019 in den Übergangsbereich umgewandelt, daher Formulierung im gesamten Dokument ersetzt
10.0	27.11.2018	Zusammenführung der Kommentierung und der Verfahrensbeschreibung. Das Dokument wird zukünftig unter dem Titel

Änderungsübersicht

		„Verfahrensbeschreibung“ fortgeführt. Hintergrund ist die Vermeidung von Redundanzen.
10.0	22.01.2019	Technische Anpassungen an der Verfahrensbeschreibung in den Rubriken: <u>2.3.4.3 „Stornierung von Mitteilungen, Korrektur fehlerhaft übermittelter Daten“</u> ; <u>3.1.18 „Abgabegrund“</u> , <u>3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“</u> ; <u>3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“</u> ; <u>3.12.1 „Grund der Anforderung“</u> ; <u>3.13 „Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung“</u> und <u>3.15.5 „Entgeltfortzahlung weniger als 6 Wochen wegen Vorerkrankung“</u> – <u>3.15.11 „Rechtskreis der Betriebsstätte“</u> .
10.0	07.02.2019	<u>3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“</u> bis <u>3.11.19 „Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1“</u> und <u>3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“</u> – Klarstellung, dass bei Änderungen der Arbeitsentgelthöhe weiterhin die (Mehr-)Arbeitsstunden, (un)entschuldigten und unbezahlten Fehlstunden bzw. Fehltage sowie die bisherige regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit zu melden ist. Im Feld <u>3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“</u> ist hingegen das geänderte Arbeitsentgelt anzugeben.
10.1	11.11.2019	<u>3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“</u> – Verweis auf Grund „22“ herausgenommen, weil keine Meldung der Vorerkrankungen bei der UV erfolgen soll, da die Prüfung durch die UV selbst erfolgt
10.1	11.11.2019	<u>3.11.16 „Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1“</u> und <u>3.11.18 „Unbezahlte Arbeitsstunden entschuldigt Monat 1“</u> – Streichung der Aussage zum Umgang mit Fehlstunden für Teiltage
10.1	11.11.2019	<u>3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“</u> – Korrektur der am 07.02.2019 eingefügten Aussage dahingehend, dass bei Änderungen der Arbeitsentgelthöhe die geänderte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit zu melden ist. Zusätzlich Streichung der Aussage, dass die Angabe bei Akkordlohn zu melden ist.
10.1	11.11.2019	<u>3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“</u> , <u>3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn““</u> , <u>3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn““</u> und <u>3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn–</u>

Änderungsübersicht

		<p>„nn“ – Klarstellenden Hinweis aufgenommen, wie durch die Arbeitgeber teilweise anrechenbare Vorerkrankungszeiten in Übergangsfällen zu melden sind. Weiterhin klargestellt, dass bei der Meldung für Übergangsgeld die Krankenkassen nur für Zeiten der gesetzlichen Krankenversicherung zurückmelden und daher ggf. weitergehende Zeiten gemeldet werden können.</p>
10.1	11.11.2019	<p><u>3.11.3 „Letzter SV-Tag vor der Entbindung“</u> – Klarstellung, dass bei einem Beschäftigungsbeginn am ersten Tag oder während der Schutzfrist eine Meldung außerhalb des DTA EEL zu erfolgen hat.</p>
10.1	11.11.2019	<p><u>3.11.10 „Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR“</u> – redaktionelle Klarstellung, dass bei mehreren Beschäftigungen (unabhängig von deren SV-Pflicht) immer eine Meldung in den Feldern <u>3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“</u> bis <u>3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“</u> zu erfolgen hat</p>
10.1	11.11.2019	<p><u>3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“</u> und <u>3.9 „Datenbaustein DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes“</u> – Aufnahme eines Hinweises, dass die Krankenkassen bei AU bzw. KIKG den Anspruch prüfen und bei Bedarf die Daten vom Arbeitgeber abfordern.</p>
10.1	11.11.2019	<p><u>3.11.1 „Beginn der Schutzfrist“</u> und <u>3.11.3 „Letzter SV-Tag vor der Entbindung“</u> – Aufnahme eines klarstellenden Hinweises, wie bei freiwilliger Weiterarbeit die Meldung zu erfolgen hat</p>
10.1	11.11.2019	<p>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. „Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.“ und <u>3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“</u> – Aufnahme eines Hinweises zum Umgang bei Fehlen einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit</p>
10.1	11.11.2019	<p><u>3.11.7 „Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus“</u> – Hinweis zur prognostischen Einschätzung, ob das weitergewährte Arbeitsentgelt der Beitragspflicht unterliegt für Frauen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen aufgenommen</p>

Änderungsübersicht

10.1	26.11.2019	<u>3.15.5 „Entgeltfortzahlung weniger als 6 Wochen wegen Vor-erkrankung“</u> - Aufnahme eines klarstellenden Hinweises wie mit zu korrigierenden Meldungen aus Version 9 bei Angabe „9999999“ umzugehen ist.
10.1	16.12.2019	<u>3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn““</u> - Irritierenden Hinweis entfernt, dass Grundstellung im Zusammenhang mit Übergangsgeld zu übermitteln sei.
10.1	16.12.2019	<u>3.1.3 „Empfänger Nummer“</u> - Hinweis entfernt, dass Meldungen mit Grund „51“ auch an die Rentenversicherung zu senden sind.

1. Einführung

Mit dem „Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ (MEG II, verkündet am 13. September 2007, BGBl. 2007 I Nr. 47, S. 2259) wurde eine gesetzliche Grundlage für die elektronische Übermittlung von Daten, welche für die Berechnung bestimmter Entgeltersatzleistungen erforderlich sind, geschaffen. § 107 Abs. 1 SGB IV sieht vor, dass die Angaben über das Beschäftigungsverhältnis zur Gewährung von Krankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld, Pflegeunterstützungsgeld oder Mutterschaftsgeld durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen sind, sofern dies notwendig ist oder diese Daten dem Leistungsträger aus anderem Grund nicht bekannt sind. Der Arbeitgeber hat dem Leistungsträger diese Bescheinigung durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder mittels systemgeprüfter Ausfüllhilfen erstatten.

Den Aufbau der Datensätze, notwendige Schlüsselzahlen und Angaben und die Ausnahmen nach Satz 4 bestimmen der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Bundesagentur für Arbeit und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. sowie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau in Gemeinsamen Grundsätzen. Die erste Genehmigung der „Gemeinsame(n) Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 23c Abs. 2 SGB IV AF.)“ vom 8. September 2008 in der ab 1. Januar 2009 geltenden Fassung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erfolgte am 27. Oktober 2008.

Nach einer zwischenzeitlichen Überarbeitung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Datum vom 10.04.2019 nach Anhörung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) den „Gemeinsamen Grundsätzen“ vom 22.01.2019 zugestimmt. Als Anlage 1 zu den Gemeinsamen Grundsätzen wurden die zu übermittelnden Datensätze und Datenbausteine veröffentlicht, welche sich wie folgt gliedern:

1 Datensatz: VOSZ – Vorlaufsatz

2 Datensatz: DSKO – Datensatz Kommunikation

3 Datensatz:

3.1 DSLW – Leistungswesen

3.2 DBNA – Name

3.3 DBAN – Anschrift

3.4 DBAL – Allgemeines

3.5 DBAE – Arbeitsentgelt

3.6 DBZA – Arbeitszeit

Einführung

- 3.7 DBEE – Ende Entgeltersatzleistung
- 3.8 DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt
- 3.9 DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes
- 3.10 DBUN – Arbeits-/Schul-/Kindergartenunfall
- 3.11 DBMU – Entgeltbescheinigung zur Berechnung von Mutterschaftsgeld
- 3.12 DBVO – Vorerkrankungszeiten
- 3.13 DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung
- 3.14 DBBE – Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV)
- 3.15 DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe
- 3.16 DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute
- 3.17 DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld
- 3.18 DBAP – Ansprechpartner
- 3.19 DBID – Identifikationsdaten

4 Datenbaustein: DBFE – Fehler

5 Datensatz: NCSZ – Nachlaufsatz

Die Teilnahme am Datenaustausch Entgeltersatzleistungen ist für die Arbeitgeber und Sozialversicherungsträger verpflichtend.

Die Entgeltbescheinigungen und Mitteilungen dürfen nur durch eine gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder systemgeprüften Ausfüllhilfen abgegeben werden.

Es wurde vereinbart, dass die Datenannahmestellen der Krankenkassen als Annahme- und Weiterleitungsstellen für alle per Datenaustausch übertragenen Entgeltbescheinigungen und Mitteilungen fungieren.

2. Grundsätzliches

Ziel der Verfahrensbeschreibung zum Datenaustausch Entgeltersatzleistungen nach § 107 SGB IV ist, detaillierte Beschreibungen und Informationen zu den einzelnen Feldern zur Verfügung zu stellen, um Softwarehäuser und Arbeitgeber bei Einrichtung und laufendem Betrieb des Verfahrens zu unterstützen. Das Dokument soll zudem als Aufhänger für die Klärung von Einzelfragen der Anwender dienen. Der entstehende Informations- und Erfahrungsaustausch bildet eine Grundlage für die Moderation, Kommunikation und Aufbereitung des Änderungs- und Klärungsbedarfs.

Die folgende Verfahrensbeschreibung behandelt als Schwerpunkt den Datensatz 3.1 „Datensatz DSLW – Datensatz Leistungswesen“ sowie die Datenbausteine 3.4 „Datenbaustein DBAL – Allgemeines“ bis 3.17 „Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld“. Die einzelnen Felder des Datensatzes sowie der Datenbausteine sind – mit Ausnahme der Felder zur „Kennung“ und soweit nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben ist – vollständig abgebildet. Soweit die Felder aus Sicht der Arbeitsgruppe unproblematisch sind, wurde auf eine Kommentierung verzichtet.

2.1 Rechtlicher Hintergrund zur Erhebung und Speicherung der Daten

Die datenschutzrechtliche Legitimation zur Erhebung der Daten von Seiten der SV-Träger beim Arbeitgeber sowie zur Übermittlungspflicht des Arbeitgebers ergibt sich aus den folgenden Vorgaben.

2.1.1 § 107 SGB IV – Elektronische Übermittlung von Bescheinigungen für Entgeltersatzleistungen

(1) Sind zur Gewährung von Krankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld, Pflegeunterstützungsgeld oder Mutterschaftsgeld Angaben über das Beschäftigungsverhältnis notwendig und sind diese dem Leistungsträger aus anderem Grund nicht bekannt, sind sie durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen. Diese Bescheinigung kann der Leistungsträger im Einzelfall vom Arbeitgeber elektronisch durch Datenübertragung anfordern. Der Arbeitgeber hat dem Leistungsträger diese Bescheinigung im Einzelfall durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder mittels maschinell erstellter Ausfüllhilfen zu übermitteln. Der Leistungsträger hat diese Daten elektronisch anzunehmen, zu verarbeiten und zu nutzen. Die Sätze 3 und 4 gelten nicht für Einzelfälle, in denen ein elektronisches Meldeverfahren nicht wirtschaftlich durchzuführen ist. Den Aufbau der Datensätze, notwendige Schlüsselzahlen und Angaben sowie die Ausnahmen nach Satz 5 bestimmen der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Bundesagentur für Arbeit und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. sowie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau in Gemeinsamen Grundsätzen. Die Gemeinsamen Grundsätze bedürfen der Genehmigung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist vorher anzuhören. Die Sätze 2 bis 7 gelten nicht für die Gewährung von Krankengeld bei einer Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen nach § 44a des Fünften Buches und von Pflegeunterstützungsgeld nach § 44a Absatz 3 des Elften Buches.

(2) Der Leistungsträger hat dem Arbeitgeber alle notwendigen Angaben zur Berechnung des beitragspflichtigen Arbeitsentgeltes nach § 23c, insbesondere die Dauer und die Höhe der gezahlten Leistung, sowie mögliche Rückmeldungen an den Arbeitgeber durch Datenübertragung zu übermitteln. Die Leistungsträger haben auf Antrag des Arbeitgebers Mitteilungen über die Zeiten, die auf den Anspruch des Beschäftigten auf Entgeltfortzahlung anrechenbar sind, die Versicherungsnummer für Anträge auf Leistungen nach Absatz 1 Satz 1 und die im Zusammen-

hang mit der Entgeltersatzleistung für die Erstellung einer Meldung nach § 28a notwendigen Informationen durch Datenübertragung zu übermitteln. Der Antrag des Arbeitgebers nach Satz 2 ist durch Datenübertragung zu übermitteln. Das Nähere zu den Angaben und zum Verfahren nach den Sätzen 1 bis 3 und zu den Ausnahmeregelungen regeln die in Absatz 1 Satz 6 genannten Sozialversicherungsträger in Gemeinsamen Grundsätzen; Absatz 1 Satz 7 gilt entsprechend. Private Krankenversicherungsunternehmen können im Fall der Zahlung von Krankentagegeld Meldungen an den Arbeitgeber nach den Sätzen 1 und 2 übermitteln.

2.1.2 Gemeinsame Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV) in der vom 01.01.2020 an geltenden Fassung

Der Meldesatz ist vom Arbeitgeber auszulösen, sobald für diesen ersichtlich ist, dass der Entgeltfortzahlungsanspruch endet, weil der Anspruchszeitraum durch die aktuelle Arbeitsunfähigkeit überschritten wird, eine Freistellung aufgrund der Erkrankung eines Kindes erfolgt und der Freistellungszeitraum abgerechnet wurde oder die Mutterschutzfrist nach § 3 Abs. 1 MuSchG beginnt.

In den Fällen, in denen der Datensatz an die Träger der Unfallversicherung zu übermitteln ist, weil diese nicht durch den Generalauftrag an die Krankenkassen abgedeckt sind, erhalten die Arbeitgeber vom jeweiligen Träger der Unfallversicherung ein Hinweisschreiben spätestens bis zum 6. Arbeitstag vor dem 42. Tag der AU, das alle Angaben zum jeweiligen Unfall enthält.

In allen anderen Fällen erfolgt die Auslösung des Datensatzes durch den Arbeitgeber unverzüglich nach Vorlage der Anforderung durch den Sozialversicherungsträger oder den Arbeitnehmer. Eine Anforderung durch den Sozialversicherungsträger im Zusammenhang mit einer Freistellung aufgrund Erkrankung oder Verletzung des Kindes ist frühestens 6 Wochen nach Beginn der Freistellung zulässig.

2.1.3 § 284 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V – Sozialdaten bei den Krankenkassen

Die Krankenkassen dürfen Sozialdaten für Zwecke der Krankenversicherung nur erheben und speichern, soweit diese für die Prüfung der Leistungspflicht und die Erbringung von Leistungen an Versicherte einschließlich der Voraussetzungen von Leistungsbeschränkungen, die Bestimmung des Zuzahlungsstatus und die Durchführung der Verfahren bei Kostenerstattung, Beitragsrückzahlung und der Ermittlung der Belastungsgrenze erforderlich sind.

2.1.4 § 98 Abs. 1 Satz 1 SGB X – Auskunftspflicht des Arbeitgebers

Soweit es in der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung im Einzelfall für die Erbringung von Sozialleistungen erforderlich ist, hat der Arbeitgeber auf Verlangen dem Leistungsträger oder der zuständigen Einzugsstelle Auskunft über die Art und Dauer der Beschäftigung, den Beschäftigungsort und das Arbeitsentgelt zu erteilen.

2.1.5 Rechtlicher Hintergrund zur Berechnung und Zahlung von Entgeltersatzleistungen

Maßgebliche Rechtsgrundlagen, aus denen sich u. a. der Hintergrund und die Erforderlichkeit der verschiedenen zu liefernden Daten für die Berechnung des Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeldes, sowie des Krankengeldes bei Erkrankung des Kindes ergibt, sind im Folgenden aufgeführt:

§ 3 EntgFG	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall,
§ 9 EntgFG	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation,
§ 23c SGB IV	Sonstige nicht beitragspflichtige Einnahmen,
§ 107 SGB IV	Elektronische Übermittlung von Bescheinigungen für Entgeltersatzleistungen
§ 64 SGB IX	Ergänzende Leistungen,
§ 65 SGB IX	Leistungen zum Lebensunterhalt,
§ 66 SGB IX	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes,
§ 67 SGB IX	Berechnung des Regelentgelts,
§ 68 SGB IX	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen,
§ 69 SGB IX	Kontinuität der Bemessungsgrundlage,
§ 70 SGB IX	Anpassung der Entgeltersatzleistungen,
§ 71 SGB IX	Weiterzahlung der Leistungen
§ 72 SGB IX	Einkommensanrechnung
§ 69 SGB X	Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben.
§ 98 SGB X	Auskunftspflicht des Arbeitgebers

Rechtlicher Hintergrund zur Erhebung und Speicherung der Daten

Im speziellen sind folgende Rechtsgrundlagen für die Bereiche Kranken- und Verletztengeld, sowie des Krankengeldes bei Erkrankung des Kindes zusätzlich maßgebend:

- § 44 SGB V Krankengeld,
- § 45 SGB V Krankengeld bei Erkrankung des Kindes,
- § 46 SGB V Entstehen des Anspruchs auf Krankengeld,
- § 47 SGB V Höhe und Berechnung des Krankengeldes,
- § 47b SGB V Höhe und Berechnung des Krankengeldes bei Beziehern von
Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld oder Kurzarbeitergeld,
- § 49 SGB V Ruhen des Krankengeldes,
- § 45 SGB VII Voraussetzungen für das Verletztengeld,
- § 46 SGB VII Beginn und Endes des Verletztengeldes,
- § 47 SGB VII Höhe des Verletztengeldes,
- § 48 SGB VII Verletztengeld bei Wiedererkrankung.

Im speziellen sind folgende Rechtsgrundlagen für das Übergangsgeld im Rahmen der Unfallversicherung zusätzlich maßgebend:

- § 49 SGB VII Anspruch Übergangsgeld
- § 50 SGB VII Höhe des Übergangsgeldes
- § 52 SGB VII Einkommensanrechnung auf VG und ÜG der UV

Im speziellen sind folgende Rechtsgrundlagen für das Übergangsgeld im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zusätzlich maßgebend:

- § 119 SGB III Übergangsgeld

Im speziellen sind folgende Rechtsgrundlagen für das Übergangsgeld im Rahmen der Rentenversicherung zusätzlich maßgebend:

- § 20 SGB VI Anspruchsvoraussetzungen,

Rechtlicher Hintergrund zur Erhebung und Speicherung der Daten

- § 21 SGB VI Höhe und Berechnung,
- § 123 SGB VI Berechnung von Geldbeträgen,
- § 148 SGB VI Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben,

Im speziellen sind folgende Rechtsgrundlagen für das Mutterschaftsgeld zusätzlich maßgebend:

- § 24i SGB V Anspruchsvoraussetzungen, Höhe und Berechnung für gesetzlich Versicherte,
- § 14 KVLG 1989 Anspruchsvoraussetzungen, Höhe und Berechnung für gesetzlich Versicherte,
- § 19MuSchG Mutterschaftsgeld,
- § 20 MuSchG Zuschuss zum Mutterschaftsgeld.

2.2 Verfahren bei den Arbeitgebern

2.2.1 **Allgemeines**

Grundlage für den Datenaustausch nach § 107 SGB IV zwischen den Arbeitgebern und den Datenannahmestellen sind neben den gesetzlichen Regelungen die „Gemeinsamen Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV)“.

Neben den persönlichen Daten des Versicherten, die stets anzugeben sind, ist insbesondere die Angabe der Versicherungsnummer und der Betriebsnummer wichtig, da diese für die maschinelle Zuordnung der Entgeltdaten benötigt werden. Als gültige Versicherungsnummer ist die von der Datenstelle der Rentenversicherung (DSRV) vergebene Rentenversicherungsnummer anzugeben. Ist die Versicherungsnummer des Arbeitnehmers dem Arbeitgeber nicht bekannt, ist die Versicherungsnummer mit dem Abrechnungsprogramm bei der Datenstelle der Rentenversicherung abzufragen.

2.2.2 **Voraussetzungen beim Arbeitgeber**

2.2.2.1 **Allgemeines**

Mitteilungen dürfen nur durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen bzw. Ausfüllhilfen abgegeben werden.

Voraussetzung für die Erstattung von Mitteilungen aus systemgeprüften Entgeltabrechnungsprogrammen (Programme mit Zertifikat) ist insbesondere, dass die Daten über die Angaben zum Versicherten und die Höhe der Entgelte aus maschinell geführten Lohn- und Gehaltsunterlagen hervorgehen und erstellt werden.

2.2.2.2 **Datenübermittlung**

Für die Datenübermittlung zwischen Arbeitgebern und Datenannahmestellen ist der fachliche Datensatz DSLW – Leistungswesen mit den zugehörigen Datenbausteinen zu verwenden.

Verfahren bei den Arbeitgebern

Überdies sind für die Datenübermittlung die Maßgaben der Gemeinsamen Grundsätze für die Kommunikationsdaten gemäß § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB IV, sowie die Gemeinsamen Grundsätze Technik gemäß § 95 SGB IV zu beachten.

Die Datensätze sind entsprechend der Anlage 1 der Gemeinsamen Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen nach § 107 SGB IV aufzubauen und zu übermitteln.

2.2.2.3 Datenannahmestelle für Mitteilungen zu Entgeltersatzleistungen

Die Daten sind an die Datenannahmestelle der Krankenkassen zu übermitteln, bei der der Arbeitnehmer versichert ist. Dies gilt auch dann, wenn die Datensätze für die Träger der Rentenversicherung, Unfallversicherung oder die Bundesagentur für Arbeit bestimmt sind. Sofern der Arbeitnehmer bei keiner gesetzlichen Krankenkasse versichert ist (z. B. privat krankenversicherte Arbeitnehmer), wird die Bescheinigung nach Wahl des Arbeitgebers an eine Datenannahmestelle einer gesetzlichen Krankenkasse übermittelt. Die Datenannahmestellen der gesetzlichen Krankenkassen sind in der Anlage 17 des gemeinsamen Rundschreibens „Meldeverfahren zur Sozialversicherung“ vom 29.06.2016 in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt.

2.2.2.4 Besonderheiten bei Leistungen der Unfallversicherungsträger

Sofern die Unfallversicherungsträger Leistungen selbst berechnen, weil diese nicht durch den Generalauftrag an die Krankenkassen abgedeckt sind, erhalten die Arbeitgeber vom jeweiligen Träger der Unfallversicherung ein Hinweisschreiben, das alle Angaben, die zur Erstattung des Datensatzes notwendig sind, enthält. Hiervon können Verletztengeld, Übergangsgeld und Kinderverletztengeld betroffen sein.

2.2.2.5 Verwendungsregeln für die Anfrage von Vorerkrankungszeiten

Für die Anfrage von Vorerkrankungszeiten („ABGABEGRUND“ = 41) sind vom Arbeitgeber der Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten mit den Datenfeldern in den Stellen 001–013 und 023–040 zu verwenden. Hierbei sind die Besonderheiten unter 3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“ entsprechend zu beachten.

2.2.2.6 Verwendungsregeln für die Anfrage „Ende Entgeltersatzleistung“

Die Anfrage über das Ende der Entgeltersatzleistung („ABGABEGRUND“ = 42) des Arbeitgebers darf bei dem Sozialversicherungsträger nur erfolgen, wenn der Arbeitgeber diese Information benötigt um eine Überzahlung von Arbeitsentgelt zu vermeiden oder eine Meldung zur Sozialversicherung erstellen zu können. Für diese Anfrage ist der Datenbaustein Ende Entgeltersatzleistung (DBEE) zu verwenden. Dabei sind vom Arbeitgeber die Datenfelder in den Stellen 001 – 012 zu verwenden.

Es sind die weiteren Besonderheiten unter 3.7 „Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung“ entsprechend zu beachten.

2.2.2.7 Stornierung von Mitteilungen, Korrektur fehlerhaft übermittelter Daten

Datensätze sind vom Arbeitgeber zu stornieren, wenn dieser von sich aus feststellt, dass er inhaltlich falsche Daten geliefert hat (unzutreffende Angaben) oder wenn sie nicht zu erstatten waren. Bei einer Stornierung wegen unzutreffender Angaben erstellt der Arbeitgeber den bereits übermittelten Datensatz erneut mit dem Stornierungsmerkmal und zusätzlich den neuen Datensatz mit den richtigen Werten.

Vor der maschinellen Übermittlung von Mitteilungen ist von den Arbeitgebern programmseitig sicherzustellen, dass erstellte aber noch nicht übermittelte Datensätze, die bereits wieder programmintern storniert wurden, also in sich überholt sind, nicht an die Datenannahmestelle der zuständigen Krankenkasse geliefert werden.

Bei Stornierung einer bereits übermittelten Mitteilung ist der DSLW mit den ursprünglich übermittelten Daten, der bereits abgegebenen Meldung und dem Kennzeichen „Stornierung“ zu übermitteln. Im DSLW sind die Daten im Feld 3.1.5 „Erstellungsdatum“ und ggf. im Feld 3.1.2 „Absendernummer“ bzw. im Feld 3.1.3 „Empfängernummer“ zu aktualisieren.

Eine Stornierung ist nicht vorzunehmen, sofern sich die Änderung ausschließlich auf die in den Bausteinen DBAP oder DBID enthaltenen Daten bezieht.

Verfahren bei den Arbeitgebern

Bei Stornierungen von Mitteilungen, die vor dem 01.01.2020 in der Version 09 übermittelt wurden, sind die ursprünglich übermittelten Daten in der Version 10 zu übermitteln. Derartige Stornierungsmeldungen sind insoweit vor der Übermittlung zu konvertieren.

2.2.2.8 Umgang mit den von der Datenannahmestelle abgewiesenen Datensätzen

Werden Mängel nach den Fehlerprüfungen der Anlage 1 festgestellt, die eine ordnungsmäßige Übernahme der Daten beeinträchtigen, wird die Übernahme der Daten durch die Datenannahmestelle ganz oder teilweise abgelehnt. Abgewiesene Datensätze sind nicht zu stornieren. Eine erneute Übermittlung der zurückgewiesenen und korrigierten Daten ist unverzüglich vorzunehmen.

2.2.2.9 Testverfahren

Die notwendigen Tests nach Neuerstellung/Änderungen, der für die Abgabe der Entgeltbescheinigung verwendeten Entgeltabrechnungsprogramme, sind ausschließlich dem Ersteller der Software vorbehalten. Endanwender/Arbeitgeber haben keine Möglichkeit Tests durchzuführen.

2.2.3 Aufbau und Prüfung der Meldedaten

2.2.3.1 Mindestumfang der Prüfungen

Für die Übermittlung der Meldungen haben die Spitzenorganisationen der Sozialversicherungsträger Datenprüfungen festgelegt, die vor der Datenübermittlung an die Annahmestellen der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung Bund (DSRV) und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) bei den Datenannahmestellen der Krankenkassen vorzunehmen sind.

Die Sozialversicherungsträger prüfen die Datensätze nach den gleichen Kriterien wie die Datenannahmestellen (siehe Anlage 1).

Der Inhalt der Datenprüfungen ergibt sich im Einzelnen aus den nachfolgenden Beschreibungen sowie den Beschreibungen der Feldprüfungen (siehe Anlage 1) im fachlichen Datensatz DSLW und den Datenbausteinen)

Verfahren bei den Arbeitgebern

- DBNA – Name
- DBAN – Anschrift
- DBAL – Allgemeines
- DBAE – Arbeitsentgelt
- DBZA – Arbeitszeit
- DBEE – Ende Entgeltersatzleistung
- DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt
- DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes
- DBUN – Arbeits-/Schul-/Kindergartenunfall
- DBMU – Entgeltbescheinigung zur Berechnung von Mutterschaftsgeld
- DBVO – Vorerkrankungszeiten
- DBBE – Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV)
- DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe
- DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute
- DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen von Transfer-Kurzarbeitergeld
- DBAP – Ansprechpartner
- DBID – Identifikationsdaten.

2.2.3.2 Übersicht möglicher Kombinationen „Abgabegrund/Datenbaustein“

Die Schlüsselzahlen für die Abgabegründe in den Mitteilungen der Entgeltersatzleistungen ergeben sich aus der Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV) und sind in Kombination mit den Datenbausteinen entsprechend der Anlage 3 der Verfahrensbeschreibung zu verwenden.

2.3 Verfahren bei den Sozialversicherungsträgern

2.3.1 Allgemeines

Die Sozialversicherungsträger erhalten von den Arbeitgebern für deren Beschäftigte (gilt auch für Beschäftigte, die die jeweilige Jahresarbeitsentgeltgrenze überschreiten, Privatkrankenversicherung und geringfügig Beschäftigte bzw. kurzfristig Beschäftigte) die notwendigen Entgeltbescheinigungen, die durch Datenübertragung an die Datenannahmestellen der Krankenkassen zu übermitteln sind.

2.3.2 Prüfung der Meldedaten

2.3.2.1 Allgemeines

Die Datenannahmestellen prüfen die übermittelten Daten. Der Inhalt der Fehlerprüfungen ergibt sich im Einzelnen aus der [Anlage 1](#).

2.3.2.2 Verteilung der Meldedaten

Die Datensätze sind von der Datenannahmestelle an die zuständigen Sozialversicherungsträger zu übermitteln. Vor der Datenübermittlung sind die Daten zu prüfen. Fehlerhafte Datensätze sind nicht an die zuständigen Sozialversicherungsträger weiterzuleiten.

2.3.3 Fehlerbehandlung

2.3.3.1 Fehlerhafte Datensätze

Ergeben sich aus der Prüfung der Datensätze Fehler, ist der Absender der Datei entsprechend zu unterrichten und aufzufordern, die Fehler zu korrigieren und anschließend die Datensätze erneut zu erstatten.

2.3.3.2 Datenabgleich

Zur Verfahrenssicherheit werden die Daten aus der maschinellen Mitteilung des Arbeitgebers mit dem Datenbestand des zuständigen Sozialversicherungsträgers (u. a. Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, Beginn der Entgeltersatzleistung) abgeglichen. Abweichungen werden den Arbeitgebern durch die Sozialversicherungsträger durch die Rückmeldung der vereinbarten Werte mitgeteilt. Sofern erforderlich werden besondere Sachverhalte ggf. bilateral zwischen dem Sozialversicherungsträger und dem Arbeitgeber geklärt.

2.3.4 Mitteilungen, die von den Sozialversicherungsträgern erstellt werden

Von den Sozialversicherungsträgern werden bei Bedarf die nachfolgend aufgeführten Datenbausteine an den Arbeitgeber übermittelt:

- DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung
- DBEE – Ende Entgeltersatzleistung
- DBAP – Ansprechpartner
- DBNA – Name
- DBAN – Anschrift
- DBID – Identifikationsdaten
- DBFE – Fehler

Zusätzlich übermitteln die Krankenkassen bei Bedarf den 3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“ an die Arbeitgeber.

Veränderungen in den Mitteilungen führen zu einer Stornierung und Neumeldung durch den Sozialversicherungsträger.

Aufgrund der Besonderheit, dass bei der Bundesagentur für Arbeit weder Rückmeldungen über die Höhe und das Ende der Entgeltersatzleistung an die Arbeitgeber noch Vorerkrankungsanfragen auftreten, wird eine entsprechende elektronische Übermittlung nicht eingerichtet.

2.3.4.1 Verwendungsregeln für die Antwort auf Vorerkrankungsanfragen

Für die Antwort auf Vorerkrankungsanfragen (3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“) ist der 3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“ zu verwenden. Hierbei sind die Besonderheiten unter 3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“ entsprechend zu beachten.

2.3.4.2 Verwendungsregeln für die Rückübermittlung „Ende Entgeltersatzleistung“

Für die Antwort auf die Anfrage des Arbeitgebers über das Ende der Entgeltersatzleistung (3.1.18 „Abgabegrund“ = „62“) ist der 3.7 „Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung“ zu verwenden. Die ursprünglich übermittelten Daten des Arbeitgebers (Ende Entgeltersatzleistung – DBEE) sind bei der Antwort des Sozialversicherungsträgers unverändert mit zu übermitteln und ggf. um den abweichenden Beginn der Entgeltersatzleistung zu ergänzen.

Aufgrund der Rückmeldung eines Sozialversicherungsträgers nach § 107 Abs. 2 SGB IV ist grundsätzlich keine Stornierung und Neumeldung durch den Arbeitgeber abzugeben.

Es sind die weiteren Besonderheiten unter 3.7 „Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung“ entsprechend zu beachten.

2.3.4.3 Stornierung von Mitteilungen, Korrektur fehlerhaft übermittelter Daten

Datensätze sind vom Sozialversicherungsträger zu stornieren, wenn dieser von sich aus feststellt, dass er inhaltlich falsche Daten geliefert hat (unzutreffende Angaben) oder wenn sie nicht zu erstatten waren. Bei einer Stornierung wegen unzutreffender Angaben erstellt der Sozialversicherungsträger den bereits übermittelten Datensatz erneut mit dem Stornierungsmerkmal und zusätzlich den neuen Datensatz mit den richtigen Werten.

Vor der maschinellen Übermittlung von Mitteilungen ist von den Sozialversicherungsträgern programmseitig sicherzustellen, dass erstellte aber noch nicht übermittelte Datensätze, die bereits wieder programmintern storniert wurden, also in sich überholt sind, nicht an die Arbeitgeber geliefert werden.

Verfahren bei den Sozialversicherungsträgern

Bei Stornierung einer bereits übermittelten Mitteilung ist der DSLW mit den ursprünglich übermittelten Daten, der bereits abgegebenen Meldung und dem Kennzeichen „Stornierung“ zu übermitteln. Im DSLW sind die Daten im Feld 3.1.5 „Erstellungsdatum“ und ggf. im Feld 3.1.2 „Absendernummer“ bzw. im Feld 3.1.3 „Empfängernummer“ zu aktualisieren.

Eine Stornierung ist nicht vorzunehmen, sofern sich die Änderung ausschließlich auf die in den Bausteinen DBAP oder DBID enthaltenen Daten bezieht.

3. Fachlicher Inhalt der Datenbausteine des Datensatzes DSLW – Leistungswesen

Bei der nachfolgenden Abbildung der einzelnen Felder wurde darauf verzichtet, die Überschrift der einzelnen Spalten zu wiederholen, diese entsprechen der Darstellung im Datensatz (sechs Spalten von links nach rechts: 1. „Stellen“, 2. „Lg“ [Länge], 3. „Typ“, 4. „Art“, 5. „Name“, 6. „Inhalt/Erläuterung“).

Die Zeichendarstellung in den Spalten „Typ“ und „Art“ haben folgende Bedeutung:

an = alphanumerisches Feld, linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen;

„Grundstellung“ = Leerzeichen;

n = numerisches Feld, rechtsbündig mit führenden Nullen; dabei werden Betragsfelder ohne Komma dargestellt;

„Grundstellung“ = Null

n mit x NK = numerisches Feld analog n, jedoch mit x Nachkommastellen

K = Pflichtangabe, soweit bekannt

k = Kannangabe

M = Mussangabe

m = Mussangabe unter Bedingungen

3.1 Datensatz DSLW – Datensatz Leistungswesen

3.1.1 Verfahrenskennung

005-009	005	an	M	VERFAHREN	Verfahren, für das der Datensatz bestimmt ist. LEIST = Datenaustausch Entgeltersatzleistungen
---------	-----	----	---	-----------	---

3.1.2 Absendernummer

010-024	015	an	M	ABSENDERNUMMER	<p>Es ist die Absendernummer einzutragen (Betriebsnummer des Erstellers des Datensatzes – vormals BBNR-ABSENDER).</p> <p>nnnnnnnn 8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen</p> <p>In Ausnahmefällen ist eine gesonderte Absendernummer gem. § 18n Abs. 2 SGB IV einzutragen.</p> <p>Annnnnnn 8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen.</p>
---------	-----	----	---	----------------	--

Hier ist die Betriebsnummer des Absenders gemäß § 18n Abs. 1 und 2 SGB IV anzugeben. Dabei handelt es sich entweder um die:

- Betriebsnummer des Arbeitgebers (Arbeitgeber ist Absender)
- Betriebsnummer Abrechnungsstelle (Steuerberater oder abrechnende Stelle sind Absender) oder
- Betriebsnummer eines Rechenzentrums, soweit dieses Absender der Meldung ist.

3.1.3 Empfängernummer

025-039	015	an	M	EMPFAENGERNUMMER	<p>Es ist die Absendernummer des Empfängers des Datensatzes einzutragen (Betriebsnummer des Empfängers des Datensatzes – vormals BBNR-EMPFAENGER).</p> <p>nnnnnnnn</p> <p>8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen</p> <p>In den Ausnahmefällen, in denen der Empfänger eine gesonderte Absendernummer gem. § 18n Abs. 2 SGB IV nutzt, ist diese einzutragen.</p> <p>Annnnnnn</p> <p>8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen.</p>
---------	-----	----	---	------------------	--

Empfänger der Meldungen ist entweder

- die zuständige Krankenkasse,

Die Krankenkassen sind Empfänger der Meldungen bei Abgabegrund (3.1.18 „Abgabegrund“ „01“ (Krankengeld), „02“ (Kinderkrankengeld), „03“ (Mutterschaftsgeld), „41“ (Vorerkrankungsanfragen), „42“ (Anfrage zum Ende der Entgeltersatzleistung) und „51“ (Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen)). Zusätzlich sind die Krankenkassen auch Empfänger von Meldungen mit Abgabegrund „21“ (Verletztengeld) und „23“ (Kinderverletztengeld), wenn diese Leistungen im Rahmen des Generalauftrags auftragsweise durch die Krankenkassen zu erbringen sind. Der Generalauftrag umfasst alle Verletztengeld- und Kinderverletztengeldfälle, welche auf Basis von Arbeitsunfällen erfolgen und der Arbeitnehmer weder privat krankenversichert noch geringfügig entlohnt beschäftigt ist. Der Generalauftrag kommt bei Kinderverletztengeld nicht zur Anwendung, wenn der anspruchsberechtigte Elternteil und das verletzte Kind nicht bei derselben Kasse versichert sind.

- die Deutsche Rentenversicherung Bund,

Die Rentenversicherung Bund ist Empfänger der Meldungen bei Abgabegrund (3.1.18 „Abgabegrund“) „11“ (Übergangsgeld bei Reha) und „12“ (Übergangsgeld bei Teilhabe). Die Betriebsnummer der Rentenversicherung lautet einheitlich „66667777“.

- die Unfallversicherung,

Die Träger der Unfallversicherung oder die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung bzw. Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sind Empfänger der Meldungen bei Abgabegrund (3.1.18 „Abgabegrund“) „22“ (Übergangsgeld) und „51“ (Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen). Zusätzlich sind sie auch Empfänger von Meldungen mit Abgabegrund „21“ (Verletztengeld) und „23“ (Kinderverletztengeld), wenn diese Leistungen nicht im Rahmen des Generalauftrags auftragsweise durch die Krankenkassen zu erbringen sind. Dies gilt für alle Verletztengeld- und Kinderverletztengeldfälle, welche auf Basis von Berufskrankheiten erfolgen oder der Arbeitnehmer privat krankenversichert oder geringfügig entlohnt beschäftigt ist. Der Generalauftrag kommt auch bei Kinderverletztengeldfällen nicht zur Anwendung, wenn der anspruchsberechtigte Elternteil und das verletzte Kind nicht bei derselben Kasse versichert sind.

Da der Arbeitgeber dies nicht abschließend beurteilen kann, erhalten die Arbeitgeber in diesen Fällen vom jeweiligen Träger der Unfallversicherung ein Hinweisschreiben spätestens bis zum 6. Arbeitstag vor dem 42. Tag der Arbeitsunfähigkeit, das alle Angaben zum jeweiligen Unfall enthält (Punkt 2.1. Gemeinsame Grundsätze).

Die Betriebsnummer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung lautet einheitlich „22672327“ bzw. für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau „47056789“.

- die Bundesagentur für Arbeit.

Die Bundesagentur für Arbeit ist Empfänger der Meldungen bei Abgabegrund (3.1.18 „Abgabegrund“) „31“ (Übergangsgeld). Die Betriebsnummer der Bundesagentur für Arbeit lautet einheitlich „76641777“.

Bei Meldungen mit dem Abgabegrund (3.1.18 „Abgabegrund“) „51“ ist dieselbe Betriebsnummer zu verwenden, wie in der dazugehörigen Hauptmeldung (Meldegründe „01“ bis „31“).

3.1.4 Versionsnummer

040-041	002	n	M	VERSION-NR	Versionsnummer des übermittelten Datensatzes 01 - 99
---------	-----	---	---	------------	---

3.1.5 Erstellungsdatum

042-061	020	n	M	DATUM-ERSTELLUNG	Zeitpunkt der Erstellung des Datensatzes in der Form: jhjmmmtt (Datum) hhmmss (Uhrzeit) msmsms (Mikrosekunde) (Wert > 0 in letzten 6 Stellen optional)
---------	-----	---	---	------------------	---

Zeitpunkt, in dem der Datensatz erstellt wird, wobei die Mikrosekunden nicht gefüllt werden müssen.

3.1.6 Fehlerkennzeichen

062-062	001	n	M	FEHLER-KENNZ	Kennzeichnung für fehlerhafte Datensätze 0 = Datensatz fehlerfrei 1 = Datensatz fehlerhaft
---------	-----	---	---	--------------	--

3.1.7 Anzahl der Fehler

063-063	001	n	M	FEHLER-ANZAHL	Anzahl der Fehler des Datensatzes in der Form: n
---------	-----	---	---	---------------	---

3.1.8 Versicherungsnummer

064-075	012	an	K	VSNR	Versicherungsnummer in der Form: bbttmmjjassp
---------	-----	----	---	------	--

Ist die Versicherungsnummer des Arbeitnehmers dem Arbeitgeber nicht bekannt, ist die Versicherungsnummer mit dem Abrechnungsprogramm bei der Datenstelle der Rentenversicherung (Betriebsnummer „66667777“) abzufragen.

3.1.9 Geburtsdatum

076-083	008	n	M	GEBURTSDAT	Geburtsdatum des Versicherten im Format jhjjmmtt
---------	-----	---	---	------------	---

Tatsächliches Geburtsdatum des Arbeitnehmers; dieses kann vom Geburtsdatum, das sich aus der SV-Nummer ergibt, abweichen.

3.1.10 Betriebsnummer des Verursachers

084-098	015	an	M	BBNR-VU	Betriebsnummer des Verursachers des Datensatzes (8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen). Bei Meldungen zwischen dem Arbeitgeber und der Datenannahmestelle und umgekehrt ist hier die Betriebsnummer des Beschäftigungsbetriebes anzugeben. nnnnnnnn
---------	-----	----	---	---------	---

Im diesem Feld wird der eigentliche Arbeitgeber bzw. die Betriebsnummer des Beschäftigungsbetriebes, in dem der Versicherte beschäftigt ist, übermittelt. Über diese Betriebsnummer kann eindeutig der Arbeitgeber identifiziert werden.

3.1.11 Kennzeichen des Datensatzes

099-130	032	an	K	DATENSATZ-ID	Eindeutige Kennzeichnung des Datensatzes durch den Ersteller
---------	-----	----	---	--------------	--

3.1.12 Produkt-Identifizier

131-137	007	an	m	PRODUKT-IDENTIFIKATOR	Produkt-Identifizier des geprüften Softwareproduktes, das beim Ersteller der Datei eingesetzt wird. Sie wird von der ITSG, eindeutig für jedes systemuntersuchte Programm, vergeben.
---------	-----	----	---	-----------------------	--

3.1.13 Modifikations-Identifizier

138-145	008	an	m	MODIFIKATIONS-IDENTIFIKATOR	Modifikations-Identifizier des geprüften Softwareproduktes, das beim Ersteller der Datei eingesetzt wird.
---------	-----	----	---	-----------------------------	---

3.1.14 Verarbeitungsdatum

146-165	020	an	K	DATUM-VERARBEITUNG	Datum der Weiterleitung durch die Datenannahmestelle Zeitpunkt der Weiterleitung des Datensatzes in der Form: jhjmmmtt (Datum) hhmmss (Uhrzeit) msmsms (Mikrosekunde) (Wert > 0 in letzten 6 Stellen optional)
---------	-----	----	---	--------------------	--

3.1.15 Betriebsnummer der Krankenkasse

168-182	015	an	M	BBNR-KK	Betriebsnummer der für den/die Beschäftigte(n) zuständigen Krankenkasse (8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen) nnnnnnn
---------	-----	----	---	---------	--

Die Betriebsnummer der für den Arbeitnehmer zuständigen Krankenkasse ist immer zu angeben, d.h. auch bei Meldungen an die DGUV, die RV oder die BA (Ausnahme PKV-Versicherte).

3.1.16 Betriebsnummer der Abrechnungsstelle

183-197	015	an	K	BBNR-ABRECHNUNGS- STELLE	Betriebsnummer der Abrechnungsstelle (z.B. Steuerberater – 8 Stellen linksbündig mit nachfolgenden Leerzeichen) nnnnnnn
---------	-----	----	---	-----------------------------	--

Sofern der Arbeitgeber einen Steuerberater oder eine abrechnende Stelle beauftragt, ist in diesem Feld die Betriebsnummer des Abrechnungsdienstleisters oder des Steuerberaters anzugeben. Bei der Betriebsnummer der Abrechnungsstelle handelt es sich insoweit um eine Pflichtangabe, sofern eine Abrechnungsstelle vorhanden ist.

3.1.17 Rückmeldung der Entgeltersatzleistung

198-198	001	an	M	RUECKMELDUNG-ENT- GELTERSATZLEISTUNG	Kennzeichen ob eine Rückmeldung der Entgeltersatzleistung durch den Arbeitgeber abgefordert wird: N = keine Rückmeldung J = Rückmeldung
---------	-----	----	---	---	---

Hier ist durch den Arbeitgeber anzugeben, ob der Sozialleistungsträger die Höhe der Entgeltersatzleistung an den Arbeitgeber zurückübermitteln soll. Dies ist mindestens dann der Fall, wenn im DBAE im Feld [3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“](#) oder

im DBMU im Feld 3.11.7 „Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus“ ein Betrag größer „Grundstellung“ gemeldet wird.

Darüber hinaus kann der Arbeitgeber hier auch explizit die Höhe der Entgelersatzleistung anfordern, wenn dies für die Beurteilung oder Berechnung des beitragspflichtigen Arbeitsentgeltes im Sinne des § 23c SGB IV im Einzelfall notwendig ist; eine regelmäßige Anforderung ist unzulässig.

3.1.18 Abgabegrund

199- 200	002	n	M	ABGABEGRUND	Grund der Abgabe gemäß der Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze nn
-------------	-----	---	---	-------------	--

Hier ist durch den Arbeitgeber und den Sozialleistungsträger anzugeben, aus welchem Grund die Meldung übermittelt wird. Die Abgabegründe sind:

Schlüssel	Beschreibung
01 =	Entgeltbescheinigung KV bei Krankengeld
02 =	Entgeltbescheinigung KV bei Kinderkrankengeld
03 =	Entgeltbescheinigung KV bei Mutterschaftsgeld
11 =	Entgeltbescheinigung RV bei Übergangsgeld Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
12 =	Entgeltbescheinigung RV bei Übergangsgeld Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
21 =	Entgeltbescheinigung UV bei Verletztengeld
22 =	Entgeltbescheinigung UV bei Übergangsgeld
23 =	Entgeltbescheinigung UV bei Kinderverletztengeld
31 =	Entgeltbescheinigung BA Übergangsgeld
41 =	Anforderung Vorerkrankungsmitteilungen
42 =	Anforderung Ende Entgelersatzleistung
51 =	Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV)
61 =	Rückmeldung Vorerkrankungsmitteilungen
62 =	Rückmeldung Ende Entgelersatzleistung

Schlüssel	Beschreibung
71 =	Höhe der Entgelersatzleistung
99 =	Wechsel der meldenden Stelle <u>und Systemwechsel</u>

Erfolgt die Meldung mit dem Grund „21“ durch den Arbeitgeber, der Krankenkasse liegt jedoch die Information vor, dass es sich nicht um einen Arbeitsunfall handelt, so ist der Arbeitgeber hierüber außerhalb des DTA EEL zu informieren und zur Stornierung und Neumeldung mit Grund „01“ aufzufordern. Gleiches gilt auch, wenn fälschlicherweise mit dem Grund „01“ gemeldet wurde, obwohl tatsächlich ein Arbeitsunfall vorliegt.

Der Abgabegrund „99“ wurde im Datensatz mit der Version 9 eingeführt, um die Mehrfachmeldung der SV-Träger zu ermöglichen. So ist vorgesehen, dass z.B. das Ende der Entgelersatzleistung bei einer Aussteuerung oder ein Verlängerungstatbestand bei Mutterschaftsgeld ohne weitere Anforderung des Arbeitgebers durch den SV-Träger versandt werden soll (siehe 3.7 „Datenbaustein DBEE – Ende Entgelersatzleistung“).

Um sicherzustellen, dass der Datensatz immer korrekt adressiert zurückgesandt wird, müssen die Sozialversicherungsträger daher durch die Arbeitgeber in solchen Fallgestaltungen über Veränderungen in der „Adressierung“ durch z.B. Wechsel der meldenden Stelle oder Systemwechsel informiert werden, weil sonst die Meldung an einen unzuständigen Empfänger erfolgt. Die Meldung mit dem Abgabegrund „99“ stellt daher nichts anderes, als eine Mitteilung einer Adressänderung im digitalen Verfahren dar. Der Sozialversicherungsträger nutzt daher ausschließlich die jeweils zuletzt vorliegende „Adresse“ pro Versicherten (3.1.2 „Absendernummer“) und aus dem Datenbaustein DBID – Identifikationsdaten das Feld „Aktenzeichenverursacher“ für eine etwaige Rückmeldung. Um die Belastung beidseitig auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ist die Übermittlung des Abgabegrundes „99“ auf laufende Entgelersatzleistungsfälle beschränkt. Sofern der Systemwechsel mit dem Tag des Endes der Entgeltfortzahlung zusammenfällt, ist durch den Arbeitgeber daher sicherzustellen, dass keine „99“-Meldung sondern eine Übermittlung der Verdienstangaben erfolgt. Erfolgte eine Vorerkrankungsanfrage oder die Abforderung des Endes der Entgelersatzleistung durch den Arbeitgeber vor der Änderung der Adressierung und ist dieser noch unbeantwortet, so ist diese Meldung bei Bedarf erneut abzusetzen. Bei einem Krankenkassenwechsel innerhalb des laufenden EEL-Falles ist die Meldung an die zum Meldezeitpunkt zuständige Krankenkasse vorzunehmen.

Im Falle eines Systemwechsels kann es notwendig sein, dass zu übermittelnde Daten (Entgelt-daten, Zeiträume oder auch an die RV zurückzumeldende anrechenbaren Zeiten) im anfragenden Entgeltabrechnungssystem ggf. manuell eingepflegt werden müssen.

3.1.19 Stornokennzeichen

Datensatz DSLW – Datensatz Leistungswesen

201- 201	001	an	M	KENNZ-STORNO	Kennzeichen Stornierung einer bereits abgegebenen Meldung: N = Keine Stornierung J = Stornierung
-------------	-----	----	---	--------------	--

Von einer Kommentierung der weiteren Stellen 166-167 und 202 - 221 des DSLW wurde abgesehen.

Datenbaustein DBNA – Name

3.2 Datenbaustein DBNA – Name

– keine Kommentierung vorgesehen –

Datenbaustein DBAN – Anschrift

3.3 Datenbaustein DBAN – Anschrift

– keine Kommentierung vorgesehen –

3.4 Datenbaustein DBAL – Allgemeines

3.4.1 AU/med. Leist./LT ab

005-012	008	n	M	DATUM-AB	AU/med. Leist./LT ab jhjmmmt
---------	-----	---	---	----------	---------------------------------

Angabe des Tages, ab dem die Arbeitsunfähigkeit (AU) bzw. die Leistung zur medizinischen Rehabilitation (med. Leist.) oder die Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben (LT) beginnt. Der Tag des Beginns der AU/med. Leist. oder LT kann auch ein Tag sein, an welchem noch teilweise gearbeitet wurde. Kann in der Entgeltabrechnungssoftware keine untertägige Abwesenheit erfasst werden, ist hier der erste vollständige AU-Tag anzugeben (vgl. 3.4.2 „Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der AU/med. Leist./LT“).

3.4.2 Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der AU/med. Leist./LT

013-013	001	n	M	AE-ERSTTAG	Am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit/med. Leist./LT wurde noch gearbeitet N = Nein J = Ja
---------	-----	---	---	------------	---

Angabe, ob am Tag des Beginns der AU oder der med. Leist. bzw. LT noch gearbeitet (ggf. auch teilweise) und damit Arbeitsentgelt erzielt wurde.

Kann in der Entgeltabrechnungssoftware keine untertägige Abwesenheit erfasst werden und wurde daher unter 3.4.1 „AU/med. Leist./LT ab“ der erste vollständige AU-Tag angeben, ist hier ein „N“ anzugeben. In diesen Fällen erkennt die Krankenkasse durch die Abweichung zur AU-Bescheinigung, dass am ersten Tag noch gearbeitet wurde.

3.4.3 Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis

014-021	008	n	M	DATUM-EGZBIS	Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis jhjmmmtt
---------	-----	---	---	--------------	---

Wenn das Arbeitsentgelt während der AU oder der med. Leist. bzw. LT weitergezahlt wird, ist der Tag anzugeben, bis zu dem diese Zahlung erfolgt. Endet die Entgeltfortzahlung/ Zahlung von Arbeitsentgelt bereits vor Beginn der AU oder der med. Leist. bzw. LT, ist der letzte SV-Tag vor Beginn der AU oder der med. Leist. bzw. LT anzugeben.

Wurde die Dauer der Entgeltfortzahlung aufgrund von anrechenbaren Vorerkrankungen verkürzt und es soll Übergangsgeld gewährt werden (3.1.18 „Abgabegrund“ = „11“ oder „12“), sind durch den Arbeitgeber unter 3.12 „Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten“ die Zeiträume der anrechenbaren Vorerkrankungen zu übermitteln.

3.4.4 Beendigung Beschäftigungsverhältnis am

022-029	008	n	m	ENDE-BV-AM	Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses am jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	--

Datum des die Beendigung auslösenden Ereignisses (Tag der Kündigung, Tag des Abschlusses des Aufhebungsvertrages). Bei befristeten Beschäftigten ist hier keine Eingabe vorzunehmen.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung des Mitarbeiters zu einem späteren Zeitpunkt) wäre eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.4.5 Beendigung Beschäftigungsverhältnis zum

030-037	008	n	m	ENDE-BV-ZUM	Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zum jhjmmmtt
---------	-----	---	---	-------------	---

Angabe des Tages, an dem das Beschäftigungsverhältnis endet („Kündigung zum“, „vertragliche Aufhebung des Beschäftigungsverhältnisses zum“, „Fristablauf am“).

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung des Mitarbeiters zu einem späteren Zeitpunkt) wäre eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.4.6 Grund Beendigung

038-039	002	n	m	GRUNDBEEND	Grund der Beendigung entsprechend der Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze Schlüsselzahlen für Grund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses
---------	-----	---	---	------------	--

Angabe des Grundes der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gem. Anlage 2 der „Gemeinsame(n) Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV)“, Schlüsselzahlen für Grund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses:

- 01 = Kündigung des Arbeitgebers
- 02 = Kündigung des Arbeitnehmers
- 03 = befristetes Beschäftigungsverhältnis
- 04 = Aufhebungsvertrag
- 05 = Sonstiges
- 06 = zulässige Auflösung

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung des Mitarbeiters zu einem späteren Zeitpunkt) wäre eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.4.7 Pflegeversicherungszuschlag Kinderlose

040-040	001	an	M	PFLZUSCHLAG	Pflegeversicherungszuschlag für Kinderlose N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	-------------	--

Der Pflegeversicherungsbeitrag nach § 55 Abs. 1 SGB XI erhöht sich um einen Beitragszuschlag für Mitglieder nach Ablauf des Monats, in dem sie das 23. Lebensjahr vollendet und keine Elter-

neigenschaft im Sinne des § 55 Abs. 3 und Abs. 3a SGB XI nachgewiesen haben. Erfolgt die Vorlage des Nachweises innerhalb von drei Monaten nach der Geburt des Kindes, gilt der Nachweis mit Beginn des Monats der Geburt als erbracht, ansonsten wirkt der Nachweis ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird. Demnach ist hier „J“ zu melden, wenn Versicherte nach Vollendung des 23. Lebensjahres keine Elterneigenschaft nachgewiesen haben. Maßgebend für die Prüfung der Voraussetzungen (Alter, Elterneigenschaft) ist im Zusammenhang mit der Meldung des Arbeitgebers im Rahmen des Datenaustausches der Monat, in dem die Entgeltersatzleistung beginnt.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten, ist eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.4.8 Teilnahme Arbeitszeitmodell (Wertguthaben)

041-041	001	an	M	ARBZEITMOD	Teilnahme an Arbeitszeitmodell (Wertguthaben § 7 Abs. 1a SGB IV) N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	------------	---

Falls der Arbeitnehmer zu Beginn der AU/LT an einem Arbeitszeitmodell im Sinne des Gesetzes zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (Wertguthaben nach § 7 Abs. 1a SGB IV) teilnimmt, ist dies entsprechend zu kennzeichnen.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Tritt eine flexible Arbeitszeitregelung nach dem Meldezeitpunkt bzw. nach Beginn der AU/med. Leist./LT ein, ist der Sozialleistungsträger hierüber gesondert durch den Arbeitgeber zu informieren. Eine Neuerstellung des Datensatzes ist nicht erforderlich

3.4.9 KUG/Saison-KUG/Transfer-KUG

042-042	001	n	M	MM-KUG	<p>Kug [1], Saison- [2]- oder Transfer-Kug [3] bei Beginn der AU/med. Leist./LT oder im letzten Entgeltabrechnungszeitraum</p> <p>1 = KUG 2 = Saison-KUG 3 = Transfer-KUG</p> <p>„Grundstellung“ = kein KUG/Saison-KUG/Transfer-KUG</p>
---------	-----	---	---	--------	---

Die Angaben in den Feldern [3.4.10 „Beginn Kurzarbeitszeit“](#) und [3.4.11 „Ende Kurzarbeitszeit“](#) sind nur zu machen, wenn der Arbeitnehmer im maßgebenden Entgeltabrechnungszeitraum von Kurzarbeit betroffen war, demnach das zu meldende Arbeitsentgelt oder der anzusetzende Entgeltabrechnungszeitraum durch Kurzarbeit beeinflusst wird.

Tritt während des Bezugs von Kurzarbeitergeld/Saison-Kurzarbeitergeld die AU ein bzw. beginnt die med. Leist. oder die LT, ist im Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt (vgl. [3.5 „Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt“](#)) das Arbeitsentgelt aus dem letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der Kurzarbeit zu melden. Tritt während des Bezuges von Transfer-KUG die AU ein, ist das Arbeitsentgelt aus dem letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der AU zu melden.

Tritt die AU nach dem Ende der Kurzarbeit ein und wurde im letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der AU Kurzarbeitergeld/Saison-Kurzarbeitergeld bezogen, sind das im letzten Entgeltabrechnungszeitraum tatsächlich erarbeitete Arbeitsentgelt (vgl. [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#) und [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#) und die tatsächlichen Arbeitsstunden ([3.6.1 „Anzahl Stunden“](#)), bzw. bei festem Monatsentgelt das vereinbarte Arbeitsentgelt (vgl. [3.5.9 „Vereinbartes Bruttoarbeitsentgelt“](#), [3.5.10 „Nettoarbeitsentgelt aus vereinbartem Bruttoarbeitsentgelt“](#) anzugeben. Erhält der Arbeitnehmer eine auf das Ergebnis der Arbeit abgestellte Vergütung (z.B. Stück- oder Akkordlohn), so sind die in den letzten drei Entgeltabrechnungszeiträumen tatsächlich erarbeiteten Arbeitsentgelte (vgl. [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#), [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#), [3.5.13 „Zeitraum 2 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#), [3.5.14 „Zeitraum 2 Nettoarbeitsentgelt“](#), [3.5.17 „Zeitraum 3 SV- Bruttoarbeitsentgelt“](#) und [3.5.18 „Zeitraum 3 Nettoarbeitsentgelt“](#)) anzugeben.

Für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Bezug von Kurzarbeitergeld (auch Saison-Kurzarbeitergeld oder Transfer-Kurzarbeitergeld) im letzten Entgeltabrechnungszeitraum sind besondere Angaben erforderlich; abweichend von den nachfolgenden Erläuterungen zu [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#), [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-](#)

Bruttoarbeitsentgelt“, 3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“ und 3.6.1 „Anzahl Stunden“ ist Folgendes zu bescheinigen:

Wird das Arbeitsentgelt als Monatsentgelt gezahlt, ist das Arbeitsentgelt aus dem letzten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn des Bezuges von Kurzarbeitergeld zu bescheinigen.

Wird das Arbeitsentgelt nicht als Monatsentgelt gezahlt (zum Beispiel als Stundenlohn), so ist das Arbeitsentgelt aus dem letzten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der AU oder der Leistung zur Rehabilitation, unter 3.6.1 „Anzahl Stunden“ die zugehörige (verminderte) Stundenzahl und unter 3.6.2 „Vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ die vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aus dem letzten Entgeltabrechnungszeitraum vor Bezug des Kurzarbeitergeldes zu bescheinigen.

In Fällen, in denen bei einem Arbeitnehmer Zeiten mit Kurzarbeit unterschiedlicher Verfahren aufeinander folgen – z.B. Saison-KuG nach Konjunktur-KuG – sind diese Zeiten im Datensatz zusammenzufassen; es ist die Zahl der aktuellen KUG-Bezugsart bei Beginn der AU bzw. LT anzugeben. In den Feldern 3.4.10 „Beginn Kurzarbeitszeit“ und 3.4.11 „Ende Kurzarbeitszeit“ ist der komplette Zeitraum der unterschiedlichen KUG-Arten anzugeben.

Beim Bezug von Transfer-KUG ist der Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld – zu liefern (vgl. 3.17 „Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld“).

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten ist eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.4.10 Beginn Kurzarbeitszeit

043-050	008	n	m	KUG-BEGINN	Beginn der Kurzarbeitszeit (Bezugsfrist)
---------	-----	---	---	------------	--

Die Bezugsdauer beginnt mit dem ersten Kalendermonat, für den für diesen Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld gezahlt wird.

Vgl. 3.4.9 „KUG/Saison-KUG/Transfer-KUG“.

3.4.11 Ende Kurzarbeitszeit

051- 058	008	n	m	KUG-ENDE	Ende der Kurzarbeitszeit (Bezugsfrist)
-------------	-----	---	---	----------	--

Die Bezugsdauer endet gem. § 104 Abs. 1 Satz 1 SGB III längstens nach 12 Monaten. Diese Frist kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach § 109 Abs. 1 Nr. 2 SGB III durch Rechtsverordnung verlängern, und zwar bis zur Dauer von 24 Monaten, wenn außergewöhnliche Verhältnisse auf dem gesamten Arbeitsmarkt vorliegen."

Vgl. [3.11.9 „Fehlzeit vor Beginn Schutzfrist oder bis Auflösung Beschäftigungsverhältnis“](#).

3.4.12 Lohnausgleich Baugewerbe Beginn 1

059- 066	008	n	m	LAG-BEGINN 1	Lohnausgleich im Baugewerbe Zeitraum 1 Zeitraum-Beginn jhjmmmt
-------------	-----	---	---	--------------	---

Anspruch auf Lohnausgleich im Baugewerbe besteht für das Gerüstbauerhandwerk auf Grundlage des "Tarifvertrages zur Förderung der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse im Gerüstbaugewerbe Berlin während der Winterperiode" (Berliner Lohnausgleich-Tarifvertrag) vom 20. Oktober 1985.

Im Bau- und Dachdeckergewerbe ist Lohnausgleich letztmalig in der Winterperiode 2005/2006 gewährt worden und wurde mit dem Gesetz zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung (BGBl. I 2006 S. 926 ff.) in das Saison-Kurzarbeitergeld überführt. Ab der Winterperiode 2006/2007 existiert im Bau- und Dachdeckergewerbe – mit Ausnahme des Gerüstbauerhandwerks – daher kein Anspruch auf Lohnausgleich mehr.

3.4.13 Lohnausgleich Baugewerbe Ende 1

067- 074	008	n	m	LAG-ENDE 1	Lohnausgleich im Baugewerbe Zeitraum 1 Zeitraum-Ende jhjmmmt
-------------	-----	---	---	------------	---

3.4.14 Lohnausgleich Baugewerbe Beginn 2

075-082	008	n	m	LAG-BEGINN 2	Lohnausgleich im Baugewerbe Zeitraum 2 Zeitraum-Beginn jhjmmmtt
---------	-----	---	---	--------------	--

3.4.15 Lohnausgleich Baugewerbe Ende 2

083-090	008	n	m	LAG-ENDE 2	Lohnausgleich im Baugewerbe Zeitraum 2 Zeitraum-Ende jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	--

3.5 Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt

3.5.1 Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen

005-012	008	n	m	WAEHREEL-BRUTTO	Bruttoarbeitsentgelt während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen monatlich Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------------	---

Nach § 23c SGB IV gilt das vom Arbeitgeber während der Zeit des Bezugs von Entgeltersatzleistungen weitergezahlte laufende Arbeitsentgelt, als beitragspflichtige Einnahme, wenn es zusammen mit der Entgeltersatzleistung das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR monatlich übersteigt. Hingegen bleibt eine Überschreitung des Vergleichs-Nettoarbeitsentgelts bis zu 50,00 EUR im Monat unberücksichtigt und damit beitragsfrei. Zum laufenden Arbeitsentgelt gehören insbesondere Zuschüsse zur Entgeltersatzleistung, vermögenswirksame Leistungen, Sachbezüge (z.B. Verpflegung, Unterkunft, Dienstwagen, Dienstwohnung), Firmen- und Belegschaftsrabatte, Kontoführungsgebühren, Zinersparnisse aus verbilligten Arbeitgeberdarlehen und Telefonzuschüsse.

Wird über den Tag der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall/ Zahlung des Arbeitsentgeltes hinaus (vgl. [3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“](#)) laufendes Arbeitsentgelt (z.B. Sachbezüge oder Krankengeldzuschuss) teilweise fortgezahlt, ist durch den Arbeitgeber prognostisch zu entscheiden, ob dieses zusammen mit der Sozialleistung das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR im Monat übersteigt.

Da dem Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Übermittlung des Datensatzes regelmäßig die Höhe der Entgeltersatzleistung noch nicht bekannt ist, soll der Arbeitgeber aus Vereinfachungsgründen nur prognostisch beurteilen, ob das teilweise weitergewährte laufende Arbeitsentgelt wie z.B. Sachbezüge oder Krankengeldzuschuss den Wert von 50,00 EUR monatlich überschreitet. Hintergrund der vereinfachten Prüfung ist, dass bei der Prognose das bisherige Nettoarbeitsentgelt als Basis genommen werden kann, weil das Krankengeld (vor Abzug der Beiträge, nicht der Auszahlungsbetrag) im Zusammenhang mit Einmalbezügen maximal die Höhe des Vergleichs-Nettoarbeitsentgelts erreichen kann.

Übersteigt das weitergezahlte Arbeitsentgelt prognostisch 50,00 EUR im vollen Monat, ist der voraussichtliche monatliche Bruttobetrag des gesamten weitergezahlten laufenden Arbeitsentgelts hier anzugeben. Unter [3.1.17 „Rückmeldung der Entgeltersatzleistung“](#) ist in diesen Fällen ein „J“ zu setzen.

Unterschreitet das weitergezahlte Arbeitsentgelt prognostisch 50,00 EUR im vollen Monat oder wird kein Arbeitsentgelt fortgezahlt, ist hier „Grundstellung“ zu melden. Unter [3.1.17 „Rückmeldung der Entgeltersatzleistung“](#) ist in diesen Fällen grundsätzlich ein „N“ zu setzen. Wird auf

Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt

Grund arbeits- oder tarifvertraglicher Regelungen trotzdem die Höhe der Entgeltersatzleistung für die Berechnung des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts benötigt, kann dies im Einzelfall beim Leistungsträger abgefordert werden, auch wenn hier „Grundstellung“ gemeldet wird.

Folgende Kombinationen der Felder können sich daher ergeben:

Rückmeldung Entgeltersatzleistung	WAEHREEL-BRUTTO	Bedeutung
N	„Grundstellung“	<p>Es wird kein oder nur (teilweise) Arbeitsentgelt während des Bezuges der Entgeltersatzleistung fortgezahlt, welches nicht oder nicht mehr als 50,00 EUR beträgt. Die Höhe der Entgeltersatzleistung wird zur Berechnung des Zuschusses nicht benötigt.</p> <p>Es erfolgt daher keine Meldung mit Abgabegrund „71“ durch den Leistungsträger, weshalb der Arbeitgeber auch keine Meldung mit Abgabegrund „51“ an den Leistungsträger absetzen muss.</p>
J	„Grundstellung“	<p>Es wird (teilweise) Arbeitsentgelt während des Bezuges der Entgeltersatzleistung fortgezahlt, welches nicht oder nicht mehr als 50,00 EUR beträgt. Die Höhe der Entgeltersatzleistung wird zur Berechnung des Zuschusses benötigt.</p> <p>Nach Erhalt der Meldung mit Abgabegrund „71“ muss der Arbeitgeber grundsätzlich keine Meldung mit Abgabegrund „51“ an den Leistungsträger absetzen. Die Meldung ist jedoch notwendig, wenn sich entgegen der Prognose ergibt, dass das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR überschritten wird.</p>
N	Betrag > 50,00 EUR	Unzulässige Kombination
J	Betrag > 50,00 EUR	Es wird (teilweise) Arbeitsentgelt während des Bezuges der Entgeltersatzleistung fortgezahlt, welches voraussichtlich mehr als 50,00 EUR beträgt. Die Höhe der Entgeltersatzleistung wird zur Berechnung der beitragspflichtigen Einnahme benötigt.

		<p>Nach Erhalt der Meldung mit Abgabegrund „71“ muss der Arbeitgeber immer eine Meldung mit Abgabegrund „51“ an den Leistungsträger absetzen. Die Meldung muss ggf. mit dem Wert „0“ erfolgen, wenn die Berechnung ergab, dass das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt entgegen der Prognose nicht um mehr als 50,00 EUR überschritten wird.</p>
--	--	---

Ist zum Zeitpunkt der Meldungserstellung die Höhe des sozialversicherungspflichtigen Anteils an einer weitergewährten Leistung noch nicht bekannt, weil die Abrechnung noch nicht erfolgt ist (z.B. bei arbeitgeberseitigen Leistungen zu einer betrieblichen Altersvorsorge), ist hilfsweise die gesamte weitergewährte laufende Arbeitgeberleistung zu melden. Im Rahmen der Meldung der Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen mit dem DBBE ist dann die tatsächlich der Beitragspflicht unterliegende Höhe des weitergezählten laufenden Arbeitsentgelts zu melden.

Die hier anzugebenden prognostischen Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen.

Eine Änderung der Höhe des weitergewährten laufenden Arbeitsentgelts während des Entgeltersatzleistungsbezugs bleibt ohne Einfluss auf den Zahlbetrag gesetzlicher Sozialleistungen. Erst wenn eine arbeitgeberseitige Leistung wegfällt oder hinzukommt, sowie bei Änderung der Sozialleistungsart findet eine neue Feststellung mit den aktuellen Beträgen statt (Gemeinsames Rundschreiben der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zur beitragsrechtliche Behandlung von arbeitgeberseitigen Leistungen während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen [Sozialleistungen] – Sonstige nicht beitragspflichtige Einnahmen nach § 23c SGB IV – vom 13. November 2007, Abschnitt 3.2). In diesen Fällen ist der Leistungsträger entsprechend zu informieren.

Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer der Beitragsübersicht der BG Verkehr berechnen, ist stets „Grundstellung“ zu melden. Dies gilt auch für die Durchschnittsheuer nach Abschnitt „G“ der Beitragsübersicht.

3.5.2 Weiterzahlung teilweises Arbeitsentgelt bis

013-020	008	n	m	DATUM-AE-BIS	Arbeitsentgelt wird gezahlt bis zum jhjmmmtt Bei laufender Zahlung = 99999999
---------	-----	---	---	--------------	---

Sofern das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR überschritten wird (vgl. [3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“](#)), ist anzugeben, bis wann das teilweise Arbeitsentgelt fortgezahlt wird.

3.5.3 Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1

021-028	008	n	M	EAZ-BEGINN 1	Letzter abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum (ein Kalendermonat / mind. 4 Wochen) vor Beginn der AU/med. Leist./LT Zeitraum 1 Beginn jhjmmmtt
---------	-----	---	---	--------------	---

Die Entgeltersatzleistungen werden auf Grundlage eines Regelentgelts ermittelt.

Ausgangsbasis für die Berechnung des Regelentgelts bildet das Arbeitsentgelt aus dem letzten vor Beginn der AU

- abgerechneten,
- abgelaufenen und
- mindestens 4 Wochen umfassenden Entgeltabrechnungszeitraum (Bemessungszeitraum).

Liegt vor dem Beginn einer med. Leist. bzw. LT keine AU, ist auf den letzten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der Maßnahme abzustellen.

Als "abgerechneter" Entgeltabrechnungszeitraum gilt ein Zeitraum, für den der Arbeitgeber üblicherweise die Entgeltberechnung abgeschlossen hat; der Zeitpunkt der Auszahlung oder der Bankgutschrift beim Arbeitnehmer spielt keine Rolle.

Der Abrechnungszeitraum ist auch dann zu melden, wenn darin Zeiten ohne Arbeitsentgelt (z.B. AU, Mutterschutzfristen, unbezahlter Urlaub) enthalten sind; es genügt, wenn für den Versicherten zumindest für einen Teil des Bemessungszeitraums Arbeitsentgelt abgerechnet worden ist.

Besonderheiten:

Beginn einer Beschäftigung

Hat die Beschäftigung erst kurz vor dem Beginn der AU/med. Leist. bzw. LT begonnen und liegt deshalb

- ein abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum vor, so ist dieser Entgeltabrechnungszeitraum auch dann für die Regelentgeltberechnung heranzuziehen, wenn er noch keine 4 Wochen umfasst. Hierbei dürfen ausschließlich Zeiträume vor Beginn der AU/med. Leist. bzw. LT gemeldet werden. Umfasst der abgerechnete Entgeltabrechnungszeitraum auch Zeiträume nach dem Eintritt der AU/med. Leist. bzw. LT, dürfen diese bei der Meldung nicht berücksichtigt werden. In diesen Fällen ist das vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses an bis zum Tage vor Eintritt der AU/med. Leist. bzw. LT erzielte Arbeitsentgelt der Berechnung des Regelentgelts zugrunde zu legen.
- kein abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum vor, ist grundsätzlich das vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses an bis zum Tage vor Eintritt der AU/med. Leist. bzw. LT erzielte Arbeitsentgelt der Berechnung des Regelentgelts zugrunde zu legen.
- ein **abgelaufener**, aber noch nicht abgerechneter Abrechnungszeitraum vor, so ist die Zeit vom Beginn der Beschäftigung bis zum Ende des Abrechnungszeitraumes maßgebend.
- ein abgerechneter, aber noch nicht abgelaufener Abrechnungszeitraum vor, so ist die Zeit vom Beginn der Beschäftigung bis zum Ende des Abrechnungszeitraums zu bescheiden.

Ist die AU bereits am ersten Tag der Beschäftigung eingetreten, muss grundsätzlich durch die Krankenkasse bei 3.1.18 „Abgabegrund“ = „01“ geprüft werden, ob ein Anspruch auf eine Entgeltersatzleistung gegeben ist. Besteht ein Anspruch auf eine Entgeltersatzleistung, ist die Übermittlung der Verdienstangaben auf Anforderung durch die Krankenkasse vom Arbeitgeber vorzunehmen. Die Meldung durch den Arbeitgeber erfolgt außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG).

Elternzeit

Fällt der Beginn einer AU/med. Leist. bzw. LT in die Zeit

- **nach** dem Ende der Elternzeit, bevor ein abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum von mindestens 4 Wochen vorliegt, ist zu verfahren, als wenn ein neues Beschäftigungsverhältnis vorliegt. (Ausnahme: AU am ersten Tag nach der Elternzeit – hierzu siehe zweiten Spiegelstrich)
- der Elternzeit bzw. am ersten Tag nach der Elternzeit, so ist der letzte Entgeltabrechnungszeitraum mit Arbeitsentgelt **vor Beginn** der Elternzeit maßgebend.

Änderungen im Beschäftigungsverhältnis

Änderungen im Beschäftigungsverhältnis – wie der Wechsel von Teilzeit nach Vollzeit – zwischen letztem Entgeltabrechnungszeitraum und Beginn der AU, bewirken keine Änderung des Bemessungszeitraums.

Der Wechsel von einem Ausbildungs- in ein Arbeitsverhältnis begründet ein neues Beschäftigungsverhältnis, daher ist in diesen Fällen als Beginn der erste Tag des Arbeitsverhältnisses zu melden.

Aufeinanderfolgen verschiedener Entgeltersatzleistungen

Hat ein Arbeitnehmer eine Entgeltersatzleistung bezogen und folgt direkt im Anschluss eine weitere Entgeltersatzleistung, so ist nach § 69 SGB IX von dem bisher zugrunde gelegtem Arbeitsentgelt auch für die weitere Entgeltersatzleistung auszugehen. Wann durch den Arbeitgeber eine entsprechende Entgeltmeldung vorzunehmen ist, kann der Anlage 3 der Verfahrensbeschreibung entnommen werden.

3.5.4 Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1

029-036	008	n	M	EAZ-ENDE 1	Zeitraum 1 –Ende jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	------------------------------

Vgl. [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#).

3.5.5 Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt

037-044	008	n	M	BRUTTO-1	Zeitraum 1 <u>SV</u> -Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	---

Hier ist das im letzten Entgeltabrechnungszeitraum erzielte laufende **beitragspflichtige** Arbeitsentgelt ohne Berücksichtigung der Besonderheiten von Entgeltumwandlung und des Übergangsbereiches nach § 20 SGB IV zu bescheinigen.

Liegt eine der unter [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) genannten Besonderheiten bezüglich des Beginns der Beschäftigung bzw. der Elternzeit vor, ist hier nur das im zu bescheinigenden Zeitraum erzielte Arbeitsentgelt zu bescheinigen. Hierfür ist – sofern erforderlich – das Arbeitsentgelt zu schätzen. Ausgangspunkt für die

Schätzung sind dabei in erster Linie die von den Arbeitsvertragsparteien getroffenen und praktisierten Vereinbarungen über die Höhe des Arbeitsentgelts. Liegt ein vereinbartes Monatsgehalt vor, ist dieses der Berechnung des Regelentgelts zu Grunde zu legen, da grundsätzlich von einer hinreichenden Aussagekraft auszugehen ist. Liegen auch variable Lohnbestandteile vor, welche aufgrund von individuellen Vereinbarungen voraussichtlich regelmäßig geleistet werden, sind diese bei der Schätzung entsprechend zu berücksichtigen. Sofern hierfür eine Aufteilung des im Entgeltabrechnung erzielten Arbeitsentgelts erforderlich ist, hat dies in Relation zu den Kalendertagen ohne Unterbrechungen (zu meldendes Arbeitsentgelt = tatsächliches Arbeitsentgelt / Kalendertage ohne Unterbrechungen * Kalendertage vor Beginn der AU/ med. Leist. bzw. LT) zu erfolgen. Hierdurch soll dem zuständigen SV-Träger ermöglicht werden, das für diesen Zeitraum übermittelte Entgelt auf einen Monatswert als Berechnungsgrundlage hochrechnen zu können. Tage des Entgeltabrechnungszeitraums vor dem Beginn der Beschäftigung oder vor dem Ende der Elternzeit sind wie Unterbrechungen zu werten; diese Tage bleiben unberücksichtigt. Gleichmaßen sind während der Elternzeit erzielte Arbeitsentgelte zu berücksichtigen. Ist die AU bereits am ersten Tag der Beschäftigung eingetreten und der SV-Träger hat die Verdienstangaben angefordert, weil ein Entgeltersatzleistungsanspruch besteht, ist das fiktiv ermittelte monatliche Arbeitsentgelt außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG) zu übermitteln.

Im Einzelnen gilt folgendes:

Was zum sozialversicherungsrechtlichen Verdienstbegriff „Arbeitsentgelt“ gehört, ergibt sich grundsätzlich aus § 14 SGB IV sowie der Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendungen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt (Sozialversicherungsentgeltverordnung). Grundsätzlich definiert § 14 Abs. 1 SGB IV Arbeitsentgelt als alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung, gleichgültig, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahmen besteht, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form sie geleistet werden und ob sie unmittelbar aus der Beschäftigung oder im Zusammenhang mit ihr erzielt werden.

Zum Bruttoarbeitsentgelt in diesem Sinne gehören alle steuer- und damit beitragspflichtigen Bezüge für Arbeitsleistungen und Entgeltfortzahlung im gemeldeten Zeitraum. Dazu zählt auch der Lohnausgleich im Gerüstbaugewerbe und steuerfreie, aber beitragspflichtige Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (siehe [3.10.4 „Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum“](#)). Beitragspflichtiges Arbeitsentgelt, welches während Fehlzeiten (vgl. [3.8 „Datenbaustein DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt“](#)) gezahlt wird (z.B. betrieblicher PKW oder Dienstwohnung während eines Krankengeldbezuges), bleibt unberücksichtigt.

Erfasst werden auch beitragspflichtige Arbeitgeberaufwendungen für die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers, vermögenswirksame Leistungen, Mehrarbeitsvergütungen und freiwillige Zahlungen. Die nach § 37b EStG pauschal versteuerten Sachzuwendungen gehören zum Arbeitsentgelt im Sinne der Sozialversicherung.

In der Sozialversicherung erfolgt die Verbeitragung von laufendem Entgelt nach dem Entstehungsprinzip, für die zeitliche Zuordnung ist also die Entstehung des Zahlungsanspruches maßgebend (vgl. § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB IV). Zeitversetzt gezahlte variable Bestandteile des Arbeitsentgelts (z.B. Mehrarbeitsvergütungen) und laufende Provisionen werden demnach berücksichtigt, sofern sie zur Berechnung der Beiträge dem maßgebenden Abrechnungszeitraum zugeordnet worden sind. Dies gilt auch dann, wenn diese Entgeltbestandteile für die Berechnung der Beiträge aus Vereinfachungsgründen wie einmalig gezahltes Arbeitsentgelt behandelt worden sind. Werden die variablen Arbeitsentgeltbestandteile regelmäßig monatlich zeitversetzt ausgezahlt, ist als Bruttoarbeitsentgelt das im Bemessungszeitraum tatsächlich abgerechnete Arbeitsentgelt zugrunde zu legen. Diese – auch im Beitragsrecht angewandte – Vereinfachungsregelung gilt dagegen nicht, wenn die variablen Arbeitsentgeltbestandteile in größeren Zeitabständen als monatlich (z. B. vierteljährlich) oder nur von Fall zu Fall (etwa nach dem Umfang der angefallenen Arbeit) verspätet abgerechnet und ausgezahlt werden. Dann sind die variablen Arbeitsentgeltbestandteile dem Bemessungszeitraum zuzuordnen, in dem die entsprechenden Arbeiten tatsächlich ausgeführt wurden.

Eine Nachzahlung aufgrund einer rückwirkenden Entgelterhöhung wird nur dann berücksichtigt, wenn der Zeitpunkt der Begründung des Anspruchs (z.B. der Tag des Tarifabschlusses) vor dem Beginn der AU/med. Leist./LT liegt. Die Nachzahlung wird in diesem Fall insoweit mitbescheinigt, als sie sich auf den maßgebenden Abrechnungszeitraum bezieht. Dies gilt auch dann, wenn die Nachzahlung für die Berechnung der Beiträge aus Vereinfachungsgründen wie einmalig gezahltes Arbeitsentgelt behandelt worden ist.

Bei rückwirkenden Erhöhungen des Arbeitsentgelts haben Korrekturen der bereits an die Krankenkasse per Datenaustausch übermittelten Angaben demnach nur dann zu erfolgen, wenn auf das erhöhte Arbeitsentgelt zum Zeitpunkt des Eintritts der AU/med. Leist./LT bereits ein Rechtsanspruch bestand. Der den erhöhten Entgeltanspruch begründende Arbeits- oder Tarifvertrag muss also vor Beginn der AU/med. Leist./LT geschlossen worden sein. Berücksichtigung findet allerdings nur der Betrag der auf den Bemessungszeitraum entfällt. Der Zeitpunkt der tatsächlichen Auszahlung der Nachzahlung ist folglich unerheblich.

Der Wechsel von einem Ausbildungs- in ein Arbeitsverhältnis begründet ein neues Beschäftigungsverhältnis. Änderungen des Inhalts des Arbeitsverhältnisses, die nach Ablauf des Entgeltabrechnungszeitraumes wirksam werden (z.B. bei Übergang von Vollzeit- zur Teilzeitarbeit, bei Arbeitsplatzumbesetzungen, bei Beendigung des Probearbeitsverhältnisses) haben keinen Einfluss auf die Berechnung des Regelentgelts (BSG, 25.06.1991 – 1/3 RK 6/90 – USK 9133). Das gilt selbst dann, wenn die Änderung vor Beginn der AU eingetreten ist. Das Regelentgelt ist aus dem letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum zu ermitteln.

Eine rückwirkende Korrektur der Entgeltaten ist auch in solchen Fällen erforderlich, in denen Arbeitsentgelt zu berücksichtigen ist, das dem Versicherten unrechtmäßig vorenthalten wurde und erst nach dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis zur nachträglichen Vertragserfüllung zugeflossen ist.

Wenn sich nach dem abgerechneten Bemessungszeitraum durch eine Änderung des Steuerfreibetrags oder einen Wechsel der Steuerklasse künftig geringere (oder höhere) Steuerabzüge ergeben, wirkt sich dies **nicht** auf das für die Leistungsberechnung relevante Nettoarbeitsentgelt aus. Wird die Steuerklasse rückwirkend für den Bemessungszeitraum geändert, sind demnach keine Korrekturen der bereits an die Krankenkasse per Datenaustausch übermittelten Angaben vorzunehmen. Gleiches gilt für die im Wege des Lohnsteuerjahresausgleichs/der Einkommensteuererklärung nachträglich erstattete Lohn- oder Einkommensteuer, den Solidaritätszuschlag sowie die Kirchensteuer.

Der Arbeitgeber hat jedoch Korrekturen der Entgeltdaten vorzunehmen, sofern die Datenbausteine fehlerhaft gefüllt worden sind.

Nicht zum an dieser Stelle zu meldenden Bruttoarbeitsentgelt gehört einmalig gezahltes Arbeitsentgelt, d. h. Bezüge, die nicht für die Arbeit in dem einzelnen Abrechnungszeitraum gezahlt worden sind (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, Urlaubsabgeltungen, Gewinnbeteiligungen) sowie steuer- und beitragsfreie Zuschläge sowie ggf. gezahltes Kindergeld.

Das Bruttoarbeitsentgelt wird nicht auf die Beitragsbemessungsgrenze gekürzt.

Es ist das Bruttoarbeitsentgelt zu melden, das ohne Abzug einer Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung erzielt worden wäre (vgl. [3.5.7 „Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate“](#)).

Sofern sich der Arbeitnehmer in einer flexiblen Arbeitszeitregelung befindet und Arbeitsentgelt für den Aufbau eines Wertguthabens nach § 7b SGB IV erzielt, ist das im Entgeltabrechnungszeitraum – um das Wertguthaben reduzierte – der Beitragspflicht unterliegende laufende Arbeitsentgelt zu melden.

Bei Arbeitsentgelten innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 SGB IV) ist das tatsächliche (nicht das beitragspflichtige) Bruttoarbeitsentgelt zu melden. Vgl. [3.15.10 „Arbeitsentgelt im Übergangsbereich“](#).

Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer der BG Verkehr berechnen und der DBSF vorhanden ist, ist nur „Grundstellung“ zulässig. Werden die Beiträge im Ausnahmefall (z.B. für die an Bord eines im „Internationalen Schifffahrtsregister – ISR“ eingetragenen Seeschiffes beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer, die nicht nach EG-Recht oder Sozialversicherungsabkommen gleichgestellt sind oder für Seeleute, für die die BG Verkehr eine Sonderregelung getroffen hat), nach dem tatsächlichen Bruttoentgelt berechnet, ist das in Euro umgerechnete im Sinne der Unfallversicherung beitragspflichtige Bruttoentgelt einschließlich des Beköstigungssatzes anzugeben.

3.5.6 Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt

045- 052	008	n	M	NETTO-1	Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	---------	---

Das hier anzugebende Nettoarbeitsentgelt ist aus dem unter 3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“ gemeldeten Bruttoarbeitsentgelt zu ermitteln.

Bei der Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts sind die gesetzlichen Abzüge zu berücksichtigen. Bei einem Arbeitnehmer, der versicherungspflichtig zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist, gehören die Arbeitnehmeranteile zum Gesamtsozialversicherungsbeitrag und sind als gesetzliche Abzüge generell bei der Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts als „Sozialversicherungsbeiträge“ in Abzug zu bringen. Seeleute sind nach § 137b Abs. 2 SGB VI pflichtversichert in der Seemannskasse. Die Arbeitnehmeranteile gehören somit auch zu den gesetzlichen Abzügen, die bei der Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts in Abzug zu bringen sind.

Bei einem freiwillig gesetzlich Versicherten ist der Beitrag für eine gesetzliche und bei einem privat Versicherten der Beitrag zur privaten Krankenversicherung vor dem Hintergrund der mit dem Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht vom 21. März 2005 (BGBl I, S. 818) eingeführten Regelung in § 23c SGB IV zu sehen: Gem. Satz 2 dieser Norm sind zur Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts bei freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung und bei Privatversicherten auch der um den Beitragszuschuss für Beschäftigte verminderte Beitrag des Versicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung abzuziehen. Insofern werden die Beiträge zur freiwilligen und privaten Kranken- bzw. Pflegeversicherung den gesetzlichen Abzügen gleichgestellt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen haben sich darauf verständigt, dass auch im Rahmen der Krankengeldberechnung diese Beiträge (vermindert um den Beitragszuschuss des Arbeitgebers) ebenfalls vom Bruttoarbeitsentgelt abzuziehen sind.

<p>Berechnung:</p> <p style="text-align: center;"> Gesamtbeitrag zur KV und PV – Arbeitgeberzuschuss = Beitragsanteil des Versicherten </p> <p>Vom Bruttoarbeitsentgelt darf nur der Beitragsanteil des Versicherten abgezogen werden.</p>
--

Bei privat Kranken- und Pflegeversicherten ergibt sich bei Teilmonaten die Besonderheit, dass der Arbeitnehmeranteil weiterhin als Differenz aus dem ungekürzten Gesamtbeitrag für den vollen Monat und dem reduzierten Arbeitgeberzuschuss für den Teilmonat zu berechnen ist.

Beiträge des Arbeitnehmers zur zusätzlichen Alterssicherung (z.B. VBL) sind keine gesetzlichen Abzüge und deshalb bei der Feststellung des Nettoarbeitsentgelts nicht zu berücksichtigen.

Mit dem Sozialversicherungsänderungsgesetz (SVÄndG) vom 19. Dezember 2007 (BGBl I S. 3024) wurden die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen bei der Ermittlung des Vergleichsnettoarbeitsentgelts nach § 23c Abs. 1 Satz 3 SGB IV mit Wirkung ab 1. Januar 2008 den gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträgen gleichgestellt. Daher sind die Pflichtbeiträge zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen wie gesetzliche Abzüge ebenfalls entsprechend zu berücksichtigen, soweit der Arbeitnehmer diese jeweils selbst trägt. Gleiches gilt für Umlagebeiträge zur Finanzierung des Zuschuss- und des Mehraufwands-Wintergeldes sowie weitere gesetzlich vorgesehene Arbeitnehmerbeiträge (z.B. Arbeits- und Arbeitnehmerkammerbeiträge (Bremen und Saarland)). Arbeitnehmeranteile an Beiträgen, welche ausschließlich auf Basis von Tarif- oder Arbeitsverträgen verpflichtend vorgesehen sind, gelten nicht als gesetzliche Abzüge.

Bei einem Arbeitnehmer, der von der Rentenversicherungspflicht befreit ist, zählt der vom Arbeitnehmer gezahlte Beitrag zur Altersversorgung nicht zum Gesamtsozialversicherungsbeitrag und ist insoweit nicht bei der Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts zu berücksichtigen (BSG-Urteil vom 6. Februar 1991 – 1/3 RK 3/89). Diese Aussage bezieht sich jedoch nicht auf Personen die Beiträge zur berufsständischen Versorgungseinrichtung entrichten.

Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer der Beitragsübersicht der BG Verkehr berechnen und der DBSF vorhanden ist, ist nur „Grundstellung“ zulässig. Werden die Beiträge im Ausnahmefall (s. 3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“), nach dem tatsächlichen Bruttoentgelt berechnet, ist das in Euro umgerechnete tatsächliche Nettoentgelt anzugeben.

Wenn ein Arbeitnehmer im Abrechnungszeitraum

- ein einmalig gezahltes Arbeitsentgelt erhält (maßgebend für die Meldung ist das Nettoarbeitsentgelt, das ohne Einmalzahlung erzielt worden wäre),
- ein Bruttoarbeitsentgelt erhält, in welchem Sachbezüge enthalten sind (hierbei ist das Nettoarbeitsentgelt fiktiv aus Geldleistungen und Sachbezügen zu ermitteln),
- ein Arbeitsentgelt innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 Abs. 2 SGB IV) erhält (Hierbei ist aus dem tatsächlichen (nicht dem beitragspflichtigen) Bruttoarbeitsentgelt ein fiktives Nettoarbeitsentgelt auf der Basis der allgemeinen Beitragsermittlungsgrundsätze – also ohne Berücksichtigung der besonderen beitragsrechtlichen Regelungen für den Übergangsbereich – zu ermitteln. Hintergrund ist, dass die besondere Beitragsberechnung bei der Berechnung der Sozialleistung keine Berücksichtigung findet. Daher hat eine fiktive Nettoarbeitsentgeltberechnung auf der Basis der „normalen“ Beitragsberechnung zu erfolgen (§ 47 Abs. 1 Satz 8 SGB V, § 66 Abs.1 Satz 2 SGB IX),

Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt

- eine Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung durchführt (maßgebend für die Meldung ist das Nettoarbeitsentgelt, das ohne Abzug einer Entgeltumwandlung erzielt worden wäre, vgl. 3.5.7 (Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate)) oder
- in Deutschland versichert ist aber seinen Wohnort in einem anderen Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz (Grenzgänger) hat,

ist das Nettoarbeitsentgelt nach folgendem Berechnungsschema **fiktiv** zu ermitteln:

Steuer/ Sozialversicherungsbeiträge (A)	Nettoarbeitsentgelt (B)
<p>Gesamt-Bruttoarbeitsentgelt (<u>SV-Brutto</u>)</p> <p>– Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt</p>	<p>laufendes Bruttoarbeitsentgelt (A)</p> <p>– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag</p> <p>– Sozialversicherungsbeiträge</p> <p>wie gesetzliche Abzüge behandelt werden auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ggf. freiwillige KV/ PV-Beiträge bzw. Beiträge zu einer privaten KV/PV • ggf. Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen • ggf. Umlage zur Finanzierung des Zuschusses Wintergeldes und des Mehraufwands-Wintergeldes • Arbeits- und Arbeitnehmerkammerbeiträge (Bremen und Saarland)
<p>– fiktives steuerrechtliches Bruttoarbeitsentgelt/ bzw. laufendes Bruttoarbeitsentgelt</p> <ul style="list-style-type: none"> • davon Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag (unter Berücksichtigung aller Steuerabzugsmerkmale (inklusive Hinzurechnungsbeträge). • davon Sozialversicherungsbeiträge 	<p>– Nettoarbeitsentgelt (B)</p>

Um eine einheitliche Berechnung des fiktiven Nettoarbeitsentgelts sicherzustellen, ist bei der fiktiven Berechnung des Nettoarbeitsentgelts für Grenzgänger anhand des vorherigen Berechnungsschemas

- für alleinstehende Arbeitnehmer die Lohnsteuerklasse 1 zu Grunde zu legen; liegt eine Mehrfachbeschäftigung vor, ist für alle Beschäftigungen außer der Hauptbeschäftigung die Lohnsteuerklasse 6 anzusetzen.
- für verheiratete Arbeitnehmer die Lohnsteuerklasse 4 zu Grunde zu legen; liegt eine Mehrfachbeschäftigung vor, ist für alle Beschäftigungen außer der Hauptbeschäftigung die Lohnsteuerklasse 6 anzusetzen.
- für Arbeitnehmer mit Kindern kein steuerlicher Kinderfreibetrag zu berücksichtigen; es ist jedoch auch kein Beitragszuschlag für Kinderlose in der Pflegeversicherung anzusetzen.
- für Arbeitnehmer keine Kirchsteuer aber ein Solidaritätszuschlag zu berücksichtigen.

Liegt dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Betriebsstättenfinanzamtes über die für den Lohnsteuerabzug maßgeblichen Besteuerungsmerkmale für den Arbeitnehmer vor, so ist dieses der Berechnung des Nettoarbeitsentgeltes zu Grunde zu legen.

3.5.7 Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate

053-060	008	n	m	UMGEWAE	Beitragsfrei umgewandeltes laufendes Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate (bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach der Durchschnittsheuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	--

Hier ist der Betrag des in den letzten 12 Kalendermonaten beitragsfrei umgewandelten laufenden Arbeitsentgelts zu melden. Der 12-Monats-Zeitraum endet mit dem Monat, der für die Berechnung der Entgeltersatzleistung maßgebend ist (vgl. [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) und [3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#)). Hierbei ist das beitragsfrei umgewandelte laufende Arbeitsentgelt aus dem aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu berücksichtigen. Sofern das Beschäftigungsverhältnis erst innerhalb der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT aufgenommen wurde und bereits vorher ein Beschäftigungsverhältnis **bei diesem Arbeitgeber** vorlag, für welches innerhalb der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT Arbeitsentgelt beitragsfrei umgewandelt wurde, ist dieses ebenfalls hier zu

bescheinigen; eine separate Anfrage des SV-Trägers entfällt dadurch. Als beitragsfrei umgewandeltes laufendes Arbeitsentgelt in diesem Sinne gelten auch die beitragsfreien Finanzierungsanteile des Arbeitnehmers zu einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung.

Gesetzlich ist die beitragsfreie Entgeltumwandlung auf jährlich 4% der Beitragsbemessungsgrenze RV begrenzt. Werden jedoch mehrere Durchführungswege nebeneinander praktiziert (z.B. Direktzusage bzw. Unterstützungskasse neben Pensionskasse bzw. Pensionsfonds und Direktversicherung), gelten für jeden Durchführungsweg die im Gesetz genannten Grenzen. Dies bedeutet, dass es in diesen Einzelfällen möglich ist, mehr als 4% der Beitragsbemessungsgrenze RV jährlich beitragsfrei umzuwandeln.

Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer der Beitragsübersicht der BG Verkehr berechnen und der DBSF vorhanden ist, ist nur „Grundstellung“ zulässig. Werden die Beiträge im Ausnahmefall (vgl. 3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“) nach dem tatsächlichen Bruttoentgelt berechnet, ist das beitragsfrei umgewandelte laufende Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate in Euro anzugeben.

3.5.8 Entgeltart

061-061	001	n	M	ENTGART	Angabe der Entgeltart 1 = Stundenlohn 2 = festes Monatsentgelt 3 = Sonstiges (z.B. Akkord, Stücklohn, etc.)
---------	-----	---	---	---------	--

Monatsgehalt oder festes Monatsentgelt sind solche Bezüge, deren Höhe nicht von den im Monat geleisteten Arbeitstagen bzw. Arbeitsstunden oder dem Ergebnis der Arbeit (z.B. Akkord) abhängig ist. Daran ändern auch solche Vergütungen nichts, die zusätzlich zum festen Monatsentgelt oder Monatsgehalt gezahlt werden (z.B. Mehrarbeitsstunden und sonstige Vergütungen).

Vergütungen auf Provisionsbasis sowie Akkord- oder Stücklohn sind – auch bei einem vereinbarten Fixum – vom Ergebnis der Arbeit abhängig.

3.5.9 Vereinbartes Bruttoarbeitsentgelt

062-069	008	n	m	BRUTTOAE	Vereinbartes Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	---

Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt

Weicht das im letzten Entgeltabrechnungszeitraum erzielte Bruttoarbeitsentgelt vom vereinbarten Monatsentgelt ab, ist das (ungekürzte) vereinbarte monatliche Bruttoarbeitsentgelt zu melden.

Die unter [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#) dargestellten Besonderheiten (z.B. zum Übergangsbereich nach § 20 Abs. 2 SGB IV) sind entsprechend zu beachten.

3.5.10 Nettoarbeitsentgelt aus vereinbartem Bruttoarbeitsentgelt

070-077	008	n	m	NETTOAE	Nettoarbeitsentgelt aus dem vereinbarten Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	---

Hier ist das aus dem vereinbarten Bruttoarbeitsentgelt ermittelte Nettoarbeitsentgelt zu melden.

Die unter [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#) dargestellten Besonderheiten (z.B. zum Übergangsbereich nach § 20 Abs. 2 SGB IV und Grenzgänger) sind entsprechend zu beachten.

3.5.11 Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2

078-085	008	n	m	EAZ-BEGINN 2	Zeitraum 2 -Beginn jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------------	---------------------------------------

Ist ein Stundenlohn ([3.5.8 „Entgeltart“ = „1“](#)) vereinbart, ist ausschließlich für den Entgeltabrechnungszeitraum 1 ([3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) – [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#)) das Arbeitsentgelt zu erfassen. Um die regelmäßig abweichenden Arbeitsentgelte zu übermitteln, müssen im Datenbaustein DBZA ([3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“](#) – [3.6.9 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 3“](#)) die bezahlten Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit angegeben werden.

Ist ein festes Monatsentgelt ([3.5.8 „Entgeltart“ = „2“](#)) vereinbart und weicht das Bruttoarbeitsentgelt in jedem der letzten abgerechneten 3 Monate (bzw. 13 Wochen) vor Beginn der AU/med. Leist. bzw. LT regelmäßig vom vereinbarten Bruttoarbeitsentgelt ab (z.B. durch regelmäßige Mehrarbeitsstunden in den letzten 3 abgerechneten Monaten) oder ist weder ein Monatsgehalt/fester Monatslohn noch ein Stundenlohn (z.B. Stücklohn, Akkordlohn) ([3.5.8 „Entgeltart“ =](#)

Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt

„3“) vereinbart, müssen Zeitraum und Arbeitsentgelt (ohne Berücksichtigung von Entgeltumwandlung und Regelung zum Übergangsbereich nach § 20 Abs. 2 SGB IV) gemeldet werden.

Bei med. Leist. bzw. LT werden diese Angaben nicht benötigt. Auch bei schwankenden Bezügen bzw. Mehrarbeit ist ausschließlich das Entgelt aus dem letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der Leistung/AU maßgebend.

3.5.12 Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2

086-093	008	n	m	EAZ-ENDE 2	Zeitraum 2 –Ende jhjjmmtt
---------	-----	---	---	------------	-------------------------------------

Vgl. [3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#).

3.5.13 Zeitraum 2 SV-Bruttoarbeitsentgelt

094-101	008	n	m	BRUTTO-2	Zeitraum 2 SV-Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	--

Vgl. [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#).

3.5.14 Zeitraum 2 Nettoarbeitsentgelt

102-109	008	n	m	NETTO-2	Zeitraum 2 Nettoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	--

Vgl. [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#).

3.5.15 Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3

110-117	008	n	m	EAZ-BEGINN-3	Zeitraum 3 –Beginn jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------------	---------------------------------------

Vgl. [3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#).

3.5.16 Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3

118- 125	008	n	m	EAZ-ENDE-3	Zeitraum 3 -Ende jhjmmmtt
-------------	-----	---	---	------------	-------------------------------------

Vgl. [3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#).

3.5.17 Zeitraum 3 SV- Bruttoarbeitsentgelt

126- 133	008	n	m	BRUTTO-3	Zeitraum 3 SV-Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	----------	--

Vgl. [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#).

3.5.18 Zeitraum 3 Nettoarbeitsentgelt

134- 141	008	n	m	NETTO-3	Zeitraum 3 Nettoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	---------	--

Vgl. [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#).

3.5.19 Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate KV

142- 149	008	n	m	EZKV	Beitragspflichtiger Teil der Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT in der KV (bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnitts- heuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig) Betrag mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	------	--

Zum Begriff und zur Abgrenzung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt als beitragspflichtige Einnahme vgl. § 23a SGB IV. Hier ist das zur Krankenversicherung beitragspflichtige Entgelt zu melden. Hierbei sind die Einmalzahlungen aus dem aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu berücksichtigen. Sofern das Beschäftigungsverhältnis erst innerhalb der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT aufgenommen wurde und bereits vorher ein Beschäftigungsverhältnis bei diesem Arbeitgeber vorlag, für welches innerhalb der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT Einmalzahlungen gezahlt wurden, sind diese ebenfalls hier zu bescheinigen; eine separate Anfrage der Krankenkasse entfällt dadurch.

Das einmalig gezahlte Arbeitsentgelt ist grundsätzlich dem Entgeltabrechnungszeitraum zuzuordnen, in dem es ausgezahlt wird. Auf den Zeitpunkt der Fälligkeit des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts kommt es nicht an.

Gemäß § 23a Abs. 4 SGB IV ist in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.03. eines Jahres einmalig gezahltes Arbeitsentgelt unter bestimmten Voraussetzungen zur Beitragsberechnung dem Vorjahr zuzuordnen. Die Übertragung dieser "März-Klausel" auf die Berücksichtigung der Einmalzahlungen bei der Krankengeldberechnung könnte allerdings dazu führen, dass das Krankengeld rückwirkend neu ermittelt werden müsste. In § 47 Abs. 2 Satz 6 SGB V wird bezüglich der Berücksichtigung der Einmalzahlungen bei der Krankengeldberechnung explizit auf die Verhältnisse vor Beginn der AU abgestellt. Daher scheidet eine rückwirkende Korrektur auf Grund der Anwendung der "März-Klausel" aus.

Eine rückwirkende Korrektur der Entgeltdaten ist ggf. aber erforderlich, wenn beitragspflichtige Einmalzahlungen nach Beendigung oder bei Ruhen des Beschäftigungsverhältnisses gezahlt werden. Diese sind nach § 23a Abs. 2 SGB IV dem letzten Entgeltabrechnungszeitraum des laufenden Kalenderjahres zuzuordnen, auch wenn dieser nicht mit Arbeitsentgelt belegt ist. Da eine Zuordnung nur zum letzten Entgeltabrechnungszeitraum im laufenden Kalenderjahr in Betracht kommt, unterliegt das einmalig gezahlte Arbeitsentgelt nur dann der Beitragspflicht, wenn bereits vorher in demselben Kalenderjahr von dem Arbeitgeber, der das einmalige Arbeitsentgelt zahlt, laufendes Arbeitsentgelt bezogen worden ist.

Bei Einmalzahlungen, die innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 Abs. 2 SGB IV) liegen, ist die tatsächliche (nicht die beitragspflichtige) Bruttoeinmalzahlung anzugeben.

Beitragsfrei für den Aufbau einer privaten Altersversorgung umgewandelte (Teile von) Einmalzahlungen dürfen nicht gemeldet werden.

Sofern Einmalzahlungen vom Arbeitgeber zurückgefordert werden, z.B. wegen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, ist die Krankenkasse zu informieren.

Der 12-Monats-Zeitraum endet mit dem Entgeltabrechnungszeitraum, der für die Berechnung des laufenden Krankengeldes (vgl. [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) und [3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#)) maßgebend ist.

Seefahrt:

Einmalzahlungen werden grundsätzlich bei der Festsetzung der Durchschnittsheuer berücksichtigt. Dies gilt auch für die Durchschnittsheuer nach Abschnitt „G“ der Beitragsübersicht der BG Verkehr. Nur wenn sich die Beiträge im Ausnahmefall (z.B. für einen auf einem ISR-Schiff beschäftigten ausländischen Seemann oder aufgrund einer Sonderregelung der BG Verkehr) nach dem tatsächlichen Entgelt berechnen, kommen beitragspflichtige Einmalzahlungen in Betracht. Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer berechnen, ist daher nur „Grundstellung“ zulässig.

3.5.20 Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate RV

150-157	008	n	m	EZRV	Beitragspflichtiger Teil der Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT (bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------	--

Aufgrund der unterschiedlichen Beitragsbemessungsgrenzen ist in den Versicherungszweigen jeweils der beitragspflichtige Teil der im letzten Zeitjahr zugeflossenen Einmalzahlungen zu melden, vgl. [3.5.19 „Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate KV“](#).

Bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig.

3.5.21 Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate ALV

158-165	008	n	m	EZALV	Beitragspflichtiger Teil der Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT (bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-------	--

Vgl. [3.5.20 „Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate RV“](#).

3.6 Datenbaustein DBZA – Arbeitszeit

3.6.1 Anzahl Stunden

005-009	005	n	M	ANZAHL-STD	Anzahl der Stunden, in denen das Bruttoarbeitsentgelt erzielt wurde. Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------------	--

Anzugeben sind Dezimalstunden (z.B. 1 ½ Stunden sind 1,50 Stunden, Eingabe ist als 150 vorzunehmen).

Vgl. [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) und [3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#).

Sofern sich Arbeitnehmer in einer flexiblen Arbeitszeitregelung befinden und Arbeitsentgelt für den Aufbau eines Wertguthabens nach § 7b SGB IV erzielen, ist die Anzahl der Stunden für den Entgeltabrechnungszeitraum zu melden, welche dem – um das Wertguthaben reduzierten – der Beitragspflicht unterliegenden laufenden Arbeitsentgelt entsprechen.

3.6.2 Vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

010-013	004	n	m	REG-AZ	Vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor Beginn der AU/med. Leist./LT Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen Liegt keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor, sind in den Stellen 014-060 die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden einzutragen. Ansonsten sind in den Stellen 014-060 die bezahlten Mehrarbeitsstunden anzugeben.
---------	-----	---	---	--------	--

Anzugeben ist die mit dem Arbeitnehmer vereinbarte Anzahl der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden. Im Allgemeinen wird diese Stundenzahl mit der tarifvertraglichen bzw. betriebsüblichen Arbeitszeit übereinstimmen. Sofern innerhalb eines Betriebes mehrere unterschiedliche wöchentliche Arbeitszeiten vereinbart sind, ist die mit dem jeweiligen Arbeitnehmer vereinbarte individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit maßgebend.

Bei unterschiedlichen, regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten (z.B. für Sommer- und Winterzeiten) ist die auf das Jahr bezogene regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit anzugeben.

Sofern sich Arbeitnehmer in einer flexiblen Arbeitszeitregelung befinden und Arbeitsentgelt für den Aufbau eines Wertguthabens nach § 7b SGB IV erzielen, ist die vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit zu melden, welche dem – um das Wertguthaben reduzierten – der Beitragspflicht unterliegenden laufenden Arbeitsentgelt entspricht.

Liegt keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor, sind in den Stellen 014–060 die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden einzutragen. Ansonsten sind in den Stellen 014–060 die bezahlten Mehrarbeitsstunden anzugeben. Hier ist in diesen Fällen „Grundstellung“ zu melden.

3.6.3 Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1

014-018	005	n	m	MAZR-1	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	--------	---

Maßgebend für die Angabe der Mehrarbeitszeit in diesem Feld ist der Zeitraum 3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“ und 3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“.

Zu 3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“ bis 3.6.9 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 3“ ist die Kommentierung unter „Inhalt/Erläuterung“ im Datensatz (vgl. 3.6.2 „Vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“) zu beachten:

Liegt keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor, sind in den Stellen 014–060 die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden einzutragen. Ansonsten sind in den Stellen 014–060 die bezahlten Mehrarbeitsstunden anzugeben.

Durch Freizeit ausgeglichene bzw. noch auszugleichende Mehrarbeitsstunden werden nicht berücksichtigt. Daher sind nur solche Mehrarbeitsstunden anzugeben, die in Geld ausgeglichen werden.

3.6.4 Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2

019-026	008	n	m	AZBEGINN-2	Zeitraum 2 –Beginn jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	--------------------------------

Hier ist der Beginn des vorletzten Entgeltabrechnungszeitraums vor AU/med. Leist./LT zu melden. Eine Meldung ist dann vorzunehmen, wenn

- keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit oder
- regelmäßig (in allen drei Entgeltabrechnungszeiträumen) bezahlte Mehrarbeitsstunden

vorliegen. Liegen in einem der Entgeltabrechnungszeiträume keine bezahlten Mehrarbeitsstunden vor, sind die Felder 019 – 060 nicht zu übermitteln.

Vgl. 3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“.

3.6.5 Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2

027-034	008	n	m	AZENDE-2	Zeitraum 2 –Ende jhjmmmtt
---------	-----	---	---	----------	------------------------------

Vgl. 3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“ und 3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“.

**3.6.6 Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 2**

035- 039	005	n	m	MAZR-2	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Ar- beitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit Zeitraum 2 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	--------	--

Vgl. [3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“](#) und [3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum
mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Ar-
beitszeit – Zeitraum 2“](#).

**3.6.7 Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder ge-
leisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3**

040- 047	008	n	m	AZBEGINN-3	Zeitraum 3 –Beginn jhjjmmtt
-------------	-----	---	---	------------	---------------------------------------

Vgl. [3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“](#) und [3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum
mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Ar-
beitszeit – Zeitraum 2“](#).

**3.6.8 Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder gelei-
steten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3**

048- 055	008	n	m	AZENDE-3	Zeitraum 3 –Ende jhjjmmtt
-------------	-----	---	---	----------	-------------------------------------

Vgl. [3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“](#) und [3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum
mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Ar-
beitszeit – Zeitraum 2“](#).

**3.6.9 Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 3**

056- 060	005	n	m	MAZR-3	Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Ar- beitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit Zeitraum 3 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	--------	--

Vgl. 3.6.3 „Bezahlte Mehrarbeitsstunden oder geleistete Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wö-
chentlicher Arbeitszeit im Zeitraum 1“ und 3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum
mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Ar-
beitszeit – Zeitraum 2“.

3.7 Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung

Benötigt der Arbeitgeber das Ende der Entgeltersatzleistung vom Sozialversicherungsträger, um eine Überzahlung von Arbeitsentgelt zu vermeiden oder eine Meldung zur Sozialversicherung (z.B. Anmeldung nach einer Unterbrechung oder Abmeldung bei Aussteuerung) erstellen zu können, kann das Ende der Zahlung der Entgeltersatzleistung mit diesem Baustein beim Sozialversicherungsträger abgefordert werden.

Hat der SV-Träger das Ende der Entgeltersatzleistung wegen Ablauf der Leistungsdauer (Aussteuerung) abschließend ermittelt und dem Versicherten dies mitgeteilt, übermittelt der SV-Träger zu diesem Zeitpunkt dem Arbeitgeber den DBEE ohne vorherige Anforderung durch den Arbeitgeber.

Eine automatisierte Übermittlung des Endes der Entgeltersatzleistung erfolgt auch durch die Krankenkasse ohne vorherige Anforderung durch den Arbeitgeber, wenn das Mutterschaftsgeld aufgrund eines Verlängerungstatbestandes ([3.7.4 „Grund der Beendigung der Entgeltersatzleistung“](#) Grund „06“) gezahlt wird.

3.7.1 Beginn der Entgeltersatzleistung Arbeitgeber

005-012	008	n	M	EEL-ABAG	Beginn der Entgeltersatzleistung Arbeitgeber jhjjmmtt
---------	-----	---	---	----------	--

Maßgebend für die Meldung des Arbeitgebers ([3.1.18 „Abgabegrund“](#) „42“) ist der Tag des Beginns der Entgeltersatzleistung. Bei der Rückmeldung des Sozialversicherungsträgers ([3.1.18 „Abgabegrund“](#) „62“) ist hier der Wert des Arbeitgebers zu melden. Meldet der SV-Träger den DBEE ohne vorherige Anforderung durch den Arbeitgeber, ist das Feld mit „Grundstellung“ zurückzumelden.

3.7.2 Abweichender Beginn der Entgeltersatzleistung beim SV-Träger

013-020	008	n	M	EEL-ABSV	Beginn der Entgeltersatzleistung SV-Träger jhjjmmtt
---------	-----	---	---	----------	--

Weicht der dem Sozialversicherungsträger vorliegende Beginn der Entgeltersatzleistung vom dem vom Arbeitgeber gemeldeten Beginn ([3.7.1 „Beginn der Entgeltersatzleistung Arbeitgeber“](#))

Datenbaustein DBEE – Ende Entgelersatzleistung

ab, ist hier der Tag des dem Sozialversicherungsträger vorliegenden Beginns der Entgelersatzleistung anzugeben. Dies gilt auch für die Fälle, in denen der SV-Träger den DBEE ohne vorherige Anforderung durch den Arbeitgeber übermittelt. Liegt keine Abweichung vor, ist das Feld mit „Grundstellung“ zurückzumelden.

3.7.3 Ende der Entgelersatzleistung

021-028	008	n	m	EEL-ENDE	Ende der Entgelersatzleistung jhjjmmtt
---------	-----	---	---	----------	---

Hier ist durch den Sozialversicherungsträger bei der Rückantwort (3.1.18 „Abgabegrund“ „62“) der letzte Tag anzugeben, für den die Entgelersatzleistung gezahlt wurde.

Ist der Bezug der Entgelersatzleistung noch laufend, ist hier „99999999“ zu melden; wurde hingegen keine Entgelersatzleistung bezogen, ist hier „Grundstellung“ zu melden.

3.7.4 Grund der Beendigung der Entgelersatzleistung

029-030	002	n	M	EEL-ENDE-GRUND	Grund der Beendigung der Entgelersatzleistung entsprechend der Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze (Schlüsselzahlen)
---------	-----	---	---	----------------	--

Angabe des Grundes der Beendigung der Entgelersatzleistung; hierbei ist zu beachten, dass immer das Ende der Entgelersatzleistung und nicht das der ggf. vorliegenden Arbeitsunfähigkeit oder Freistellung zu übermitteln ist. Die Angaben dienen als Hinweis/Anhaltspunkt für den Arbeitgeber, um die entsprechenden Fehlzeiten (Abwesenheiten) erfassen und damit die notwendige Meldung im Rahmen des DEÜV-Meldeverfahrens absetzen zu können. Als Gründe für die Beendigung einer Entgelersatzleistung können gem. Anlage 2 der „Gemeinsame(n) Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgelersatzleistungen (§ 107 SGB IV)“ folgende Schlüsselzahlen übermittelt werden:

01 = kein Leistungsbezug

02 = laufender Leistungsbezug

03 = Ende des Leistungsbezuges

04 = Ende wegen Bezug einer Erwerbsminderungsrente

05 = Ende wegen Ablauf der Leistungsdauer (Aussteuerung)

Datenbaustein DBEE – Ende Entgeltersatzleistung

06 = Ende Mutterschaftsgeld bei Vorliegen eines Verlängerungstatbestandes

99 = Sonstiges Ende (z.B. wegen fehlender Mitwirkung, Wechsel der Krankenkasse)

Die Übermittlung des Kennzeichens „02“ durch den SV-Träger stellt eine Zwischennachricht dar. Endet die Entgeltersatzleistung, wird durch den SV-Träger ohne erneute Anforderung durch den Arbeitgeber ein neuer Datensatz mit aktualisiertem Kennzeichen und aktualisierten Angaben unter [3.7.3 „Ende der Entgeltersatzleistung“](#) übermittelt.

Unter Ende des Leistungsbezuges Grund „03“ werden alle „normalen“ Beendigungen verstanden; diese sind z.B. Arbeitsfähigkeit bei Kranken-, Übergangs- und Verletztengeld, Gesundung des Kindes bei Kinderkranken- oder -verletztengeld oder Ende der Schutzfrist bei Mutterschaftsgeld.

Die Krankenkasse kennzeichnet durch die Angabe des Grundes „06“, dass sich das Ende des Mutterschaftsgeldes aufgrund einer Mehrlings- oder Frühgeburt oder der Geburt eines Kindes, bei welchem vor Ablauf von 8 Wochen nach der Entbindung eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX ärztlich festgestellt wird, von 8 auf 12 Wochen (Schutzfrist) nach der Geburt verlängert. Hierbei ist zu beachten, dass der Zeitraum sich weiter verlängern kann, wenn die Schutzfrist vor der Entbindung (6 Wochen) aufgrund einer vorzeitigen Geburt nicht vollständig in Anspruch genommen werden konnte. Zeiträume, in denen die Arbeitnehmerin freiwillig vor der Entbindung weitergearbeitet hat, bleiben hierbei unberücksichtigt.

3.8 Datenbaustein DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt

3.8.1 Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 1

005- 006	002	n	M	TAGE-1	Zeitraum 1 Anzahl der Tage
-------------	-----	---	---	--------	-------------------------------

Sofern Abwesenheitszeiten ohne Zahlung von Arbeitsentgelt in den Zeiträumen unter 3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“ bis 3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“, 3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“ bis 3.5.12 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“ und 3.5.15 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 3“ bis 3.5.16 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 3“ oder bei Stundenlöhnern (Auswahl „1“ im Feld 3.5.8 „Entgeltart“), 3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“ bis 3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“, 3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“ bis 3.6.5 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“ und 3.6.7 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“ bis 3.6.8 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“ vorliegen, sind diese mit dem Datenbaustein DBAW zu melden. Schließen die Fehltage arbeitsfreie Tage (z.B. AU ohne Entgeltfortzahlung, unbezahlter Urlaub) ein, so sind die arbeitsfreien Tage mit anzugeben. Sofern an Tagen noch teilweise gearbeitet wurde, sind diese Tage nicht als Fehltage zu berücksichtigen.

Maßgebend für die Angabe der Tage in diesem Feld ist der Zeitraum unter 3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“ bis 3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“.

Bei Mutterschaftsgeld (3.1.18 „Abgabegrund“ = „03“) ist der DBAW lediglich bei Vorliegen von Fehlzeiten zu melden, wenn auch ein Austrittsdatum im Feld 0.

Datenbaustein DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt

Ende Beschäftigungsverhältnis zum“ vorliegt.

3.8.2 Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 2

007-008	002	n	M	TAGE-2	Zeitraum 2 Anzahl der Tage
---------	-----	---	---	--------	-------------------------------

Maßgebend für die Angabe der Tage in diesem Feld ist der Zeitraum unter [3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#) bis [3.5.12 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#) bzw. bei Stundenlöhnern (Auswahl „1“ im Feld [3.5.8 „Entgeltart“](#)) der Zeitraum unter [3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“](#) bis [3.6.5 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“](#).

Vgl. [3.8.1 „Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 1“](#).

3.8.3 Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 3

009-010	002	n	M	TAGE-3	Zeitraum 3 Anzahl der Tage
---------	-----	---	---	--------	-------------------------------

Maßgebend für die Angabe der Tage in diesem Feld ist der Zeitraum unter [3.5.15 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3“](#) bis [3.5.16 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3“](#) bzw. bei Stundenlöhnern (Auswahl „1“ im Feld [3.5.8 „Entgeltart“](#)) der Zeitraum unter [3.6.7 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“](#) bis [3.6.8 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“](#).

Vgl. [3.8.1 „Anzahl der Abwesenheitstage ohne Arbeitsentgelt im Zeitraum 1“](#).

3.9 Datenbaustein DBFR – Angaben zur Freistellung bei Erkrankung/Verletzung des Kindes

Erfolgt die Freistellung von der Arbeit aufgrund einer Schwersterkrankung des Kindes im Sinne des § 45 Abs. 4 SGB V, ist aufgrund der besonderen Berechnung dieses Kinderkrankengeldes (analog Krankengeld nach § 47 SGB V) eine Meldung im Rahmen des Datenaustausches mit dem Abgabegrund „01“ (Vgl. 3.1.18 „Abgabegrund“) vorzunehmen.

Sofern in einem Kalendermonat mehrere nicht zusammenhängende Freistellungen wegen einer Erkrankung/Verletzung des (auch desselben) Kindes vorliegen, ist für jeden einzelnen Zeitraum eine separate Meldung zu übermitteln.

Verläuft ein Freistellungszeitraum abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung nicht möglich, ist für jeden Entgeltabrechnungszeitraum eine Meldung für den anteiligen Freistellungszeitraum zu übermitteln.

Die Übermittlung einer Meldung (ggf. auch für einen Teilzeitraum der Freistellung bei abrechnungszeitraumübergreifendem Verlauf) ist nur dann vorzunehmen, wenn für den zu meldenden Freistellungszeitraum tatsächlich Arbeitsentgelt ausgefallen ist.

Für Auszubildende, Umschüler und Teilnehmer des 2. Bildungsweges, für welche das Berufsbildungsgesetz Anwendung findet, besteht bei der Erkrankung des Kindes ein Anspruch auf Fortzahlung der Ausbildungsvergütung für bis zu 6 Wochen (§ 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b BBiG). Das Kinderkrankengeld ruht daher in dieser Zeit und es ist keine Meldung an die Krankenkasse zu erstellen. Dies gilt nicht für Ausbildungsberufe, für die das BBiG keine Anwendung findet (z. B. bei Auszubildenden in der Krankenpflege und Gesundheitsfürsorge); in diesen Fällen ist daher eine Meldung abzugeben.

Ein Anspruch auf Kinderkrankengeld besteht nur, wenn sowohl der Elternteil als auch das erkrankte Kind gesetzlich krankenversichert sind. Eine Meldung im DTA EEL ist daher ausschließlich in diesen Fällen durchzuführen. Grundlage für die Meldung des Arbeitgebers ist die ärztliche Bescheinigung (Muster 21). Wird diese vom Arzt ausgestellt und geht kein PKV-Status daraus hervor, meldet der Arbeitgeber auf dieser Basis den Datensatz.

Erfolgte eine Freistellung wegen einer Erkrankung des Kindes bereits am ersten Tag der Beschäftigung, muss grundsätzlich durch die Krankenkasse bei 3.1.18 „Abgabegrund“ = „02“ geprüft werden, ob ein Anspruch auf eine Entgeltersatzleistung gegeben ist. Besteht ein Anspruch auf eine Entgeltersatzleistung, ist die Übermittlung der Verdienstangaben auf Anforderung durch die Krankenkasse vom Arbeitgeber vorzunehmen. Die Meldung durch den Arbeitgeber erfolgt außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG).

3.9.1 Ende Beschäftigungsverhältnis zum

005-012	008	n	m	ENDE-BV-ZUM	Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zum jhjmmmtt
---------	-----	---	---	-------------	---

Angabe des Tages, an dem das Beschäftigungsverhältnis endet („Kündigung zum“, „vertragliche Aufhebung des Beschäftigungsverhältnisses zum“, „Fristablauf am“).

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung des Mitarbeiters zu einem späteren Zeitpunkt) wäre eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.9.2 Beginn Freistellung

013-020	008	n	M	FREIST-VOM	Wegen Erkrankung/Verletzung des Kindes freigestellt vom jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	--

Angabe des Tages des Beginns der Freistellung. Für die Angabe des Beginns ist es unerheblich, ob für den Tag noch Arbeitsentgelt ggf. auch nur anteilig fortgezahlt oder unbezahlt freigestellt wurde (Beginn in der ärztlichen Bescheinigung).

Verläuft eine Freistellung abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung des Freistellungszeitraums nicht möglich, ist in diesem Feld für den Entgeltabrechnungszeitraum, in welchen

- der Beginn der Freistellung fällt, der Tag des Beginns der Freistellung (Beginn in der ärztlichen Bescheinigung) anzugeben.
- das Ende der Freistellung fällt, der Tag des Beginns des für das Ende der Freistellung maßgebenden Entgeltabrechnungszeitraums anzugeben.

3.9.3 Ende Freistellung

021-028	008	n	M	FREIST-BIS	Wegen Erkrankung/Verletzung des Kindes freigestellt bis jhjmmmtt
---------	-----	---	---	------------	--

Angabe des letzten Tages der Freistellung (Ende in der ärztlichen Bescheinigung). Für die Angabe des letzten Tages ist es unerheblich, ob für den Tag anteilig Arbeitsentgelt fortgezahlt oder unbezahlt freigestellt wurde.

Verläuft eine Freistellung abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung des Freistellungszeitraums nicht möglich, ist in diesem Feld für den Entgeltabrechnungszeitraum, in welchen

- der Beginn der Freistellung fällt, der Tag des Endes des für den Beginn der Freistellung maßgebenden Entgeltabrechnungszeitraums anzugeben und ggf. eine weitere Meldung für den Restzeitraum der Freistellung vorzunehmen, sobald dieser Entgeltabrechnungszeitraum abgerechnet wurde.
- das Ende der Freistellung fällt, der Tag des Endes der Freistellung (Ende in der ärztlichen Bescheinigung) anzugeben.

Liegen in einem Entgeltabrechnungszeitraum mehrere nicht nahtlos aneinanderschließende Freistellungszeiträume vor, ist für jeden dieser Zeiträume eine Meldung abzugeben.

3.9.4 Vollständiges Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der Freistellung

029-029	001	an	M	VAE-ERSTTAG	Am ersten Tag der Freistellung wurde noch gearbeitet und für den gesamten Tag Arbeitsentgelt gezahlt? N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	-------------	---

Angabe, ob am Tag des Beginns der Freistellung noch gearbeitet (ggf. auch teilweise) und für den gesamten Tag Arbeitsentgelt (ungekürzt) gezahlt wurde.

Verläuft eine Freistellung abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung des Freistellungszeitraums nicht möglich, ist in diesem Feld für den Entgeltabrechnungszeitraum, in welchen

- der Beginn der Freistellung fällt, die Beurteilung für den Beginn der Freistellung anzugeben.
- das Ende der Freistellung fällt, ein „N“ anzugeben, weil die Beurteilung des Beginns der Freistellung bereits in der für den vorhergehenden Entgeltabrechnungszeitraum übermittelten Meldung erfolgt ist.

3.9.5 Anzahl der freigestellten Arbeitstage im Freistellungszeitraum

030-031	002	n	M	TAGE	Anzahl der Arbeitstage Freistellung gesamt Anzahl der Tage
---------	-----	---	---	------	--

Hier ist ausschließlich die Zahl der Arbeitstage anzugeben, an denen wegen Erkrankung des Kindes im Freistellungszeitraum (3.9.2 „Beginn Freistellung“ bis 3.9.3 „Ende Freistellung“) nicht (ggf. auch nur teilweise) gearbeitet wurde, ansonsten aber hätte gearbeitet werden müssen.

Wurde am ersten Tag der Freistellung noch gearbeitet (ggf. auch teilweise) **und** für den gesamten Tag Arbeitsentgelt gezahlt (Auswahl „Ja“ im Feld 3.9.4 „Vollständiges Arbeitsentgelt am Tag des Beginns der Freistellung“), ist dieser Tag nicht als Arbeitstag mit anzugeben.

Bei Schichtarbeitern (z.B. Nachtschicht) verläuft ein Arbeitstag von Beginn der Schicht an einem Kalendertag bis zum Beginn der Schicht am nächsten Kalendertag.

Verläuft eine Freistellung abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung des Freistellungszeitraums nicht möglich, kann in besonderen Fallgestaltungen auch „Grundstellung“ zulässig sein.

3.9.6 Anspruch auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum

032-032	001	n	M	KEINEFREIST	Anspruch auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum ist 0 = gegeben 1 = ausgeschlossen durch Tarifvertrag 2 = ausgeschlossen durch Betriebsvereinbarung 3 = ausgeschlossen durch Arbeitsvertrag
---------	-----	---	---	-------------	---

Für den Freistellungszeitraum (3.9.2 „Beginn Freistellung“ bis 3.9.3 „Ende Freistellung“), ist hier zu melden, ob und ggf. wodurch der Anspruch auf bezahlte Freistellung besteht bzw. ausgeschlossen wurde.

Nach § 19 Abs. 1 Nr. 2b Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist Auszubildenden die Vergütung bis zur Dauer von sechs Wochen zu zahlen, wenn sie aus einem sonstigen, in ihrer Person liegenden Grund unverschuldet verhindert sind, ihre Pflichten aus dem Berufsausbildungsverhältnis zu erfüllen. Der bestehende Entgeltfortzahlungsanspruch durch den Arbeitgeber kann nicht abgedungen werden; ist also vorrangig vor dem Krankengeld nach § 45 SGB V zu erfüllen.

3.9.7 Begrenzung des Anspruchs auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum

033-034	002	n	m	BEGRZFREIST	Anspruch auf bezahlte Freistellung begrenzt auf Anzahl der Arbeitstage
---------	-----	---	---	-------------	--

Besteht ein Anspruch auf bezahlte Freistellung (Auswahl „0“ im Feld [3.9.6 „Anspruch auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“](#)), ist die Anzahl dieser Arbeitstage – bezogen auf den Freistellungszeitraum ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)) – anzugeben.

3.9.8 Beginn bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum

035-042	008	n	m	BEZFREIST-VOM	Wegen Erkrankung/Verletzung des Kindes <u>bezahlt</u> freigestellt vom jhjmmmtt
---------	-----	---	---	---------------	--

Angabe des Tages des Beginns der bezahlten Freistellung im Freistellungszeitraum ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)), vgl. [3.9.7 „Begrenzung des Anspruchs auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“](#).

3.9.9 Ende bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum

043-050	008	n	m	BEZFREIST-BIS	Wegen Erkrankung/Verletzung des Kindes <u>bezahlt</u> freigestellt bis jhjmmmtt
---------	-----	---	---	---------------	--

Angabe des letzten Tages der bezahlten Freistellung im Freistellungszeitraum ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)), vgl. [3.9.7 „Begrenzung des Anspruchs auf bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“](#).

3.9.10 Bezahlte Freistellungstage im Kalenderjahr der Freistellung

051-052	002	n	m	BEZFREIST-JAHR	Anzahl der bezahlten Freistellungstage im Kalenderjahr der Freistellung
---------	-----	---	---	----------------	---

Angabe aller ganztägig bezahlten Freistellungstage im laufenden Kalenderjahr wegen Erkrankung/Verletzung desselben Kindes, die vor der aktuell bescheinigten Erkrankung liegen.

Verläuft eine Freistellung abrechnungszeitraumübergreifend und ist eine zusammenhängende Meldung des Freistellungszeitraums nicht möglich, ist in diesem Feld für den Entgeltabrechnungszeitraum, in welchen

- der Beginn der Freistellung fällt, die Angabe aller ganztägig bezahlten Freistellungstage im laufenden Kalenderjahr wegen Erkrankung/Verletzung desselben Kindes, die vor dem aktuell bescheinigten Beginn der Freistellung ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#)) liegen, anzugeben.
- das Ende der Freistellung fällt, die Angabe aller ganztägig bezahlten Freistellungstage im laufenden Kalenderjahr wegen Erkrankung desselben Kindes, die vor dem aktuell bescheinigten Beginn der Freistellung ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#)) liegen, anzugeben; demnach auch bezahlte Freistellungstage aus dem für den Beginn der Freistellung maßgebenden Entgeltabrechnungszeitraum.

3.9.11 Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt

053-060	008	n	M	FREISTBRUTTO	Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	--------------	---

Hier ist das während des Freistellungszeitraums ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)) ausgefallene laufende, dem Grunde nach beitragspflichtige Bruttoarbeitsentgelt (ohne Begrenzung auf eine Beitragsbemessungsgrenze) zu melden; notwendig u.a. für die Beitragsermittlung durch den Sozialversicherungsträger.

Als Bruttoarbeitsentgelt in diesem Sinne gilt das laufende Sozialversicherungsbruttoentgelt (SV-Brutto) analog § 1 Abs. 2 Nr. 2b Entgeltbescheinigungsverordnung (EBV), welches nicht auf die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) gekürzt ist. Dabei ist zu beachten, dass sozialversicherungsfreie Entgeltumwandlungen kein SV-Brutto im Sinne der EBV darstellen. Damit sind keine Besonderheiten – wie beim Krankengeld – zu berücksichtigen.

Berechnung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt:

Ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt = Brutto 1 - Brutto 2

Zur Ermittlung des ausgefallenen Bruttoarbeitsentgelts müssen zwei Hilfwerte Brutto 1 und Brutto 2 ermittelt werden.

- Brutto 1 ist fiktiv zu ermitteln. Es ist das laufende SV-Brutto analog § 1 Abs. 2 Nr. 2b EBV (nicht auf BBG gekürzt), welches für den Arbeitnehmer in diesem Abrechnungszeitraum abgerechnet worden wäre, wenn die Freistellungstage mit Entgeltfortzahlung vergütet worden wären.
- Brutto 2 ist das laufende SV-Brutto analog § 1 Abs. 2 Nr. 2b EBV (nicht auf BBG gekürzt), welches für den Arbeitnehmer in diesem Abrechnungszeitraum tatsächlich abgerechnet wurde (Ist-Arbeitsentgelt laut Abrechnung).

Liegen in einem Abrechnungszeitraum **mehrere nicht nahtlos aneinanderschließende Freistellungszeiträume** vor, ist das Brutto 1 für alle Freistellungstage kumuliert zu ermitteln. Da für jeden Freistellungszeitraum eine einzelne Meldung abzugeben ist, ist das ermittelte kumulierte ausgefallene Bruttoarbeitsentgelt auf die Kalendertage der Freistellungen entsprechend zu verteilen. Als Freistellungszeiträume sind nur Zeiträume zu berücksichtigen, für welche tatsächlich Arbeitsentgelt ausgefallen ist. Freistellungszeiträume, bei denen der Arbeitgeber den Arbeitnehmer vollständig bezahlt freigestellt hat und für die daher keine Kürzung des Arbeitsentgelts erfolgt, bleiben unberücksichtigt.

Aufteilung bei mehreren Freistellungen:

Bei mehreren Freistellungen (z.B. 1x 4 und 1x 5 Kalendertage) =

Berechnung des Brutto 1 für 9 Freistellungstage

Brutto 1 - Brutto 2 = Gesamtausfall für Freistellungen im Abrechnungszeitraum

Gesamtausfall / 9 Tage * 4 Tage = ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt Freistellungszeitraum 1

Gesamtausfall / 9 Tage * 5 Tage = ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt Freistellungszeitraum 2

Liegen neben der Freistellung weitere Fehlzeiten aus anderen Gründen (z.B. unbezahlter Urlaub, Bezug von Krankengeld) vor, sind diese bei der Ermittlung des Brutto 1 und 2 nicht gesondert herauszurechnen. Hierbei ist auf das tatsächliche Ist-Arbeitsentgelt laut Abrechnung abzustellen, in welchem auch die Kürzung aufgrund der Fehlzeit(en) bereits enthalten ist.

Folgende allgemeine Vorgaben sind zu beachten:

- Eine Nachzahlung aufgrund einer **rückwirkenden Entgelterhöhung** wird nur dann berücksichtigt, wenn der Zeitpunkt der Begründung des Anspruchs (z.B. der Tag des Tarifabschlusses) vor dem Beginn der Freistellung wegen Erkrankung des Kindes liegt. Die Nachzahlung wird in diesem Fall mitbescheinigt, wenn sie sich auf den maßgebenden Freistellungszeitraum ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)) bezieht. Dies gilt auch dann, wenn die Nachzahlung für die Berechnung der Beiträge aus Vereinfachungsgründen wie einmalig gezahltes Arbeitsentgelt behandelt worden ist.
- Bei Arbeitsentgelten innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 Abs. 2 SGB IV) ist das tatsächliche (nicht das beitragspflichtige) Bruttoarbeitsentgelt zu melden.
- Bei **Seeleuten** ist die während der Freistellung ausgefallene Heuer zu melden.

Die Übermittlung einer Meldung (ggf. auch für einen Teilzeitraum der Freistellung bei abrechnungszeitraumübergreifendem Verlauf) ist nur dann vorzunehmen, wenn für den zu meldenden Freistellungszeitraum Arbeitsentgelt tatsächlich ausgefallen ist.

3.9.12 Während der Freistellung ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt

061-068	008	n	M	FREISTNETTO	Während der Freistellung ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-------------	--

Hier ist das während des Freistellungszeitraums ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)) ausgefallene laufende Nettoarbeitsentgelt zu melden. Das ausgefallene Nettoarbeitsentgelt in diesem Sinne ist die Differenz zwischen dem Nettoarbeitsentgelt aus Brutto 1 (Definition siehe [3.9.11 „Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt“](#)) und dem

Nettoarbeitsentgelts aus Brutto 2 (3.9.11 „Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt“).

Berechnung ausgefallenes Nettoarbeitsgelt:

Ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt = Netto 1 - Netto 2

Zur Ermittlung des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts müssen zwei Hilfswerte Netto 1 und Netto 2 ermittelt werden.

- Netto 1 ist fiktiv aus dem Brutto 1 zu ermitteln.
- Netto 2 ist ggf. fiktiv aus dem Brutto 2 zu ermitteln.

Fiktive Berechnung des Nettoarbeitsentgelts:

Netto 1 = Brutto 1
– fiktive Beitragslast des Versicherten aus Brutto 1
– fiktive Steuerlast des Versicherten aus Steuerbrutto 1

Netto 2 = Brutto 2
– ggf. fiktive Beitragslast des Versicherten aus Brutto 2
– ggf. fiktive Steuerlast des Versicherten aus Steuerbrutto 2

Zur Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts müssen fiktiv die Beitrags- und Steuerlast, unter Berücksichtigung der entsprechend anteiligen SV- und Steuertage, ermittelt werden. Eine fiktive Berechnung der Beitrags- und Steuerlast ist notwendig, weil z.B. beitragspflichtige Anteile von Einmalzahlungen oder die Besonderheiten innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 Abs. 2 SGB IV) nicht bei der Ermittlung des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts berücksichtigt werden dürfen, welche in den tatsächlich abgerechneten Werten enthalten sein können.

- Zur Bestimmung der Beitragslast werden die SV-Beiträge aus dem zu Grunde liegenden Bruttowerten (Brutto 1 bzw. 2 (3.9.11 „Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt“)) berechnet.
- Bei freiwillig Krankenversicherten ist der um den Beitragszuschuss des Arbeitgebers verminderte Beitrag des Versicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Bruttoarbeitsentgelt abzuziehen.

Berechnung Beitragsanteil freiwilliger Versicherter zur KV/PV:

Gesamtbeitrag zur KV und PV

- Arbeitgeberzuschuss

= Beitragsanteil des Versicherten

Vom Bruttoarbeitsentgelt darf nur der Beitragsanteil des Versicherten abgezogen werden.

- Für privat Krankenversicherte ist der um den Beitragszuschuss des Arbeitgebers verminderte Beitrag des Versicherten zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung abzuziehen (3.1.18 „Abgabegrund“ = „23“).
- Beiträge der Arbeitnehmer zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, für eine Winterbeschäftigungsumlage sowie weitere gesetzlich vorgesehene Beiträge (z.B. Arbeits- und Arbeitnehmerkammerbeiträge (Bremen und Saarland)) sind analog der gesetzlichen Abgaben vom Bruttoarbeitsentgelt abzuziehen. Arbeitnehmeranteile an Beiträgen, welche ausschließlich auf Basis von Tarif- oder Arbeitsverträgen verpflichtend vorgesehen sind, sind keine gesetzlichen Abzüge.
- Bei Arbeitsentgelten innerhalb des Übergangsbereiches (§ 20 Abs. 2 SGB IV) ist aus dem tatsächlichen (nicht dem beitragspflichtigen) Bruttoarbeitsentgelt ein fiktives Nettoarbeitsentgelt auf der Basis der allgemeinen Beitragsermittlungsgrundsätze – also ohne Berücksichtigung der besonderen beitragsrechtlichen Regelungen für den Übergangsbereich – zu ermitteln.
- Zur Bestimmung der Steuerlast werden die Lohnsteuer, Kirchensteuer und der Solidaritätszuschlag aus dem Steuerbrutto (Steuerbrutto 1 bzw. 2) berechnet. Als Werte für die Steuerberechnung sind anzusetzen

- Steuerbrutto 1 ist fiktiv zu ermitteln. Es ist das laufende Steuerbrutto analog § 1 Abs. 2 Nr. 2b EBV (nicht auf die BBG gekürzt), welches für den Arbeitnehmer in diesem Abrechnungszeitraum abgerechnet worden wäre, wenn die Freistellungstage mit Entgeltfortzahlung vergütet worden wären.
- Steuerbrutto 2 ist das laufende Steuerbrutto analog § 1 Abs. 2 Nr. 2b EBV (nicht auf die BBG gekürzt), welches für den Arbeitnehmer in diesem Abrechnungszeitraum tatsächlich abgerechnet wurde (Ist-Arbeitsentgelt laut Abrechnung).

Um eine einheitliche Berechnung des fiktiven Nettoarbeitsentgelts sicherzustellen, ist bei der fiktiven Berechnung des Nettoarbeitsentgelts für Grenzgänger anhand des vorherigen Berechnungsschemas

- für alleinstehende Arbeitnehmer die Lohnsteuerklasse 1 zu Grunde zu legen; liegt eine Mehrfachbeschäftigung vor, ist für alle Beschäftigungen außer der Hauptbeschäftigung die Lohnsteuerklasse 6 anzusetzen.
- für verheiratete Arbeitnehmer die Lohnsteuerklasse 4 zu Grunde zu legen; liegt eine Mehrfachbeschäftigung vor, ist für alle Beschäftigungen außer der Hauptbeschäftigung die Lohnsteuerklasse 6 anzusetzen.
- für Arbeitnehmer mit Kindern kein steuerlicher Kinderfreibetrag zu berücksichtigen und auch kein Beitragszuschlag für Kinderlose in der Pflegeversicherung anzusetzen.
- für Arbeitnehmer keine Kirchensteuer aber ein Solidaritätszuschlag zu berücksichtigen.

Liegt dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Betriebsstättenfinanzamtes über die für den Lohnsteuerabzug maßgeblichen Besteuerungsmerkmale für den Arbeitnehmer vor, so ist dieses der Berechnung des Nettoarbeitsentgeltes zu Grunde zu legen.

Bei Kurzarbeit (auch Saison- oder Transferkurzarbeit) während der Freistellung setzt sich das Nettoarbeitsentgelt aus dem ausgefallenen Kurzarbeitergeld, dem ggf. tatsächlich ausgefallenen Nettoarbeitsentgelt und dem ggf. ausgefallenen Aufstockungsbetrag zusammen. Das ausgefallene Nettoarbeitsentgelt ist somit nicht aus dem SV-Brutto (Soll-Entgelt) zu ermitteln.

Liegen in einem Abrechnungszeitraum mehrere nicht nahtlos aneinander schließende Freistellungszeiträume, ist das Netto 1 entsprechend dem Brutto 1 (3.9.11 „Während der Freistellung ausgefallenes Bruttoarbeitsentgelt“) für alle Freistellungstage kumuliert zu ermitteln. Da für jeden Freistellungszeitraum eine einzelne Meldung abzugeben ist, ist das ermittelte kumulierte ausgefallene Nettoarbeitsentgelt auf die Kalendertage der Freistellungen entsprechend zu verteilen. Als Freistellungszeiträume sind nur Zeiträume zu berücksichtigen, für welche tatsächlich Arbeitsentgelt ausgefallen ist. Freistellungszeiträume, bei denen der Arbeitgeber den Arbeitnehmer vollständig bezahlt freigestellt hat oder für die keine Kürzung des Arbeitsentgelts erfolgt, bleiben unberücksichtigt.

Aufteilung bei mehreren Freistellungen:

Bei mehreren Freistellungen (z.B. 1x 4 und 1x 5 Kalendertage) =
 Berechnung des Netto 1 für 9 Freistellungstage

Netto 1 – Netto 2 = Gesamtausfall für Freistellungen im Abrechnungszeitraum

Gesamtausfall /9 Tage * 4 Tage = ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt Freistellungszeitraum 1
 Gesamtausfall /9 Tage * 5 Tage = ausgefallenes Nettoarbeitsentgelt Freistellungszeitraum 2

3.9.13 Beitragspflichtige Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate

069- 069	001	an	M	FREISTEZ	Wurden beitragspflichtige Einmalzahlungen in den letzten 12 Kalendermonaten vor Beginn der Freistellung gezahlt? N = Nein J = Ja
-------------	-----	----	---	----------	--

Es ist zu bescheinigen, ob in den letzten 12 Kalendermonaten vor Beginn der Freistellung wegen Erkrankung des Kindes dem Grunde nach sozialversicherungspflichtige Einmalzahlungen (§ 23a SGB IV) gewährt wurden (3.9.2 „Beginn Freistellung“). Die Beitragsbemessungsgrenze der jeweiligen Sozialversicherungsträger ist bei der Beurteilung nicht zu berücksichtigen.

3.10 Datenbaustein DBUN – Arbeits-/Schul-/Kindergartenunfall

3.10.1 Unfallaktenzeichen Unfallversicherungsträger

005-024	020	an	m	UNFALLAZ	Unfallaktenzeichen des jeweiligen Unfallversicherungsträgers
---------	-----	----	---	----------	--

3.10.2 Tag des Versicherungsfalls

025-032	008	n	m	V-TAG	Tag des Versicherungsfalls jhjjmmtt
---------	-----	---	---	-------	--

3.10.3 Institutionskennzeichen des Unfallversicherungsträgers

033-047	015	n	m	IKUV	Institutionskennzeichen des Unfallversicherungsträgers (9 Stellen linksbündig) nnnnnnnnn
---------	-----	---	---	------	---

Zum Institutionskennzeichen vgl. § 293 SGB V.

3.10.4 Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum

048-055	008	n	m	ZUSCHL-1	Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	--

Maßgebend für die Angabe in diesem Feld ist der Zeitraum unter [3.5.3 „Beginn letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#) bis [3.5.4 „Ende letzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 1“](#).

In der gesetzlichen Unfallversicherung werden lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (SFN-Zuschläge) bei der Berechnung von Geldleistungen berücksichtigt.

SFN-Zuschläge sind bis zu einem Grundlohn von 50,00 EUR pro Stunde steuerfrei. Beiträge müssen auf solche Zuschläge aber bereits ab einem Grundlohn von 25,00 EUR pro Stunde entrichtet werden. Diese steuerfreien, aber beitragspflichtigen SFN-Zuschläge sind dem beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelt hinzuzurechnen und sind deshalb nicht hier, sondern unter [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#) zu berücksichtigen.

3.10.5 Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im Zeitraum 2

056-063	008	n	m	ZUSCHL-2	Zuschläge Zeitraum 2 Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	---

Maßgebend für die Angabe in diesem Feld ist der Zeitraum unter [3.5.11 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#) bis [3.5.12 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./LT – Zeitraum 2“](#) bzw. bei Stundenlöhnern (Auswahl „1“ im Feld [3.5.8 „Entgeltart“](#)) der Zeitraum unter [3.6.4 „Beginn vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“](#) bis [3.6.5 „Ende vorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 2“](#).

Vgl. [3.10.4 „Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum“](#).

3.10.6 Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im Zeitraum 3

064-071	008	n	m	ZUSCHL-3	Zuschläge Zeitraum 3 Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	---

Maßgebend für die Angabe in diesem Feld ist der Zeitraum unter [3.5.15 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3“](#) bis [3.5.16 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum vor AU/med. Leist./ LT – Zeitraum 3“](#) bzw. bei Stundenlöhnern (Auswahl „1“ im Feld [3.5.8 „Entgeltart“](#)) der Zeitraum unter [3.6.7 „Beginn vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“](#) bis [3.6.8 „Ende vorvorletzter Entgeltabrechnungszeitraum mit Mehrarbeitsstunden oder geleisteten Arbeitsstunden bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit – Zeitraum 3“](#).

Vgl. [3.10.4 „Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum“](#).

3.10.7 Während der Freistellung ausgefallene Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge

072-079	008	n	m	FREISTZUSCHL	Ausgefallene Zuschläge während der Freistellung Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	--------------	---

Maßgebend für die Angabe in diesem Feld ist der Freistellungszeitraum ([3.9.2 „Beginn Freistellung“](#) bis [3.9.3 „Ende Freistellung“](#)).

Vgl. [3.10.4 „Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Zuschläge im letzten Entgeltabrechnungszeitraum“](#).

3.10.8 Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate UV

080-087	008	n	m	EZUV	Einmalzahlungen der letzten 12 Kalendermonate vor Beginn der AU/med. Leist./LT in der UV (bei Seeleuten, bei denen sich die Beiträge nach einer Durchschnittsheuer berechnen, ist nur „Grundstellung“ zulässig) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------	---

Bei einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit sind die gesamten Einmalzahlungen (unabhängig von der Beitragspflicht) zu melden.

Siehe [3.5.19 „Beitragspflichtige Einmalzahlungen letzte 12 Kalendermonate KV“](#).

3.11 Datenbaustein DBMU – Entgeltbescheinigung zur Berechnung von Mutterschaftsgeld

Für die Meldung des DBMU ist der Arbeitgeber zuständig, bei welchem die Arbeitnehmerin vor bzw. während der Schutzfrist beschäftigt ist. Sofern die Arbeitnehmerin während einer Elternzeit eine zulässige Teilzeitbeschäftigung ausübt und ihre Elternzeit mit Beginn der Schutzfrist beendet, ist nur der Arbeitgeber (Hauptbeschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung) zur Meldung verpflichtet, bei welchem die Arbeitnehmerin das höhere Arbeitsentgelt bezogen hat.

3.11.1 Beginn der Schutzfrist

005-012	008	n	M	SCHUTZFR-BEGINN	Beginn der Schutzfrist jhjmmmt
---------	-----	---	---	-----------------	-----------------------------------

Der Beginn der Schutzfrist ist der Zeitpunkt, von dem an das allgemeine Beschäftigungsverbot des § 3 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes gilt, also der Beginn der 6. Woche vor dem vom Arzt errechneten voraussichtlichen Tag der Entbindung. Für die Beurteilung der Mutterschutzfrist ist bei Vorliegen mehrerer ärztlicher Bescheinigungen immer vom voraussichtlichen Tag der Entbindung aus der aktuellsten ärztlichen Bescheinigung auszugehen. Sofern die Arbeitnehmerin freiwillig nach dem Beginn der Schutzfrist vor der Entbindung weiterarbeitet, wird der Beginn der Schutzfrist dadurch nicht verändert.

Entbindet die Arbeitnehmerin bereits vor Beginn der Schutzfrist, ist hier das Datum der tatsächlichen Geburt zu melden.

3.11.2 Beginn des Beschäftigungsverhältnisses

013-020	008	n	M	BV-BEGINN	Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jhjmmmt
---------	-----	---	---	-----------	---

Eine Beschäftigung ist die nichtselbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis.

3.11.3 Letzter SV-Tag vor der Entbindung

021-028	008	n	m	LETZTTAG	Letzter SV-Tag vor der Entbindung jhjmmmt
---------	-----	---	---	----------	--

Hier ist grundsätzlich der letzte SV-Tag vor der Entbindung anzugeben. Der letzte SV-Tag, muss kein Arbeitstag sein, z.B. bei bezahlten Feiertagen oder bei bezahltem Urlaub. Endet die Zahlung von Arbeitsentgelt bereits vor Beginn der Schutzfrist, ist der letzte SV-Tag vor Beginn der Schutzfrist anzugeben.

Sofern die Arbeitnehmerin freiwillig nach dem Beginn der Schutzfrist vor der Entbindung weiterarbeitet, ist hier der letzte SV-Tag anzugeben, bis zu dem die Entgeltzahlung/Arbeitsleistung erfolgte. Wurde bereits ein Datensatz abgesetzt und die Arbeitnehmerin entscheidet sich erst danach zur freiwilligen Weiterarbeit bzw. verkürzt oder verlängert den Zeitraum der Weiterarbeit, ist die bisherige Meldung an die Krankenkasse zu stornieren und eine neue Meldung mit angepassten Daten abzusetzen.

Bei den anzugebenden SV-Tagen kann es sich auch um unbezahlte SV-Tage handeln.

Hat die Beschäftigung erst am Tag des Beginns der Schutzfrist oder während der Schutzfrist begonnen, besteht ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Die Meldung durch den Arbeitgeber erfolgt in diesen Fallgestaltungen außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG).

3.11.4 Ende Beschäftigungsverhältnis am

029-036	008	n	m	ENDE-BV-AM	Das Beschäftigungsverhältnis wurde beendet am: jhjmmmt
---------	-----	---	---	------------	---

Datum des die Beendigung auslösenden Ereignisses (Tag der Kündigung), vgl. [3.4.4 „Beendigung Beschäftigungsverhältnis am“](#). Bei befristeten Beschäftigten ist hier keine Eingabe vorzunehmen.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung der Mitarbeiterin zu einem späteren Zeitpunkt), ist eine Neumeldung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.11.5 Ende Beschäftigungsverhältnis zum

037-044	008	n	m	ENDE-BV-ZUM	Beschäftigungsverhältnis wurde beendet zum: jhjmmmt
---------	-----	---	---	-------------	---

Angabe des Tages, an dem das Beschäftigungsverhältnis endet („Kündigung zum“, „vertragliche Aufhebung des Beschäftigungsverhältnisses zum“, „Fristablauf am“). Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung der Mitarbeiterin zu einem späteren Zeitpunkt), ist eine Neuerstellung des Datensatzes nicht erforderlich.

Endet das Beschäftigungsverhältnis in der Schutzfrist durch Kündigung der Arbeitnehmerin oder durch Fristablauf, besteht ab dem Tag nach Beendigung der Beschäftigung ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld in Höhe von Krankengeld nach § 24i Abs. 2 Satz 5 SGB V. Für die Berechnung des Mutterschaftsgeldes in Höhe von Krankengeld ist es erforderlich, dass der Krankenkasse zusätzlich zum Datenbaustein DBMU ebenfalls der Datenbaustein DBAE – Arbeitsentgelt und sofern mit Daten belegbar die Datenbausteine DBZA – Arbeitszeit und DBAW – Abwesenheitszeiten ohne Arbeitsentgelt geliefert werden. Bei Arbeitnehmerinnen im Bereich der Seefahrt ist der Datenbaustein DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute zu übersenden.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung der Mitarbeiterin zu einem späteren Zeitpunkt), ist eine Neumeldung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.11.6 Grund der Beendigung

045-046	002	n	m	BV-GEKUEND	Grund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses entsprechend Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze Schlüsselzahlen für die Abgabegründe
---------	-----	---	---	------------	--

Angabe des Grundes der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gem. Anlage 2 der „Gemeinsame(n) Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV)“, Schlüsselzahlen für Grund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses:

01 = Kündigung des Arbeitgebers

02 = Kündigung des Arbeitnehmers

03 = befristetes Beschäftigungsverhältnis

04 = Aufhebungsvertrag

05 = Sonstiges

06 = zulässige Auflösung

Vgl. [3.4.6 „Grund Beendigung“](#).

3.11.7 Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus

047-054	008	n	m	WAEHREEL-NETTO	Nettoarbeitsentgelt während des Bezuges von Mutterschaftsgeld Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------------	---

Hier ist der monatliche Betrag des weitergewährten laufenden Nettoarbeitsentgelts zu melden, sofern es der Beitragspflicht unterliegt.

Zuschüsse des Arbeitgebers oder sonstige Einnahmen aus der Beschäftigung, die während des Bezuges von Mutterschaftsgeld erzielt werden, gelten als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt, wenn die Bruttoeinnahmen zusammen mit dem Mutterschaftsgeld das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR (brutto) monatlich übersteigen (vgl. [3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“](#)).

Teilweise gezahltes Arbeitsentgelt bzw. weitergehende Zuschüsse des Arbeitgebers sind hier nur zu melden, sofern sie der Beitragspflicht unterliegen. Liegen keine beitragspflichtigen Einnahmen vor, ist „Grundstellung“ zu melden. Übt die Frau mehrere Beschäftigungsverhältnisse aus, ist dem Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Übermittlung des Datensatzes regelmäßig die Höhe der Entgeltersatzleistung noch nicht bekannt. Daher soll der Arbeitgeber aus Vereinfachungsgründen nur prognostisch beurteilen, ob das teilweise weitergewährte laufende Arbeitsentgelt wie z.B. Sachbezüge oder weitergehende Zuschüsse über den Arbeitgeberzuschuss hinaus den Wert von 50,00 EUR monatlich überschreitet. Es gelten die entsprechenden Aussagen zur prognostischen Entscheidung analog dem Feld [3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“](#).

Wird das Arbeitsentgelt in voller Höhe während der Mutterschutzfrist (z.B. wegen freiwilliger Weiterarbeit der Arbeitnehmerin) fortgezahlt, ist dies unter [3.11.3 „Letzter SV-Tag vor der Entbindung“](#) anzugeben.

Zur Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts vgl. [3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“](#).

3.11.8 Weiterzahlung teilweises Arbeitsentgelt bis

055-062	008	n	m	DATUM-AE-BIS	Arbeitsentgelt wird gezahlt bis zum jhjmmmt Bei laufender Zahlung = 99999999
---------	-----	---	---	--------------	--

Sofern das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR überschritten wird (vgl. [3.11.7 „Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus“](#)), ist anzugeben, bis wann das Arbeitsentgelt gezahlt wird.

3.11.9 Fehlzeit vor Beginn Schutzfrist oder bis Auflösung Beschäftigungsverhältnis

063-064	002	n	m	FEHLZEIT	Fehlzeit vor Beginn der Schutzfrist oder bis zur Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses siehe Anlage 2 der Gemeinsamen Grundsätze
---------	-----	---	---	----------	--

Die Beurteilung der Fehlzeit erfolgt in Bezug auf den letzten Kalendertag vor Beginn der Schutzfrist; sofern das Beschäftigungsverhältnis zulässig vor dem Beginn der Schutzfrist aufgelöst wurde, für den letzten Kalendertag des Beschäftigungsverhältnisses. Die Angabe der Fehlzeiten erfolgt gem. Anlage 2 der „Gemeinsame(n) Grundsätze für die Erstattung der Mitteilungen im Rahmen des Datenaustausches Entgeltersatzleistungen (§ 107 SGB IV)“, durch folgende Schlüsselzahlen:

00 = Keine Fehlzeit

01 = Unbezahlter Urlaub

02 = Bezug einer Entgeltersatzleistung

03 = Unentschuldigtes Fehlen/Arbeitsbummelei

04 = Elternzeit

99 = Sonstiges

Sofern das Beschäftigungsverhältnis durch den Arbeitgeber vor oder während der Schutzfrist zulässig aufgelöst wird, besteht für die Versicherte ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld sowie auf den Zuschuss in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen 13,00 EUR und dem Arbeitsentgelt nach § 20 Abs. 3 MuSchG. Die Auszahlung erfolgt durch die Krankenkasse. Um das Mutterschaftsgeld und den Zuschuss berechnen zu können, ist es zwingend erforderlich, dass der Krankenkasse in den Feldern 3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“ bis 3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ das erzielte Nettoarbeitsentgelt der letzten 3 Monate vor Beginn der Schutzfrist – unabhängig davon, ob es regelmäßig über 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR liegt – mit der dazugehörigen Monatsangabe übermittelt wird. Das heißt, es müssen auch Angaben zu den Kalendermonaten bzw. zum Nettoarbeitsentgelt erfolgen, wenn der Arbeitgeber im Feld 3.11.10 „Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR“ ein „J“ angegeben hat.

3.11.10 Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR

065-065	001	an	M	AE-UEBER	Nettoarbeitsentgelt der letzten 3 abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist betrug monatlich regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR. N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	----------	---

Der Grenzwert von 390,00 EUR ist maßgebend bei einem Monatsgehalt oder einem festen Monatsentgelt (vgl. 3.11.11 „Entgeltart“); richtet sich hingegen die Entgeltzahlung nach der Zahl der Arbeitstage oder –stunden oder nach dem Arbeitsergebnis, so gilt der Grenzwert von 403,00 EUR. Werden die vorgenannten Grenzwerte überschritten, wird der Höchstbetrag des Mutterschaftsgeldes von 13,00 EUR je Kalendertag gezahlt. **Werden die Grenzwerte unterschritten, sind Angaben in den Feldern 3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“ bis 3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ erforderlich. Übt die Arbeitnehmerin mehrere Beschäftigungen (unabhängig von deren SV-Pflicht) aus, so sind hiervon abweichend stets (auch bei regelmäßigem Erreichen oder Überschreiten der Grenzwerte i. H. v. 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR) die Angaben in den Feldern 3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“ bis 3.11.21 „Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ erforderlich, damit die Krankenkasse die Höhe des anteiligen Mutterschaftsgeldes berechnen und an die Arbeitgeber zur Zuschussberechnung übermitteln kann.**

Bei dauerhaften Änderungen der Arbeitsentgelthöhe ist die geänderte Arbeitsentgelthöhe bei der Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts zur Berechnung des Mutterschaftsgeldes zugrunde zu legen. Wird diese Änderung bereits während des Berechnungszeitraums (letzte drei

abgerechnete Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist) wirksam, ist sie für den gesamten Berechnungszeitraum zu berücksichtigen.

Erfolgt eine Änderung der Arbeitsentgelthöhe nach dem Berechnungszeitraum bzw. während des Mutterschaftsgeldbezuges und wurde der Berechnung des Mutterschaftsgeldes ein Nettoarbeitsentgelt von weniger als 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR (AE-UEBER = „N“) zugrunde gelegt, ist die zuständige Krankenkasse über diese Änderung außerhalb des DTA EEL zu informieren. Gleiches gilt, wenn der Berechnung des Mutterschaftsgeldes ein Nettoarbeitsentgelt von mehr als 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR (AEUEBER = „J“) zu Grunde gelegt wurde, aber durch die Änderung dieser Wert unterschritten wird.

Dies gilt nicht, sofern eine Meldung der Arbeitsentgelte durch den Arbeitgeber im Rahmen des DTA EEL nach § 107 SGB IV ausschließlich wegen der Ausübung von mehreren Beschäftigungen erfolgte, sofern aus allen Beschäftigungen kumuliert ein Arbeitsentgelt – vor und nach der Änderung der Arbeitsentgelthöhe – von über 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR bezogen wurde. Grund hierfür ist, dass in diesen Fallgestaltungen die Höhe des Arbeitsentgelts nur für die Verteilung des Mutterschaftsgeldes auf die beteiligten Arbeitgeber benötigt wird. Die Änderung der Arbeitsentgelthöhe wirkt sich in diesen Fällen nicht auf die Höhe des Mutterschaftsgeldes aus.

Hiervon zu unterscheiden sind Fallgestaltungen, in denen bei Ausübung von mehreren Beschäftigungen aus allen Beschäftigungen kumuliert ein Arbeitsentgelt vor der Änderung der Arbeitsentgelthöhe von unter 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR bezogen wurde. Der Arbeitgeber hat in diesen Fallgestaltungen die Krankenkasse außerhalb des DTA EEL über die Änderungen der Arbeitsentgelthöhe zu informieren, da sich diese auf die Höhe des Mutterschaftsgeldes auswirkt. Gleiches gilt, wenn aus allen Beschäftigungen kumuliert ein Arbeitsentgelt von mehr als 390,00 EUR bzw. 403,00 EUR bezogen wurde und durch die Änderung der Arbeitsentgelthöhe dieser Wert unterschritten wird.

3.11.11 Entgeltart

<u>066-</u> <u>066</u>	<u>001</u>	<u>n</u>	<u>M</u>	<u>ENTGART</u>	<u>Angabe der Entgeltart</u> <u>1 = Stundenlohn</u> <u>2 = festes Monatsentgelt</u> <u>3 = Sonstiges (z.B. Akkord, Stücklohn, etc.)</u>
---------------------------	------------	----------	----------	----------------	--

Monatsgehalt oder festes Monatsentgelt sind solche Bezüge, deren Höhe nicht von den im Monat geleisteten Arbeitstagen bzw. Arbeitsstunden oder dem Ergebnis der Arbeit (z.B. Akkord) abhängig ist. Daran ändern auch solche Vergütungen nichts, die zusätzlich zum festen Monatsentgelt oder Monatsgehalt gezahlt werden (z.B. Mehrarbeitsstunden und sonstige Vergütungen).

Vergütungen auf Provisionsbasis sowie Akkord- oder Stücklohn sind – auch bei einem vereinbarten Fixum – vom Ergebnis der Arbeit abhängig.

Vgl. 3.11.10 „Nettoarbeitsentgelt letzte 3 Kalendermonate vor Beginn Schutzfrist regelmäßig > 390 bzw. 403 EUR“.

3.11.12 Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1

067-074	008	n	m	BEGINN-1	Zeitraum – Beginn Monat 1 jhjmmmtt
---------	-----	---	---	----------	---------------------------------------

Das Mutterschaftsgeld wird auf Grundlage des um die gesetzlichen Abzüge verminderten durchschnittlichen kalendertäglichen Arbeitsentgelts (Nettoarbeitsentgelt) der letzten drei abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 1 MuSchG gezahlt.

Ein „abgerechneter“ Kalendermonat ist ein Zeitraum, für den der Arbeitgeber üblicherweise die Entgeltabrechnung abgeschlossen hat; der Zeitpunkt der Auszahlung oder der Bankgutschrift bei der Arbeitnehmerin spielt keine Rolle.

Ausgangspunkt für die Festsetzung des Berechnungszeitraums von drei Kalendermonaten ist der Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 1 MuSchG; da dieser bei Abweichung zwischen voraussichtlichem Entbindungstag und tatsächlicher Entbindung unverändert bleibt, kann sich auch der Berechnungszeitraum von drei Kalendermonaten dadurch nicht verändern.

Dabei ist es ohne Bedeutung, ob die Arbeitnehmerin in jedem der drei Kalendermonate des Berechnungszeitraums ein vollständiges Arbeitsentgelt beanspruchen kann; es genügt, wenn zumindest für einen Teil in jedem der drei Kalendermonate des Berechnungszeitraums Arbeitsentgelt abgerechnet worden ist. Fehlzeiten infolge AU, unbezahlten Urlaubs usw. sind deshalb hinsichtlich des Berechnungszeitraums von drei Monaten unschädlich.

Zu den letzten drei abgerechneten Kalendermonaten gehören keine Monate, für die kein Arbeitsentgelt abzurechnen war. Diese Monate sind nicht als abgerechnete Kalendermonate zu betrachten, es sei denn, die Arbeitnehmerin ist der Arbeit unentschuldig ferngeblieben. Die letzten drei abgerechneten Kalendermonate stellen keine Drei-Monats-Frist dar und brauchen deshalb nicht zusammenhängend zu verlaufen.

In diesem Zusammenhang können die nachfolgenden Besonderheiten auftreten, welche Auswirkungen auf die zu meldenden abgerechneten Kalendermonate haben. Nur in diesen Fallgestaltungen kann daher die Angabe nur für Monat 1 oder Monat 1 und 2 möglich sein, weshalb Monat 2 und 3 oder nur Monat 3 in diesen Fällen auch mit „99999999“ gemeldet werden können.

Besonderheiten:

1) Beginn einer Beschäftigung

Hat die Beschäftigung erst kurz vor dem Beginn der Schutzfrist begonnen und

- liegen weniger als drei abgerechnete Kalendermonate vor, so ist auf den Zeitraum vom Beginn der Beschäftigung an bis zum Ende des letzten vor Beginn der Schutzfrist abgerechneten Kalendermonats abzustellen.
- liegt ein abgelaufener, aber noch nicht abgerechneter Kalendermonat vor, so ist die Zeit vom Beginn der Beschäftigung an bis zum Ende des abgelaufenen Kalendermonats maßgebend.
- liegt noch kein abgelaufener und abgerechneter Kalendermonat vor, so ist der Zeitraum vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses an bis zum Tage vor Beginn der Schutzfrist zugrunde zu legen.

Der Wechsel von einem Ausbildungs- in ein Arbeitsverhältnis begründet ein neues Beschäftigungsverhältnis, daher ist in diesen Fällen als Beginn der erste Tag des Arbeitsverhältnisses zu melden.

Hat die Beschäftigung erst am Tag des Beginns der Schutzfrist oder während der Schutzfrist begonnen, besteht ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Die Meldung durch den Arbeitgeber erfolgt in diesen Fallgestaltungen außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG).

2) Änderungen im Arbeitsverhältnis

Änderungen der Höhe des Arbeitsentgelts im Berechnungszeitraum – wie z.B. der Wechsel von Teilzeit nach Vollzeit oder eine Gehaltserhöhung –, haben grundsätzlich keine Auswirkung auf den Berechnungszeitraum, sondern nur auf die Höhe des unter [3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“](#) zu meldenden Nettoarbeitsentgelts.

Sofern eine Änderung der Höhe des Arbeitsentgelts erst nach dem Berechnungszeitraum wirksam wird, ist die Änderung der Arbeitsentgelthöhe ab Wirksamkeit zu berücksichtigen. Wurde zuvor durch den Arbeitgeber bereits der DBMU an die Krankenkasse abgegeben, hat der Arbeitgeber die Krankenkasse außerhalb des DTA EEL über die Änderungen zu informieren.

3.11.13 Ende letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1

075-082	008	n	m	ENDE-1	Zeitraum – Ende Monat 1 jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------	-------------------------------------

Vgl. [3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“](#).

3.11.14 Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1

083-087	005	n	m	BEZAZ-1	Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	--

Sofern es sich um eine Arbeitnehmerin handelt, bei welcher das Arbeitsentgelt nach Stunden bemessen wird, sind hier die bezahlten Arbeitsstunden anzugeben. Sofern das Arbeitsentgelt nicht nach Stunden bemessen (Monats- bzw. Akkordlohn) ist, sind hier keine Daten anzugeben.

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die tatsächlich bezahlten Arbeitsstunden des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.15 Davon bezahlte Mehrarbeitsstunden Monat 1

088-092	005	n	m	MASTD-1	davon bezahlte Mehrarbeitsstunden Monat 1 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	--

Vgl. [3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“](#).

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die tatsächlich bezahlten Mehrarbeitsstunden des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.16 Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1

093-097	005	n	m	AZ-UNENT-STD-1	Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------------	---

Vgl. [3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“](#).

Hierbei handelt es sich um ein von der Arbeitnehmerin „verschuldetes Arbeitsversäumnis“, welches dem Tatbestand des unentschuldigtem Fernbleibens von der Arbeit entspricht. Hierbei handelt es sich um eine Wertung des Arbeitgebers.

Sofern es sich um eine Arbeitnehmerin handelt, bei welcher das Arbeitsentgelt nach Stunden bemessen wird, sind hier die unentschuldigten Arbeitsstunden anzugeben. Sofern das Arbeitsentgelt nicht nach Stunden bemessen (Monats- bzw. Akkordlohn) ist, sind hier keine Daten anzugeben, sondern die Tage unter [3.11.17 „Unbezahlte Arbeitstage unentschuldigt Monat 1“](#) anzugeben.

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die ggf. tatsächlich angefallenen unbezahlten und unentschuldigten Arbeitsstunden des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.17 Unbezahlte Arbeitstage unentschuldigt Monat 1

098-099	002	n	m	AZ-UNENT-TAGE-1	Unbezahlte Arbeitstage unentschuldigt Monat 1 Tage ohne Kommastellen
---------	-----	---	---	-----------------	---

Hier sind die unentschuldigten Arbeitstage unabhängig von der Entgeltart anzugeben. Sofern an Arbeitstagen noch teilweise gearbeitet wurde, sind diese Tage nicht als Fehltage zu berücksichtigen (siehe [3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“](#)).

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die ggf. tatsächlich angefallenen unbezahlten und unentschuldigten Arbeitstage des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.18 Unbezahlte Arbeitsstunden entschuldigt Monat 1

100-104	005	n	m	AZ-ENTSCH-STD-1	Unbezahlte Arbeitsstunden entschuldigt Monat 1 Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------------	---

Vgl. [3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“](#).

Hierzu zählen z.B. Kurzarbeit, unverschuldeter Arbeitsausfall (vom Arbeitgeber zu vertreten) oder unverschuldetes Arbeitsversäumnis (wie z.B. unbezahlter Urlaub). Hierbei handelt es sich um eine Wertung des Arbeitgebers.

Sofern es sich um eine Arbeitnehmerin handelt, bei welcher das Arbeitsentgelt nach Stunden bemessen wird, sind hier die entschuldigten Arbeitsstunden anzugeben. Sofern das Arbeitsentgelt nicht nach Stunden bemessen (Monats- bzw. Akkordlohn) ist, sind hier keine Daten anzugeben, sondern die Tage unter 3.11.19 „Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1“ anzugeben.

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die ggf. tatsächlich angefallenen unbezahlten und entschuldigten Arbeitsstunden des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.19 Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1

105-106	002	n	m	AZ-ENTSCH-TAGE-1	Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1 Tage ohne Kommastellen
---------	-----	---	---	------------------	---

Hier sind die entschuldigten Arbeitstage unabhängig von der Entgeltart anzugeben. Sofern an Arbeitstagen noch teilweise gearbeitet wurde, sind diese Tage nicht als Fehltage zu berücksichtigen (siehe 3.11.20 „Nettoarbeitsentgelt Monat 1“).

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe – z.B. durch eine Gehaltserhöhung oder Reduzierung der Arbeitsstunden – im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind hier weiterhin die ggf. tatsächlich angefallenen unbezahlten und entschuldigten Arbeitstage des jeweiligen Monats anzugeben.

3.11.20 Nettoarbeitsentgelt Monat 1

107-114	008	n	m	NETTO-1	Nettoarbeitsentgelt Monat 1 Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	---------	--

Das Nettoarbeitsentgelt ist grundsätzlich entsprechend 3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“ zu berechnen.

Die Besonderheiten bei der Berechnung von Mutterschaftsgeld sind:

- Regelung zum Übergangsbereich/ Entgeltumwandlung

Sowohl im Rahmen der Regelung zum Übergangsbereich (§ 20 SGB IV) als auch bei einer Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung (vgl. 3.5.7 „Beitragsfrei umgewandeltes lfd. Arbeitsentgelt der letzten 12 Monate“) ist von dem tatsächlich erzielten Nettoarbeitsentgelt auszugehen.

- **Teilarbeitstage**

Sofern an Arbeitstagen noch teilweise gearbeitet wurde, werden diese nicht als Fehltage berücksichtigt (s. 3.11.19 „Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1“). Etwaige Kürzungen des Arbeitsentgelts für diese Teiltage, die im Berechnungszeitraum wegen unverschuldeter Fehlzeiten (z.B. Kurzarbeit, Arbeitsausfall, unverschuldeten Arbeitsversäumnis) eintreten, bleiben unberücksichtigt. Für diese Tage ist daher das ungekürzte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 MuSchG).

- **Beginn einer Beschäftigung**

Liegt eine der unter 3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“ genannten Besonderheiten bezüglich des Beginns der Beschäftigung vor, ist hier nur das im zu bescheinigenden Zeitraum erzielte Nettoarbeitsentgelt zu bescheinigen. Ist die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts nicht möglich, so ist für den nicht beurteilbaren Zeitraum auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abzustellen.

Hat die Beschäftigung erst am Tag des Beginns der Schutzfrist oder während der Schutzfrist begonnen, besteht ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Die Meldung durch den Arbeitgeber erfolgt in diesen Fallgestaltungen außerhalb des DTA EEL (s. Anlage 3 GG).

Liegt eine unter 3.11.12 „Beginn letzter abgerechneter Kalendermonat vor Schutzfrist – Monat 1“ genannte Besonderheit vor, weshalb die Meldung für Monat 3 oder Monat 2 und 3 mit „Grundstellung“ erfolgt, ist hier ebenfalls Grundstellung für die entsprechenden Monate anzugeben.

- **Änderungen der Höhe des Arbeitsentgelts**

Änderungen der Höhe des Arbeitsentgelts im Berechnungszeitraum – wie z.B. der Wechsel von Teilzeit nach Vollzeit oder eine Gehaltserhöhung –, sind bei der Berechnung des Mutterschaftsgeldes für den gesamten Berechnungszeitraum zu berücksichtigen (§ 21 Abs. 4 MuSchG). Dies gilt auch, wenn die Änderung erst kurz vor Beginn der Schutzfrist eintritt und daher noch keine drei abgerechneten Kalendermonate vorliegen. Ist die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts danach nicht möglich, so ist für den nicht beurteilbaren Zeitraum auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar Beschäftigten abzustellen.

Sofern eine Änderung der Höhe des Arbeitsentgelts erst nach dem Berechnungszeitraum wirksam wird, ist die Änderung der Arbeitsentgelthöhe ab Wirksamkeit zu berücksichtigen. Wurde zuvor durch den Arbeitgeber bereits der DBMU an die Krankenkasse abgegeben, hat der Arbeitgeber die Krankenkasse außerhalb des DTA EEL über die Änderungen zu informieren.

Ergeben sich Änderungen der Arbeitsentgelthöhe im Berechnungszeitraum oder muss auf das Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person abgestellt werden, so sind in den Feldern

3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“ und 3.11.15 „Davon bezahlte Mehrarbeitsstunden Monat 1“ die tatsächlich bezahlten (Mehr-)Arbeitsstunden im Berechnungszeitraum sowie die tatsächlichen Fehltage bzw. Fehlstunden im Berechnungszeitraum in den Feldern 3.11.16 „Unbezahlte Arbeitsstunden unentschuldigt Monat 1“ bis 3.11.19 „Unbezahlte Arbeitstage entschuldigt Monat 1“ anzugeben und hier das entsprechend reduzierte Arbeitsentgelt zu melden.

Hinweis: Vom Abdruck der Stellen 115 bis 210 (Monat 2 und 3) wurde abgesehen.

3.11.21 Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

211- 214	004	n	m	AZ-WOECH	regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit Dezimalstunden mit 2 Nachkommastellen
-------------	-----	---	---	----------	--

Das Feld ist zu füllen, wenn es sich um einen Stundenlohn handelt und zusätzlich entschuldigte Fehlzeiten vorliegen. Dabei ist die Anzahl der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden maßgebend, die mit der Arbeitnehmerin ursprünglich vereinbart worden sind. Dies gilt auch dann, wenn die Arbeitnehmerin infolge der Schwangerschaft tatsächlich weniger gearbeitet hat.

Ändert sich die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit im Berechnungszeitraum dauerhaft, ist hier die geänderte vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit anzugeben.

Liegt keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor, ist hier „Grundstellung“ und unter 3.11.14 „Bezahlte Arbeitsstunden Monat 1“ immer für die Monate 1 – 3 die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden einzutragen.

3.12 Datenbaustein DBVO – Vorerkrankungszeiten

Die Vorerkrankungsanfrage (3.1.18 „Abgabegrund“ = „41“) darf nur dann durch den Arbeitgeber ausgelöst werden, wenn

- dem Arbeitgeber für die aktuelle Arbeitsunfähigkeit eine **Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorliegt**,
- **zusätzlich in den letzten 6 Monaten vor Beginn der aktuellen Arbeitsunfähigkeit mindestens eine bescheinigte** potentielle Vorerkrankung in Bezug auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit im Datenbestand vorliegt und
- die **kumulierten Zeiten** aller potentiellen Vorerkrankungen zusammen mit der aktuellen Arbeitsunfähigkeit zum Zeitpunkt der Meldung **mindestens 30 Tage** umfassen. Werden im Entgeltabrechnungssystem die Fehlzeiten mit einem offenen Ende verwaltet, ist zur Prüfung der Frist die AU mit einer Dauer von einer Woche in die Zukunft ab dem Tagesdatum zu beurteilen.

Bei der Anfrage sind durch den Arbeitgeber möglichst alle potentiellen Vorerkrankungen anzugeben. Dies bedeutet, dass alle Vorerkrankungen übermittelt werden, bei welchen zwischen dem Ende der vorhergehenden Erkrankung und dem Beginn der nachgehenden Erkrankung nicht mindestens 6 Monate vergangen sind. Hierbei ist bis zur erstmalig bescheinigten Erkrankung zurückzugehen (hierfür gilt keine zeitliche Begrenzung), welche keine Vorerkrankung innerhalb von 6 Monaten aufweist. Sofern der Arbeitnehmer aufgrund der Regelung im Entgeltfortzahlungsgesetz sich ohne Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung krankgemeldet hat, kann die Krankenkasse keine Beurteilung auf Anrechnung als Vorerkrankung vornehmen, da ihr keine Daten vorliegen.

Der Arbeitgeber stellt eine „Vorerkrankungsanfrage“ bei **gesetzlich krankenversicherten** Arbeitnehmern im elektronischen Datenaustausch, unabhängig vom Grund der Arbeitsunfähigkeit (Unfall, Krankheit, Rehabilitation etc.), bei der für die aktuelle AU zuständigen gesetzlichen Krankenkasse. Die Anfrage ist vor dem Versand jeweils individuell durch den Arbeitgeber auf Sinnhaftigkeit zu prüfen.

Sofern der Arbeitnehmer privat krankenversichert oder geringfügig beschäftigt ist, ist eine Vorerkrankungsanfrage im Rahmen des DTA EEL nicht möglich.

Die Rückmeldung durch die Krankenkasse beinhaltet mindestens die vom Arbeitgeber gemeldeten Arbeitsunfähigkeiten. Stellt die Krankenkasse bei der Prüfung weitergehende anrechenbare Arbeitsunfähigkeiten fest, werden diese entsprechend hinzugefügt.

Erfolgt die Meldung durch den Arbeitgeber für GKV-Versicherte Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Übergangsgeld (3.1.18 „Abgabegrund“ = „11“, „12“) und die Dauer der Entgeltfortzahlung wurde aufgrund von anrechenbaren Vorerkrankungen verkürzt (3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“ < 6 Wochen), ist der DBVO durch den Arbeitgeber für Zeiten der Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenversicherung **nur mit den durch die**

Krankenkassen mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ als „1“ = „anrechenbar“ festgestellten Zeiträumen der Vorerkrankungen zu übermitteln. Wurden von der Krankenkasse an den Arbeitgeber mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ Zeiten unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ als „5“ = „teilweise anrechenbar“ zurückgemeldet, sind dem Rentenversicherungsträger ebenfalls nur die anrechenbaren Teilzeiträume in den Feldern 3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ und 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“ zu übermitteln. Das Kennzeichen 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ ist in dem Fall mit „1“ = „anrechenbar“ zu füllen und die Felder 3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“ und 3.12.13 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende-„nn“ mit Grundstellung zurückzumelden.

3.12.1 Grund der Anforderung

005 - 005	001	N	M	GRUNDAV	Grund der Anforderung 1 = Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit 2 = Teilnahme an einer Leistung zur medizinischen Versorgung/Rehabilitation 3 = Übermittlung anrechenbarer Vorerkrankungen <u>bei Übergangsgeld</u>
-----------	-----	---	---	---------	---

Meldegrund „3“ ist nicht bei Übergangsfällen der BA und der UV zulässig, weil entsprechende Vorerkrankungszeiten keine Relevanz für den Übergangsgeldanspruch haben.

3.12.2 Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber

006- 013	008	N	M	AU-AB-AG	Beginn der Arbeitsunfähigkeit / Maßnahme beim Arbeitgeber jhjjmmtt
----------	-----	---	---	----------	--

Maßgebend ist der Tag aus der AU-Bescheinigung bzw. des Beginns der Krankenhausbehandlung bzw. der Maßnahme, welcher dem Arbeitgeber vorliegt. Bei der Rückmeldung durch den Sozialversicherungsträger ist hier der Wert des Arbeitgebers zu melden.

3.12.3 Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Sozialversicherungsträger

014-021	008	n	m	AU-AB-SV	Beginn der Arbeitsunfähigkeit / Maßnahme beim Sozialversicherungsträger jhjjmmtt
---------	-----	---	---	----------	---

Weicht der der Krankenkasse vorliegende Tag des Beginns der Arbeitsunfähigkeit/ Maßnahme von dem des Arbeitgebers unter [3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“](#) ab, so ist der der Krankenkasse vorliegende abweichende Tag hier anzugeben. Bei Meldung des Arbeitgebers ist hier nur die „Grundstellung“ (0) zulässig.

3.12.4 Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit

022-022	001	n	m	KZ-AK-AU	Kennzeichen <u>aktuelle</u> Arbeitsunfähigkeit 4 = AU-Meldung liegt nicht vor
---------	-----	---	---	----------	--

Sofern die Krankenkasse mit Kennzeichen „4“ antwortet, liegt dieser kein Arbeitsunfähigkeitsnachweis für die aktuelle Arbeitsunfähigkeit ([3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“](#)) vor. Zur Prüfung ist der Durchschlag des Arbeitsunfähigkeitsnachweises des Arbeitgebers der Krankenkasse zu übermitteln bzw. der Versicherte zur Vorlage aufzufordern. Die Übermittlung des Kennzeichens „4“ durch die Krankenkasse stellt daher lediglich eine Zwischennachricht dar.

Die Krankenkassen überprüfen regelmäßig nach Versand der Zwischennachricht, ob ein entsprechender Arbeitsunfähigkeitsnachweis eingegangen ist.

Liegt bei der erneuten Prüfung ein Nachweis über die Arbeitsunfähigkeit

- vor, wird ein neuer Datensatz mit „Grundstellung“ und aktualisierten Angaben unter 0,

- Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ übermittelt.
- **nicht** vor, wird kein weiterer Datensatz an den Arbeitgeber übermittelt. Für den Arbeitgeber bedeutet daher die fehlende Übermittlung eines neuen Datensatzes durch die Krankenkasse, dass dieser weiterhin kein AU-Nachweis vorliegt. Sofern innerhalb von 8 Wochen nach Eingang der Anfrage kein Eingang des AU-Nachweises bei der Krankenkasse erfolgt ist und weiterhin eine Klärung des Sachverhaltes erforderlich erscheint, ist der Zeitraum durch den Arbeitgeber neu anzufragen.

Eine Stornierung des bisher abgesetzten Datensatzes erfolgt nur, wenn sich neben dem Kennzeichen „4“ in diesem Feld auch weitere Angaben verändern. Als weitere Veränderung die zu einer Stornierung führen, zählen jedoch nicht die aktualisierten Angaben unter 0.

Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ und 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“, wenn die Werte ebenfalls als Zwischennachricht mit dem Kennzeichen „3“ oder „4“ übermittelt wurden.

Bei Meldung des Arbeitgebers ist hier nur die „Grundstellung“ zulässig.

3.12.5 Anzahl der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeiten

023-024	002	n	M	ANZAHL-AU	Anzahl der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeiten im Datenbaustein in der Form: „nn“ Es folgen die Felder gemäß der Anzahl „nn“.
---------	-----	---	---	-----------	--

Hier ist die Anzahl der anzufragenden Vorerkrankungen durch den Arbeitgeber anzugeben. Bei der Rückmeldung durch die Krankenkasse ist hier mindestens die Anzahl an Arbeitsunfähigkeiten anzugeben, welche der Arbeitgeber gemeldet hat. Stellt die Krankenkasse bei der Prüfung weitergehende anrechenbare Arbeitsunfähigkeiten fest, sind diese entsprechend hinzuzufügen.

Erfolgt die Übermittlung der anrechenbaren Vorerkrankungen im Zusammenhang mit Übergangsgeld (3.12.1 „Grund der Anforderung“ =“3“), sind hier die im Vorfeld durch die Krankenkasse dem Arbeitgeber übermittelten anrechenbaren Vorerkrankungen zu übermitteln. Nicht anrechenbare Zeiträume (auch Teilzeiträume) dürfen nicht berücksichtigt werden.

Hinweis: Die folgenden Felder (025-074) wiederholen sich entsprechend der Anzahl „nn“ im Feld ANZAHL-AU.

3.12.6 Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“

025-032	008	n	M	BEGINN-AU-„nn“	Vorherige Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-AU-„nn“ jhjmmmtt
---------	-----	---	---	----------------	---

Hier sind vom Arbeitgeber die weiteren Arbeitsunfähigkeitszeiten anzugeben, welche durch die Krankenkasse auf ihre Anrechenbarkeit auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit geprüft werden sollen. Die Arbeitsunfähigkeitszeiten sind chronologisch, beginnend mit der aktuellsten Arbeitsunfähigkeit in Bezug auf 3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“, ein-

zugeben. Arbeitsunfähigkeiten, zwischen welchen mehr als 6 Monate eine Arbeitsfähigkeit bestand, können nicht angerechnet werden, weshalb diese bei der Anfrage nicht zu berücksichtigen sind. Bei Meldung die Krankenkasse ist hier der Wert und die übersandte Reihenfolge der Arbeitsunfähigkeitszeiträume des Arbeitgebers zu übernehmen. Stellt die Krankenkasse bei der Prüfung weitergehende anrechenbare Arbeitsunfähigkeiten fest, sind diese entsprechend nach den bisher vom Arbeitgeber gemeldeten Zeiträumen anzufügen.

Erfolgt die Übermittlung der anrechenbaren Vorerkrankungen im Zusammenhang mit Übergangsgeld (3.12.1 „Grund der Anforderung“ =“3“), sind hier die im Vorfeld durch die Krankenkasse dem Arbeitgeber übermittelten anrechenbaren Vorerkrankungen zu übermitteln. Nicht anrechenbare Zeiträume (auch Teilzeiträume) dürfen nicht berücksichtigt werden. Wurden von der Krankenkasse dem Arbeitgeber im Vorfeld Zeiträume von Vorerkrankungen mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ Zeiten unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn““ als „5“ = „teilweise anrechenbar“ zurückgemeldet, sind dem Rentenversicherungsträger ebenfalls nur die anrechenbaren Teilzeiträume in den Feldern 3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn „nn““ und 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende „nn““ zu übermitteln. Das Kennzeichen 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn““ ist in dem Fall mit „1“ = „anrechenbar“ zu füllen und die Felder 3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn““ und 3.12.13 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn““ mit Grundstellung zurückzumelden.

3.12.7 Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende „nn“

033-040	008	N	M	ENDE-AU-„nn“	Vorherige Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende-AU-„nn“ jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------------	--

Siehe 3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn „nn““.

3.12.8 Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“

041-041	001	n	M	KZ-NACHWEIS „nn“	Kennzeichen Arbeitsunfähigkeitsnachweis 1 = liegt vollständig vor 2 = liegt teilweise vor 4 = liegt nicht vor
---------	-----	---	---	------------------	--

Hier ist von der Krankenkasse anzugeben, ob für den zu prüfenden Zeitraum der Arbeitsunfähigkeit ([3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“](#) - [3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“](#)) Nachweise vorliegen.

Hieraus ergeben sich für die Praxis folgende Absprachen zum Umgang mit den Rückmeldungen:

Rückmeldung	Bedeutung
1	Der Krankenkasse liegen für den gesamten vom Arbeitgeber angefragten Arbeitsunfähigkeitszeitraum Nachweise über das Vorliegen einer Arbeitsunfähigkeit vor.
2	Der Krankenkasse liegen nur teilweise für den vom Arbeitgeber angefragten Arbeitsunfähigkeitszeitraum Nachweise über das Vorliegen der Arbeitsunfähigkeit vor. Die Darstellung des Zeitraums der nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeit erfolgt unter <u>0</u> „ Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“ - 3.12.10 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende-„nn“).
4	Sofern die Krankenkasse mit Kennzeichen „4“ antwortet, liegt dieser keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für diese Vorerkrankung (3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ - 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“) vor. Zur Prüfung ist der Durchschlag der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des Arbeitgebers der Krankenkasse zu übermitteln bzw. der Versicherte zur Vorlage aufzufordern. Die Übermittlung des Kennzeichens „4“ durch die Krankenkasse stellt daher lediglich eine Zwischennachricht dar.

	<p>Liegt auch die aktuelle Arbeitsunfähigkeit nicht vor (3.12.4 „<u>Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit</u>“ = „4“), dann erfolgt eine erneute Prüfung erst nach Vorlage des Nachweises für die aktuelle Arbeitsunfähigkeit.</p> <p>Liegt der Krankenkasse die aktuelle Arbeitsunfähigkeit vor, wird regelmäßig nach Versand der Zwischennachricht überprüft, ob ein entsprechender Arbeitsunfähigkeitsnachweis eingegangen ist.</p> <p>Liegt bei der erneuten Prüfung ein Nachweis über die Arbeitsunfähigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • vor, wird ein neuer Datensatz mit Kennzeichen „Grundstellung“ und aktualisierten Angaben unter <u>0</u>„ • <u>Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“</u> übermittelt. • nicht vor, wird kein weiterer Datensatz an den Arbeitgeber übermittelt. Für den Arbeitgeber bedeutet daher die fehlende Übermittlung eines neuen Datensatzes durch die Krankenkasse, dass dieser weiterhin kein AU-Nachweis vorliegt. Sofern innerhalb von 8 Wochen nach Eingang der Anfrage kein Eingang des AU-Nachweises bei der Krankenkasse erfolgt ist und weiterhin eine Klärung des Sachverhaltes erforderlich erscheint, ist der Zeitraum durch den Arbeitgeber neu anzufragen.
--	--

Eine Stornierung des bisher abgesetzten Datensatzes erfolgt nur, wenn sich neben dem Kennzeichen „4“ in diesem Feld auch weitere Angaben verändern. Als weitere Veränderung die zu einer Stornierung führen, zählen jedoch nicht die aktualisierten Angaben unter 3.12.4 „Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit“ und 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ , wenn die Werte ebenfalls als Zwischennachricht mit dem Kennzeichen „3“ oder „4“ übermittelt worden waren.

Bei Meldung des Arbeitgebers ist hier nur die „Grundstellung“ zulässig.

3.12.9 Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“

042-049	008	n	m	TEIL-NACHWEIS-AU-BEGINN-„nn“	Teilzeitraum der nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeit Beginn “nn“ Jhjjmmtt
---------	-----	---	---	------------------------------	--

Liegt der Krankenkasse nur teilweise (0„

Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ = „2“) für den Arbeitsunfähigkeitszeitraum (3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ – 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“) ein Nachweis vor, ist hier der Beginn des Zeitraums anzugeben, für welchen eine Bescheinigung vorlag.

Sofern dem Arbeitgeber für den der Krankenkasse nicht vorliegenden Zeitraum eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorliegt, ist zur Prüfung der Durchschlag der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung der Krankenkasse zu übermitteln bzw. der Versicherte zur Vorlage aufzufordern. Sofern der Krankenkasse ein Nachweis für diesen Teil des angefragten Arbeitsunfähigkeitszeitraums nachgereicht wird, wird die bisherige Meldung der Krankenkasse storniert und neu gemeldet. Sofern innerhalb von 8 Wochen nach Versand der Anfrage kein Eingang des AU-Nachweises bei der Krankenkasse erfolgt ist und weiterhin eine Klärung des Sachverhaltes erforderlich erscheint, ist der Zeitraum durch den Arbeitgeber neu anzufragen.

Liegt dem Arbeitgeber für den der Krankenkasse nicht vorliegenden Zeitraum ebenfalls keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor, kann eine weitere Prüfung durch diesen nicht erfolgen.

Ist im Feld 0 „

Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ kein Kennzeichen „2“ gegeben oder erfolgt die Meldung durch den Arbeitgeber, ist hier nur die „Grundstellung“ zulässig.

3.12.10 Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende-„nn“

050-057	008	n	m	TEIL-NACHWEIS-AU-ENDE-„nn“	Teilzeitraum der nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeit Ende „nn“ Jhjjmmtt
---------	-----	---	---	----------------------------	--

Siehe 3.12.9 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“.

3.12.11 Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“

058-058	001	n	M	KZ-AU-„nn“	Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit 1 = anrechenbare Zeiten 2 = keine Anrechnung 3 = Prüfung der AU 5 = teilweise Anrechnung
---------	-----	---	---	------------	---

Hier ist von der Krankenkasse anzugeben, ob der zu beurteilende Zeitraum der Arbeitsunfähigkeit (3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ - 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“) auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit anrechenbar ist. Liegen der Krankenkasse nur teilweise Nachweise für die Arbeitsunfähigkeit vor (0 „

Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ = „2“), erfolgt die Angabe für den Zeitraum 3.12.9 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn““ – 3.12.10 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn““).

Hieraus ergeben sich für die Praxis folgende Absprachen zum Umgang mit den Rückmeldungen:

Rückmeldung	Bedeutung
1	Die Krankenkasse hat den vorliegenden Arbeitsunfähigkeitsnachweis abschließend auf Anrechnung geprüft und teilt mit, dass dieser auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit (<u>3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“</u>) anrechenbar ist.
2	Die Krankenkasse hat den vorliegenden Arbeitsunfähigkeitsnachweis abschließend auf Anrechnung geprüft und teilt mit, dass dieser auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit (<u>3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“</u>) nicht anrechenbar ist.
3	Die Krankenkasse hat den vorliegenden Arbeitsunfähigkeitsnachweis geprüft und teilt mit, dass bisher eine abschließende Prüfung der Anrechnung auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit (<u>3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“</u>) nicht abschließend erfolgen konnte (z.B. Arztanfrage oder MDK–Beurteilung notwendig). Die Krankenkasse übermittelt nach Abschluss der Prüfung des Zeitraums erneut einen Datensatz mit aktualisiertem Kennzeichen an den Arbeitgeber. Eine Stornierung des bisher abgesetzten Datensatzes erfolgt nur, wenn sich neben dem Kennzeichen „3“ in diesem Feld auch weitere Angaben verändern. Als weitere Veränderung, die zu einer Stornierung führen, zählen jedoch nicht die aktualisierten Angaben unter <u>3.12.4 „Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit“</u> und <u>0 „Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn““</u> , wenn die Werte ebenfalls als Zwischennachricht mit dem Kennzeichen „4“ übermittelt worden waren.
5	Die Krankenkasse hat den Arbeitsunfähigkeitszeitraum abschließend auf Anrechnung geprüft und teilt mit, dass dieser auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit (<u>3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“</u>) teilweise anrechenbar ist. Die Darstellung des anrechenbaren Zeitraums erfolgt unter <u>3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn““</u> – <u>3.12.13 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn““</u> .

Liegt der Krankenkasse kein Nachweis über die aktuelle Arbeitsunfähigkeit vor (3.12.4 „Kennzeichen aktuelle Arbeitsunfähigkeit“ = „4“), kein Nachweis über die zu prüfende Vorerkrankung (3.12.8 „

Kennzeichen Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit „nn“ = „4“ vor, konnte die Prüfung der Anrechenbarkeit nicht abgeschlossen werden (3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ = 3) oder erfolgt die Übermittlung des Datensatzes bei Anforderung durch den Arbeitgeber, ist hier nur die „Grundstellung“ zulässig.

Im Zusammenhang mit der Meldung von Vorerkrankungszeiten bei Übergangsgeld (3.1.18 „Abgabegrund“ = „11“ oder „12“) ist lediglich das Kennzeichen „1“ zu verwenden, weil ausschließlich anrechenbare Zeiten übermittelt werden dürfen. Wurden von der Krankenkasse an den Arbeitgeber mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ Zeiten unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ als „5“ = „teilweise anrechenbar“ zurückgemeldet, sind dem Rentenversicherungsträger ebenfalls nur die **anrechenbaren Teilzeiträume** in den Feldern 3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ und 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn“ zu übermitteln. Das Kennzeichen 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ ist in dem Fall mit „1“ = „anrechenbar“ zu füllen und die Felder 3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“ und 3.12.13 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende-„nn“ mit Grundstellung zurückzumelden.

3.12.12 Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“

059-066	008	n	m	TEIL-ANR-AU-BE-GINN-„nn“	Teilweise anrechenbarer Zeitraum vorherige Arbeitsunfähigkeit Beginn-AU-“nn“ jhjmmmtt
---------	-----	---	---	--------------------------	--

Sofern die Krankenkasse den Arbeitsunfähigkeitszeitraum (3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn „nn“ - 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende „nn““) oder bei nur teilweise vorliegenden Nachweisen den Arbeitsunfähigkeitszeitraum (3.12.9 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Beginn-„nn“ - 3.12.10 „Teilweiser Nachweis der zu prüfenden Arbeitsunfähigkeit Zeitraum-Ende-„nn““) abschließend auf Anrechnung geprüft hat und dieser auf die aktuelle Arbeitsunfähigkeit (3.12.2 „Beginn der Arbeitsunfähigkeit/Maßnahme beim Arbeitgeber“) nur teilweise anrechenbar ist (Angabe unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ = „5“), ist hier der Beginn des anrechenbaren Zeitraums anzugeben.

Sind unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ die Kennzeichen „1“, „2“ oder „3“ angegeben oder erfolgt die Meldung durch den Arbeitgeber, ist hier nur die „Grundstellung“ zulässig.

Erfolgt die Meldung für GKV-Versicherte Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Übergangsgeld (3.1.18 „Abgabegrund“ = „11“, „12“), ist der DBVO durch den Arbeitgeber **nur** mit den durch die Krankenkassen mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ als „1“ = „anrechenbar“ festgestellten Zeiträumen der Vorerkrankungen zu übermitteln.

Wurden von der Krankenkasse an den Arbeitgeber mit 3.1.18 „Abgabegrund“ = „61“ Zeiten unter 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn“ als „5“ = „teilweise anrechenbar“ zurückgemeldet, sind dem Rentenversicherungsträger ebenfalls nur die anrechenbaren Teilzeiträume in den Feldern 3.12.6 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn „nn““ und 3.12.7 „Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende „nn““ zu übermitteln. Das Kennzeichen 3.12.11 „Kennzeichen Arbeitsunfähigkeit „nn““ ist in dem Fall mit „1“ = „anrechenbar“ zu füllen und die Felder 3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn““ und 3.12.13 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn““ mit Grundstellung zurückzumelden.

3.12.13 Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Ende–„nn“

067-074	008	n	m	TEIL-ANR-AU-ENDE-„nn“	Teilweise anrechenbarer Zeitraum vorherige Arbeitsunfähigkeit Ende-AU-“nn“ Jhjjmmtt
---------	-----	---	---	-----------------------	--

3.12.12 „Teilweise anrechenbare Arbeitsunfähigkeit Zeitraum–Beginn–„nn““

3.13 Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung

Bei Angabe eines Betrages größer „Grundstellung“ unter 3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“ oder 3.11.7 „Teilweise Zahlung von Netto-Arbeitsentgelt über den letzten bezahlten Tag vor Beginn der Schutzfrist hinaus“ oder bei Angabe „J“ unter 3.1.17 „Rückmeldung der Entgeltersatzleistung“ durch den Arbeitgeber übermittelt der Sozialleistungsträger die Höhe der Entgeltersatzleistung an den Arbeitgeber zur Feststellung, ob und ggf. in welcher Höhe das weitergezahlte Arbeitsentgelt beitragspflichtig ist.

Verändert sich die Höhe der Entgeltersatzleistung während des laufenden Bezugs der Entgeltersatzleistung z.B. aufgrund einer Dynamisierung, benötigt der Arbeitgeber eine erneute Meldung über den Zeitpunkt und die Höhe der veränderten Entgeltersatzleistung, um die Beitragspflicht erneut zu prüfen. In diesen Fällen ist der Arbeitgeber entsprechend außerhalb des Datenaustausches durch den Sozialversicherungsträger zu informieren.

Liegt eine Mehrfachbeschäftigung des Arbeitnehmers bzw. bei Mutterschaftsgeld mehrere Beschäftigungen der Arbeitnehmerin (unabhängig von der SV-Pflicht) vor, meldet der Sozialversicherungsträger jedem Arbeitgeber die jeweils dem Arbeitsentgelt entsprechende anteilige Höhe der Entgeltersatzleistung (siehe auch Gemeinsames Rundschreiben zum Krankengeld nach § 44 SGB V und Verletztengeld nach § 45 SGB VII, unter Punkt „Krankengeldberechnung bei Mehrfachbeschäftigten“).

Im Datenaustausch zwischen RV und KV zu § 69 SGB IX ist vorgesehen, dass bei einem Wechsel der Entgeltersatzleistung der Arbeitgeber auch vom zweiten Leistungsträger einen DBHE über die Höhe der Entgeltersatzleistung übermittelt bekommt, wenn er die Rückmeldung angefordert hat. Arbeitgeber müssen daher einen weiteren DBHE des zweiten Sozialversicherungsträgers verarbeiten und einen erneuten DBBE versenden können.

In Fällen, in denen die Krankenkassen den DBHE übermittelt haben, ist – sofern erforderlich – vom Arbeitgeber der DBBE zurückzusenden. Der DBBE ist **nicht** an den RVT zurückzusenden.

Für die Adressierung des Arbeitgebers durch den zweitleistenden SV-Träger werden die Felder „AKTENZEICHEN-VERURSACHER“ aus dem 3.19 „Datenbaustein DBID – Identifikationsdaten“ DBID, sowie 3.1.2 „Absendernummer“ durch die SV-Träger ausgetauscht.

3.13.1 Beginn der Zahlung

005-012	008	n	M	ZAHL-BEGINN	Beginn der Zahlung jhjmmmtt
---------	-----	---	---	-------------	--------------------------------

Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgelersatzleistung

Hier ist der Beginn der Zahlung der Entgelersatzleistung durch den Sozialversicherungsträger anzugeben. Hierbei sind folgende Besonderheiten zu beachten:

Hat der Arbeitgeber die Rückmeldung der Höhe der Entgelersatzleistung (3.1.17 „Rückmeldung der Entgelersatzleistung“ Angabe = „I“) gefordert, es erfolgte jedoch

- kein Leistungsbezug
Dies kann aufgrund einer fehlenden Vorlage der AU; eines bereits ausgeschöpften Höchstanspruchs von KIKG, einer fehlenden Beantragung etc. auftreten. Als Beginn der Zahlung der Entgelersatzleistung ist hier das Datum des theoretischen ersten Leistungstages anzugeben. Dies ist entsprechend der Entgelersatzleistung der Tag nach 3.4.1 „AU/med. Leist./LT ab“ bzw. 3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“, 3.9.2 „Beginn Freistellung“ bzw. 3.9.9 „Ende bezahlte Freistellung im Freistellungszeitraum“ oder 3.11.1 „Beginn der Schutzfrist“ bzw. 3.11.3 „Letzter SV-Tag vor der Entbindung“. Wird nachträglich die Leistung gewährt, ist der DBHE durch den SV-Träger entsprechend zu stornieren und neu zu melden.
- ein verspäteter Leistungsbezug
Erfolgt Leistungsgewährung ausschließlich verspätet, z.B. AU zu spät eingereicht, freiwillige Weiterarbeit während der Schutzfrist vor der Entbindung, Ruhen des Leistungsanspruchs wegen Entgeltfortzahlung, Ruhen wegen bezahlter Freistellung bei KIKG, etc. ist hier der tatsächliche Zahlungsbeginn anzugeben.
- eine Veränderung der Leistungshöhe
Veränderungen der Höhe der Entgelersatzleistung (z.B. Dynamisierungen oder Unterbrechung) werden dem Arbeitgeber vom SV-Träger außerhalb des DTA EEL übermittelt (Anlage 3 GG).

3.13.2 Höhe tägliche Entgelersatzleistung brutto

013-020	008	n	m	EEL-BRUTTO	Höhe der täglichen Entgelersatzleistung brutto Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------------	--

Erfolgt die Rückmeldung der Krankenkasse für Mutterschaftsgeld, weil z.B. mehrere Beschäftigungen für die Arbeitnehmerin vorliegen, so ist hier nur „Grundstellung“ zulässig, weil für Mutterschaftsgeld lediglich ein Nettobetrag vorliegt.

Datenbaustein DBHE – Höhe der Entgeltersatzleistung

Erfolgt die Rückmeldung der Rentenversicherung für Übergangsgeld, sind die gemeldeten Brutto- und Nettobeträge regelmäßig gleich, weil die Rentenversicherung kein "Brutto-Übergangsgeld" kennt. Abweichende Beträge sind nur dann möglich, wenn ein Beitragszuschlag für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung gezahlt wird.

Erfolgt die Rückmeldung im Zusammenhang mit einem fehlenden Leistungsbezug (siehe 3.13.1 „Beginn der Zahlung“), ist hier ein als Leistungshöhe 0,00 € (Angabe „00000000“) zu melden.

Werden Entgeltersatzleistungen (mit Ausnahme vom Mutterschaftsgeld) für einen ganzen Monat gezahlt, ist der Monat mit 30 anzusetzen. Mutterschaftsgeld wird für die tatsächlichen Kalendertage eines Monats gezahlt.

3.13.3 Höhe tägliche Entgeltersatzleistung netto

021-028	008	n	M	EEL-NETTO	Höhe der täglichen Entgeltersatzleistung netto Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------	--

Siehe 3.13.2 „Höhe tägliche Entgeltersatzleistung brutto“.

3.14 Datenbaustein DBBE – Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 23c SGB IV)

Der Sozialleistungsträger erhält vom Arbeitgeber eine Meldung über die Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen, wenn dieses zusammen mit dem Kranken-/Versorgungskranken-/Verletztengeld bzw. Kranken-/Verletztengeld bei **schwerster** Erkrankung des Kindes, dem Übergangsgeld sowie dem Mutterschaftsgeld das Vergleichs-Nettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR übersteigt (vgl. 3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“). Eine Meldung hat bei „normalem“ Kinderkranken- bzw. Kinderverletztengeld nicht zu erfolgen, weil das weitergewährte Arbeitsentgelt bereits bei der Ermittlung des ausgefallenen Arbeitsentgelts Berücksichtigung findet. Ist das weitergezahlte Arbeitsentgelt nicht beitragspflichtig, informiert der Arbeitgeber den Sozialleistungsträger lediglich dann, wenn er unter 3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“ einen Betrag größer „Grundstellung“ gemeldet hat, damit die Auszahlung der ungekürzten Entgeltersatzleistung vorgenommen werden kann (ggf. auch Meldung mit dem Wert „0“). Liegt eine Mehrfachbeschäftigung des Arbeitnehmers bzw. bei Mutterschaftsgeld mehrere Beschäftigungen der Arbeitnehmerin (unabhängig von der SV-Pflicht) vor, ist bilateral zwischen den Arbeitgebern bei der Prüfung abzustimmen, ob durch die weitergewährten Arbeitsentgelte zusammen das Vergleichsnettoarbeitsentgelt um 50,00 EUR überschritten wird. Liegt Beitragspflicht für das weitergezahlte Arbeitsentgelt vor, meldet jeder Arbeitgeber die Höhe seines anteilig weitergezahlten Arbeitsentgelts an den Sozialversicherungsträger.

Eine Änderung der weitergewährten Leistung bleibt ohne Einfluss auf eine bisherig abgesetzte Meldung. Erst wenn eine arbeitgeberseitige Leistung wegfällt oder hinzukommt, sowie bei Änderung der Sozialleistungsart findet eine neue Feststellung mit den aktuellen Beträgen statt (Gemeinsames Rundschreiben der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zur beitragsrechtliche Behandlung von arbeitgeberseitigen Leistungen während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen [Sozialleistungen] – Sonstige nicht beitragspflichtige Einnahmen nach § 23c SGB IV – vom 13. November 2007, Abschnitt 3.2). In diesen Fällen ist der Leistungsträger entsprechend außerhalb des Datenaustausches zu informieren.

3.14.1 Beginn der Zahlung

005-012	008	n	M	ZAHL-BEGINN	Beginn der Zahlung jhjmmmtt
---------	-----	---	---	-------------	--------------------------------

3.14.2 Höhe monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen brutto

013-020	008	n	M	BEITRPFL-BRUTTO	Höhe der monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen brutto Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------------	---

Wird Arbeitsentgelt während der Entgeltersatzleistung weitergezahlt und hierdurch das Vergleichsnettoarbeitsentgelt um mehr als 50,00 EUR überstiegen (vgl. [3.5.1 „Bruttoarbeitsentgelt mtl. während Bezug Entgeltersatzleistungen“](#)), ist hier der monatliche Bruttobetrag des gesamten weitergezahlten laufenden Arbeitsentgelts zu melden. Der monatliche Wert des weitergezahlten laufenden Arbeitsentgelts ist fiktiv auf Basis eines Monats zu ermitteln, in welchem vollständig eine Entgeltersatzleistung gezahlt wird.

3.14.3 Höhe der monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen netto

021-028	008	n	M	BEITRPFL-NETTO	Höhe der monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen netto Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------------	--

Hier ist das Nettoarbeitsentgelt anzugeben, welches sich aus dem unter [3.14.2 „Höhe monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen brutto“](#) angegebenen Betrag ergibt.

Zur Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts vgl. [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#).

Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe

3.15 Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe

3.15.1 Beginn des Beschäftigungsverhältnisses

005-012	008	n	M	BV-SEIT	Beginn des Beschäftigungsverhältnisses Jhjjmmtt
---------	-----	---	---	---------	--

Vgl. [3.11.2 „Beginn des Beschäftigungsverhältnisses“](#).

3.15.2 Beschäftigt bis

013-020	008	n	M	BV-BIS	Beschäftigt bis jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------	-----------------------------

Hier ist das Datum anzugeben, bis zu dem der Arbeitnehmer beschäftigt war.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten (z.B. Kündigung der Mitarbeiterin zu einem späteren Zeitpunkt), ist eine Neumeldung des Datensatzes nicht erforderlich.

3.15.3 Beschäftigt als

021-050	030	an	M	BV-ALS	Beschäftigt als
---------	-----	----	---	--------	-----------------

Hier erfolgen möglichst genaue Angaben zur Tätigkeit am Ende des Bemessungszeitraumes. Angabe kann durch die fünfstellige laufende Nummer (LFDNR) der Berufsbezeichnung (Tabelle 1.1 der Klassifizierung der Berufe 2010) erfolgen.

Die Daten sind ausgehend vom Meldezeitpunkt zu beurteilen. Kommt es nach dem Meldezeitpunkt zu einer Veränderung der Daten, ist eine Neumeldung des Datensatzes nicht erforderlich.

Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe

3.15.4 Berufsausbildungsverhältnis

051-051	001	an	M	AUSBVERH	Handelt es sich um ein Ausbildungsverhältnis N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	----------	--

Berufsausbildungsverhältnisse werden über die Personengruppenschlüssel nach der DEÜV 102 bzw. 141 abgebildet. Maßgebend ist der Status am Ende des Bemessungszeitraumes.

3.15.5 Entgeltfortzahlung weniger als 6 Wochen wegen Vorerkrankung

052-052	001	an	m	VORER	Besteht aufgrund von Vorerkrankungen für weniger als 6 Wochen EFZ N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	-------	---

Wenn wegen Vorerkrankung aufgrund derselben Krankheit der Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts weniger als 6 Wochen beträgt, ist grundsätzlich das „Ja“ zu melden. Wird mit „J“ geantwortet, sind die anrechenbaren Vorerkrankungen zwingend mit dem DBVO zusätzlich zu melden.

Wurde ein Datensatz bereits vor dem 28.02.2020 in der Version 9 mit Angabe „J“ und dem Wert „99999999“ in den zwischenzeitlich entfallenen Feldern „VORER-BEGINN-1“, „VORER-ENDE-1“, „VORER-BEGINN-2“ und „VORER-ENDE-2“ an die Krankenkasse übermittelt, weil mehr als zwei Vorerkrankungen vorlagen, und muss der Datensatz aufgrund Veränderungen storniert und neu gemeldet werden, ist hier ein „N“ anzugeben. Hintergrund ist, dass durch die Angabe der „99999999“ sichergestellt wurde, dass der Sozialleistungsträger zur Klärung bereits Kontakt mit dem Arbeitgeber aufgenommen hat. Von einer Übermittlung der Vorerkrankungen kann in diesen Fallgestaltungen daher abgesehen werden.

Erfolgt die Übermittlung des Datensatzes mit Angabe unter [3.1.18 „Abgabegrund“](#) = „22“ oder „31“, ist hier nur Grundstellung zulässig.

3.15.6 Weitergezahlte vermögenswirksame Leistungen Arbeitgeber

Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe

053-058	006	n	m	VWL	Während LT weitergezahlte vermögenswirksame Leistungen (monatlicher Betrag) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----	---

Sofern vermögenswirksame Leistungen über den in [3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“](#) genannten Tag hinaus weitergezahlt werden, sind diese zu melden.

3.15.7 Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (mtl. Gesamtbetrag brutto)

059-066	008	n	m	BRUTTO-SB	Während LT weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (monatlicher Gesamtbetrag brutto) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------	--

Sofern Sachbezüge und Arbeitsentgelte über den in [3.4.3 „Weitergezahltes Arbeitsentgelt bei AU/med. Leist./LT bis“](#) genannten Tag hinaus weitergezahlt werden, sind diese zu melden. Hier sind auch die Arbeitsentgelte anzugeben, die das Vergleich-Nettoarbeitsentgelt nicht um mindestens 50,00 EUR überschreiten.

3.15.8 Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (mtl. Gesamtbetrag netto)

067-074	008	n	m	NETTO-SB	Während LT weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte (monatlicher Gesamtbetrag netto) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	----------	---

Hier ist das Nettoarbeitsentgelt anzugeben, welches sich aus dem unter [3.15.7 „Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte \(mtl. Gesamtbetrag brutto\)“](#) angegebenen Betrag ergibt. Zur Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts vgl. unter Punkt [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#). Vgl. [3.15.7 „Weitergezahlte Sachbezüge und Teilarbeitsentgelte \(mtl. Gesamtbetrag brutto\)“](#).

3.15.9 Verzicht auf Beitragsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung

075-075	001	an	m	MM-VERZICHT-BEI-TRAGSFREI	Verzicht auf Beitragsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	---------------------------	---

Hier wird die Frage beantwortet, ob der Arbeitnehmer bei geringfügig entlohnter Beschäftigung auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung verzichtet hat. Maßgebend ist der Kalendermonat vor Beginn der Leistung.

Erfolgt die Übermittlung des Datensatzes mit Angabe unter [3.1.18 „Abgabegrund“](#) = „22“ oder „31“, ist hier nur „Grundstellung“ zulässig.

3.15.10 Arbeitsentgelt im Übergangsbereich

076-076	001	an	M	AE-UEBERGANGSBE-REICH	Arbeitsentgelt im Übergangsbereich N = Nein J = Ja
---------	-----	----	---	-----------------------	--

Anzugeben ist, ob der Arbeitgeber bei der Zahlung des Arbeitsentgelts die Besonderheiten des Übergangsbereiches (§ 20 SGB IV) berücksichtigt hat. Maßgebend für die Beurteilung der Anwendung des Übergangsbereiches ist der dem gemeldeten Arbeitsentgelt zu Grunde gelegte Entgeltabrechnungszeitraum.

Erfolgt die Übermittlung des Datensatzes mit Angabe unter [3.1.18 „Abgabegrund“](#) = „22“ oder „31“, ist hier nur „Grundstellung“ zulässig.

3.15.11 Rechtskreis der Betriebsstätte

077-077	001	an	M	RECHTSKREIS	Angabe des Rechtskreises der Betriebsstätte W = West O = Ost
---------	-----	----	---	-------------	--

Hier ist das Kennzeichen der Betriebsstätte (Rechtskreis) anzugeben:

Datenbaustein DBLT – Zusatzdaten für die Berechnung des Übergangsgeldes bei Leistungen zur Teilhabe

(W = altes Bundesland inkl. des ehem. Westteils von Berlin, O = neues Bundesland inklusive des ehem. Ostteils von Berlin). Maßgebend ist der Rechtskreis, in welchem die Beschäftigung im Bemessungszeitraum überwiegend bestanden hat.

Erfolgt die Übermittlung des Datensatzes mit Angabe unter 3.1.18 „Abgabegrund“ = „22“, ist hier nur „Grundstellung“ zulässig.

3.16 Datenbaustein DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute

3.16.1 An Bord/im Ausland arbeitsunfähig ab

005-012	008	n	M	AU-BORD	An Bord/im Ausland bereits arbeitsunfähig ab jhjjmmtt
---------	-----	---	---	---------	--

Hier ist der Zeitpunkt anzugeben, ab dem bereits im Ausland bzw. an Bord AU bestand.

3.16.2 Arbeitsunfähig im Inland eingetroffen am

013-020	008	n	M	AU-INLAND	Arbeitsunfähig im Inland eingetroffen am jhjjmmtt
---------	-----	---	---	-----------	--

Meldung des Tages, an dem der Arbeitsunfähige im Inland eingetroffen ist.

3.16.3 Urlaubsanspruch bei Ende Beschäftigungsverhältnis

021-022	002	n	M	U-ANSPRUCH	Bei Ende des Beschäftigungsverhältnisses bestand ein Urlaubsanspruch für Anzahl der Tage
---------	-----	---	---	------------	--

3.16.4 Verlängerung Beschäftigungsverhältnis von

023-030	008	n	M	VERLAENG-VON	Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses von jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------------	--

Jedes Heuverhältnis verlängert sich grundsätzlich um den erworbenen Urlaub, vergleiche § 25 Manteltarifvertrag für die deutsche Seeschifffahrt (MTV). Sofern der MTV – See keine Anwendung findet, darf grundsätzlich der Mindesturlaub nach § 54 Abs. 1 Seemannsgesetz (SeemG) von 2,5

Datenbaustein DBSF – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen für Seeleute

Tagen je Kalendermonat nicht abgegolten werden. Nur wenn der Mindesturlaub wegen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nicht mehr gewährt werden kann, weil z.B. ein neues Beschäftigungsverhältnis besteht, ist eine Abgeltung nach § 60 SeemG zulässig. Die Zeit des nicht abgegoltenen Urlaubs ist hier zu melden.

3.16.5 Verlängerung Beschäftigungsverhältnis bis

031-038	008	n	M	VERLAENG-BIS	Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses bis jhjjmmtt
---------	-----	---	---	--------------	---

Vgl. [3.16.4 „Verlängerung Beschäftigungsverhältnis von“](#).

3.16.6 Kennzahl der Durchschnittsheuer

039-042	004	n	M	KZDHEU	Kennzahl der Durchschnittsheuer nach der Beitragsübersicht der BG- Verkehr Kennzahl
---------	-----	---	---	--------	---

3.16.7 Durchschnittsheuer

043-050	008	n	M	DHEU	Durchschnittsheuer nach der Beitragsübersicht der BG- Verkehr Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------	---

Anzugeben ist die im letzten abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der AU/med. Leist. bzw. LT für die Beitragsberechnung maßgebliche Durchschnittsheuer nach der Beitragsübersicht der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft. Dies gilt auch für die Durchschnittsheuer nach Abschnitt „G“ der Beitragsübersicht. Sofern laufendes Arbeitsentgelt beitragsfrei umgewandelt wurde, ist die unter Berücksichtigung der Entgeltumwandlung ermittelte Durchschnittsheuer anzugeben. Wie die Durchschnittsheuer zu ermitteln ist, ergibt sich aus der Beitragsübersicht der BG Verkehr. Werden die Beiträge im Ausnahmefall (z.B. für die an Bord eines im „Internationalen Seeschiffregister – ISR“ eingetragenen Seeschiffes beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer, die nicht nach EG-Recht oder Sozialversicherungsab-

kommen gleichgestellt sind oder für Seeleute, für die die BG Verkehr eine Sonderregelung getroffen hat), nach dem tatsächlichen Bruttoentgelt berechnet, ist nur „Grundstellung“ zulässig. Das Bruttoentgelt ist im DBAE anzugeben vgl. [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#).

3.16.8 Nettoheuer

051-058	008	n	M	HEU-NETTO	Tatsächliches Nettoentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------	---

Vgl. [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#). Das tatsächliche Nettoentgelt kann im Einzelfall höher sein als die Durchschnittsheuer. Bei einer Entgeltumwandlung ist das um die beitragsfreie Entgeltumwandlung verringerte Nettoentgelt anzugeben. Werden die Beiträge im Ausnahmefall (s. [3.16.7 „Durchschnittsheuer“](#)) nach dem tatsächlichen Bruttoentgelt berechnet, ist nur „Grundstellung“ zulässig. Das Nettoentgelt ist im DBAE anzugeben.

Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld

3.17 Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgeltersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld

Begann die Arbeitsunfähigkeit während des Bezuges von Transfer-KUG, geben Sie bitte abweichend von [3.5.5 „Zeitraum 1 SV-Bruttoarbeitsentgelt“](#) und [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#) die geforderten Beträge an.

3.17.1 Brutto-Soll

005-012	008	n	M	BRUTTO-SOLL	Bruttoarbeitsentgelt, das für die Berechnung des Transfer-KUG zu Grunde gelegt wird Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-------------	---

Brutto-Soll (Soll-Entgelt) ist gemäß § 111 Abs. 9 i. V. m. § 106 Abs. 1 Satz 2 SGB III das Bruttoarbeitsentgelt, das der Arbeitnehmer ohne den Arbeitsausfall und vermindert um Entgelt für Mehrarbeit in dem Anspruchszeitraum erzielt hätte. Bei der Berechnung des Soll-Entgelts bleibt Arbeitsentgelt, das einmalig gezahlt wird, außer Betracht (§ 106 Abs. 1 Satz 4 SGB III).

3.17.2 Netto-Soll (fiktiv)

013-020	008	n	M	NETTO-SOLL	Das um die fiktiven gesetzlichen Abzüge reduzierte BRUTTO-SOLL (Stellen 005-012) Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------------	--

Hier ist das fiktive Netto-Soll anzugeben. Das individuelle Netto-Soll ist nach vgl. [3.5.6 „Zeitraum 1 Nettoarbeitsentgelt“](#) zu berechnen.

3.17.3 Tatsächlich zugeflossenes Transfer-KUG

021-028	008	n	M	TRANSFER-KUG	tatsächlich zugeflossenes Transfer-KUG Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	--------------	--

3.17.4 Brutto-Ist

029-036	008	n	m	BRUTTO-IST	tatsächlich erzielt Brutto-Arbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	------------	--

Bei Brutto-Ist (Ist-Entgelt) handelt es sich gemäß § 111 Abs. 9 i. V. m. § 106 Abs. 1 Satz 3 SGB III um das in dem Anspruchszeitraum tatsächlich erzielte Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitnehmers zuzüglich aller ihm zustehenden Entgeltanteile. Bei der Ermittlung des Ist-Entgelts bleibt Arbeitsentgelt, das einmalig gezahlt wird, außer Betracht (§ 106 Abs. 1 Satz 4 SGB III). Hierzu zählt auch der direkt beitragspflichtige Teil der Aufstockungsbeträge, weil dieser zusammen mit dem Transferkurzarbeitergeld 80% des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sollentgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch übersteigt (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 Sozialversicherungsentgeltverordnung).

3.17.5 Netto-Ist

037-044	008	n	m	NETTO-IST	tatsächlich erzielt Netto-Arbeitsentgelt Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	-----------	---

Hier ist das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt anzugeben. Hierzu zählt auch der direkt beitragspflichtige Teil der Aufstockungsbeträge, weil dieser zusammen mit dem Transferkurzarbeitergeld 80% des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sollentgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch übersteigt (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 Sozialversicherungsentgeltverordnung).

Siehe [3.17.6 „Aufstockungsbetrag“](#).

3.17.6 Aufstockungsbetrag

045-052	008	n	m	AUFSTOCKUNGSBETRAG	Aufstockungsbetrag Betrag mit 2 Nachkommastellen
---------	-----	---	---	--------------------	---

Werden dem Arbeitnehmer Zuschüsse zum Transferkurzarbeitergeld (sogenannte Aufstockungsbeträge) gewährt, sind diese hier aufzuführen, sofern diese nicht der direkten Beitragspflicht unterliegen.

Datenbaustein DBTK – Zusatzdaten für die Berechnung der Entgelersatzleistungen bei Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld

Aufstockungsbeträge, welche direkt der Beitragspflicht unterliegen, weil sie zusammen mit dem Transferkurzarbeitergeld 80% des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sollentgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch übersteigen, sind als Netto-Arbeitsentgelt unter 3.17.5 „Netto-Ist“ zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 Sozialversicherungsentgeltverordnung).

3.18 Datenbaustein DBAP – Ansprechpartner

Hier sind die Daten der Ansprechpartner anzugeben. Sofern sich Änderungen im Datensatz ausschließlich auf Daten im DBAP oder DBID beziehen, erfolgt keine Stornierung des Datensatzes (siehe Punkt [2.2.2.7 „Stornierung von Mitteilungen, Korrektur fehlerhaft übermittelter Daten“](#)).

Eine weitergehende Kommentierung der einzelnen Datenfelder ist nicht vorgesehen

3.19 Datenbaustein DBID – Identifikationsdaten

Hier sind die zusätzlichen Daten zur Identifikation anzugeben. Sofern sich Änderungen im Datensatz ausschließlich auf Daten im DBAP oder DBID beziehen, erfolgt keine Stornierung des Datensatzes (siehe Punkt [2.2.2.7 „Stornierung von Mitteilungen, Korrektur fehlerhaft übermittelter Daten“](#)).

Eine weitergehende Kommentierung der einzelnen Datenfelder ist nicht vorgesehen

Anlagen

4. Anlagen

Anlage 1 - Datensätze und Datenbausteine Datenaustausch Entgelersatzleistungen

Anlage 2 - Fehlerkatalog mit Lang- und Kurztexten

Anlage 3 - Übersicht möglicher Kombinationen des Abgabegrundes im Datensatz DSLW mit den Datenbausteinen

Anlage 4 - Beispiele zum fachlichen Inhalt